



universität  
wien

# DIPLOMARBEIT

Titel der Diplomarbeit

„Die sozio-ökonomischen Aspekte der habsburgischen  
Militärgrenze“

Verfasser

Stefan Buchegger

angestrebter akademischer Grad

Magister der Philosophie (Mag.phil.)

Wien, 2012

Studienkennzahl lt. Studienblatt:

A 312

Studienrichtung lt. Studienblatt:

Diplomstudium Geschichte

Betreuerin / Betreuer:

a.o. Univ.–Prof. Mag. Dr. Marija Wakounig



## Inhaltsverzeichnis

1. Einleitung .....	5
1.1. Forschungsfrage .....	5
1.2. Forschungsstand .....	7
1.3. Einteilung der Arbeit .....	10
2. Die Geschichte der Militärgrenze – Ein Überblick .....	12
2.1. Der Weg zur Militärgrenze gegen die Osmanen .....	12
2.2. Das frühe Verteidigungsmodell bis 1540 .....	15
2.3. Erste Phase des planmäßigen Grenzausbaues bis etwa 1577 .....	19
2.4. Zweite Phase der effizienteren Verwaltungsstruktur ab 1578 .....	23
2.5. Dritte Phase, eingeleitet durch den letzten Großangriff der Osmanen 1664–1683 .....	28
3. Das Grenzland – ein Begegnungsraum von Ethnien .....	32
3.1. Die lokale Bevölkerung .....	32
3.2. Migration als Potential .....	35
3.3. Jenseits der Grenze – das osmanische Staats- und Wehrsystem .....	37
4. Die Finanzierung der Militärgrenze .....	41
4.1. Reichshilfe als Finanzierungselement der Militärgrenze .....	41
4.1.1. Die Reichshilfe .....	41
4.1.2. Die Steuereintreibung .....	42
4.2. Reichs- und Landtage .....	45
5. Militärgrenzerrechte und Sonderprivilegien .....	66
5.1. Privilegien der Uskokon von Žumberak (Sichelburg) .....	66
5.2. Die Regelungen im Brucker Libell von 1578 .....	68
5.3. Die Regelungen in den Statuta Valachorum von 1630 .....	70
5.4. Privilegien von Kaiser Leopold 1690, gegeben den christlichen Völkern .....	72
6. Die Wirtschaftsstruktur der Militärgrenze .....	74
6.1. Die Agrarstruktur .....	76
6.2. Die Lebensmittelversorgung durch die Stände Innerösterreichs .....	78
6.3. Nebenerwerb als Existenzsicherung .....	81
6.4. Missbrauch und Korruption .....	82
6.5. Der Bauernaufstand von 1573 .....	84
6.6. Postenschacher und Amtsmissbrauch .....	85
6.7. Der Handel im Grenzland .....	87
6.8. Waffen und Tücher für die Grenze .....	92
7. Zusammenfassung und Schlussbemerkungen .....	94
8. Literaturverzeichnis .....	99
9. Zusammenfassung (Abstract) .....	106

## Tabellenverzeichnis

Tabelle 1: Als Beispiel die Gültsteuern der Landschaft Österreichs unter der Enns. ....	44
Tabelle 2: „Übersicht über die Steuerbewilligungen der steirischen Landschaft zur Grenzverteidigung 1556–1564.“ .....	51
Tabelle 3: Übersicht über die von Ferdinand I. hinterlassen Schulden.....	52
Tabelle 4: Ausgaben von der eilenden und beharrlichen Türkenhilfe 1566. ....	53
Tabelle 5: Übersicht der geplanten Verwendung der Reichshilfe von 1576.....	55
Tabelle 6: Jährlicher Geldbedarf zur Finanzierung der Militärgrenze 1577/78.....	57
Tabelle 7: Übersichtstabelle über die Reichstürkenhilfen 1530–1582.....	60
Tabelle 8: Übersicht über die Anzahl der Grenzfestungen und deren Besatzungen in der zweiten Hälfte des 16. Jahrhunderts.....	62
Tabelle 9: Übersicht über die Gesamtausgaben Innerösterreichs für die kroatische und slawonische Grenze im 16. Jahrhundert.....	64
Tabelle 10: Stand der erbrachten Reichshilfe bis zum Jahre 1616 .....	65

## Abbildungsverzeichnis

Abbildung 1: Entwicklung der Besoldungskosten der ungarischen und kroatisch–slawonischen Grenzfestungen bis 1578. ....	56
Abbildung 2: Ausgaben des steirischen Proviantmeisters für das Grenzland 1570-1700. ....	79

## 1. Einleitung

### 1.1. Forschungsfrage

Diese Diplomarbeit befasst sich mit der habsburgischen Militärgrenze, auch als „Confinium Militare“ oder „Vojna krajina“ bekannt, und reiht sich damit in eine umfangreiche Linie an wissenschaftlichen Arbeiten zu diesem Thema ein. Im Zentrum der Betrachtung stehen die sozio-ökonomischen Aspekte in der Entstehungsphase dieser Institution. Das Thema der Arbeit versteht sich als Schnittpunkt der Wirtschafts- und Sozialgeschichte sowie der Osteuropäischen Geschichte. Dabei wird einerseits der Frage nach der Finanzierung der Militärgrenze nachgegangen, andererseits das soziale Leben im Grenzraum dargestellt. Somit finden sich in dieser Arbeit Spuren klassischer Geschichtsbetrachtung gesellschaftlicher Prozesse und Herrscher ebenso wie die Geschichte von „unten“, die Betrachtung der Lebensumstände der Grenzbevölkerung und deren Entwicklung. Die Leitfragen sind die Aufbringung der notwendigen Finanzmittel zur Grenzsicherung durch die habsburgischen Länder und das Heilige Römische Reich, die Motive der Militärkolonisten und die sozialen Lebensumstände in der Grenzregion.

Die Einrichtung der habsburgischen Militärgrenze kann nicht auf einen genauen Stichtages festgelegt werden, da sie sich sukzessive entwickelt und erst nach mehreren Jahrzehnten ihren vollen Charakter ausgebildet hatte. Ihre Entstehung lässt sich in die erste Hälfte des 16. Jahrhunderts einordnen. Die Auflösung erfolgte erst im Jahre 1881, womit die Vojna krajina über 350 Jahre bestand.<sup>1</sup> Diese Arbeit beschäftigt sich mit der Anfangsphase, beginnend mit dem 16. Jahrhundert, dem ersten Einschreiten habsburgischer Truppen in Kroatien. Das Ende ist mit dem ausgehenden 17. Jahrhundert, dem Frieden von Karlowitz (Sremski Karlovci, Srijemski Karlovci, Karlóca) und einer umfassenden territorialen Veränderung festgelegt. Auf christlicher Seite vertrat man im 16. Jahrhundert die Ansicht, man könne und werde die Osmanen innerhalb weniger Jahre zurückdrängen. Tatsächlich blickt man auf eine etwa eineinhalb Jahrhunderte dauernde passive Periode. Während dieses Zeitraumes gelang es den Habsburger nicht zu agieren, sondern nur auf die Aktionen der Osmanen zu reagieren.<sup>2</sup> Mit der abgewehrten Belagerung Wiens 1683 gelang es in die

---

<sup>1</sup> Karl Kaser, Freier Bauer und Soldat. Die Militarisierung der agrarischen Gesellschaft an der kroatisch-slawonischen Militärgrenze (1535–1881), Wien/Köln/Weimar 1997, 13.

<sup>2</sup> Géza Pálffy, Der Preis für die Verteidigung der Habsburgermonarchie. Die Kosten der Türkenabwehr in der zweiten Hälfte des 16. Jahrhunderts, in: Friedrich Edelmayer – Maximilian Lanzinner – Peter Rauscher (Hgg.), Finanzen und Herrschaft. Materielle Grundlagen fürstlicher Politik in den habsburgischen Ländern und im Heiligen Römischen Reich im 16. Jahrhundert, Wien/München 2003, 20f.

Offensive zu gehen. Diese etwa eineinhalb Jahrhunderte andauernde defensive Phase stellt im Groben den zeitlichen Rahmen dieser Arbeit dar.

Regional beschränkt sich die Analyse auf den kroatischen und slawonischen Teil. Dieser Abschnitt war der ursprüngliche Teil, von wo aus sich die Grenze in weiterer Folge stark ausdehnte. Slawonien war bis zum Frieden von Karlowitz ein Teil des Königreiches Kroatien. Aufgrund seiner eigenständigen Verwaltung wird Slawonien in der Literatur jedoch gesondert genannt.<sup>3</sup> Dabei muss die gesamte Grenzregion als Konfliktzone zwischen zwei Imperien, zwischen zwei Glaubensrichtungen, zwischen zwei unterschiedlichen Weltauffassungen verstanden werden. Notwendig wurde sie durch die Ausdehnung der Osmanen auf dem gesamten Balkan im 15. Jahrhundert. Betrachtet man die Geschichte der Militärgrenze, so erkennt man eine Region geprägt von ständigem Wandel, in der Festungen laufend den Besitzer wechselten und ganze Landstriche immer wieder erobert wurden, um dann rück erobert zu werden.<sup>4</sup>

Im Zuge der Erstellung der Arbeit wurde festgestellt, dass die bisherigen Forschungsleistungen auf diesem Gebiet enorm sind, jedoch für den sozio-ökonomischen Bereich noch große Teile in Archiven unaufgearbeitet lagern.<sup>5</sup> In der bestehenden Literatur beschäftigen sich nur wenige Werke tatsächlich mit diesem Thema; der Großteil der Arbeiten streift die wirtschaftlichen und sozialen Gegebenheiten an der Grenze nur.<sup>6</sup> Da es, aufgrund des hier zur Verfügung stehenden Raumes, nicht möglich ist, das umfangreiche Archivmaterial aufzuarbeiten, versucht diese Diplomarbeit die bisherigen Erkenntnisse zusammenzufassen, die enormen Anstrengungen aufzuzeigen und ein Bild der Lage an der Grenze zu zeichnen.

Unter dem Begriff Militärgrenze versteht man eine Grenzregion zwischen sich in starker Konkurrenz befindenden Herrschaftsterritorien. Meistens handelte es sich dabei um einen Landstrich, der durch ständige militärische Konflikte geprägt war und dadurch deutlich dünner als das Kernland besiedelt war. Darauf folgte eine starke militärische Präsenz und die Ansiedlung von Wehrbauern, häufig mit Privilegien ausgestattet. Der Begriff Grenze ist hier im Grunde falsch, da es sich in der Regel um eine mehr oder minder ausgeprägte Region handelt. So betrachtet war die Militärgrenze eine Pufferzone, welche mehrere Aufgaben zugleich übernahm.<sup>7</sup> Einerseits diente sie als Hort für umfangreiche Truppenkontingente, andererseits sollte sie eine ständige Beunruhigung durch regelmäßige Einfälle auf der Seite

---

<sup>3</sup> Gunther Rothenberg, Die österreichische Militärgrenze in Kroatien 1522 bis 1881, Wien/München 1970, 14.

<sup>4</sup> Rothenberg, Militärgrenze, 11f.

<sup>5</sup> Kaser, Bauer, 25f.

<sup>6</sup> Kaser, Bauer, 11.

<sup>7</sup> Rothenberg, Militärgrenze, 9.

der Gegner bewirken. Damit wurden mögliche Expansion vorbereitet und man hielt ein politisches Druckmittel in Händen. Darüber hinaus übernahm sie aber auch in der Verteidigungsdoktrin eine wesentliche Rolle. Einerseits, da hier kleinere Einfälle umgehend abgewehrt wurden, andererseits so große Einmärsche ins Kernland verzögert wurden und dadurch die Mobilmachung im Hinterland ermöglicht wurde.

Die habsburgische Militärgrenze stellt hier nur eines von vielen Beispielen solcher Institutionen dar. Als bekanntestes Beispiel gilt der römische Limes. Das römische Imperium zog quer durch Europa eine stark militärisch geprägte Grenze, um sich gegen die „Barbaren im Norden“ abzusichern. Die Römer nutzten hierfür ebenso Wehrbauern, „limitanei“ genannt, um ihre Grenzregionen zu stabilisieren.<sup>8</sup> Auch die Byzantiner unterhielten eine starke Militärgrenze, „Kleisoura“ genannt, um sich vor Einfällen aus dem Osten zu schützen. Ihre Wehrtruppen, die „Akritai“, übernahmen hier eine wesentliche Rolle. Einige Historiker sehen den Niedergang der Byzantiner und den Aufstieg der Osmanen in der Schwächung der Kleisoura durch Eingliederung der Akritai in die regulären Truppen 1262.<sup>9</sup> Ähnlich aufgebaut war die spanisch–arabische Frontera<sup>10</sup> zur Zeiten der Mauren auf der Iberischen Halbinsel, oder die Al–Awasim Grenzfestungen in Nordmesopotamien<sup>11</sup>. Eine Gemeinsamkeit waren vielfach die Militärkolonisten, welche im ständigen Kriegszustand lebten und mittels Subsistenzwirtschaft versuchten, ihr Überleben zu sichern. Dadurch erkaufte sie sich meist Privilegien, lebten unabhängiger, wobei ihre ethnische Herkunft größtenteils zweitrangig war. Trotz der harten Bedingungen fanden sich immer wieder Siedler mit ausreichenden Motiven, um ihr Leben in solchen Gebieten zu verbringen.<sup>12</sup>

## 1.2. Forschungsstand

Betrachtet man die Historiographie zur Militärgrenze, so lassen sich verschiedenste Deutungen der Grenze finden. Häufig wurde die Militärgrenze dabei als Schutzwall Europas propagiert.<sup>13</sup> Verbreitet ist auch die Interpretation als Limes der Habsburger.<sup>14</sup> Diese

---

<sup>8</sup> Rothenberg, Militärgrenze, 10.

<sup>9</sup> Ebda.

<sup>10</sup> Leonard Patrick Harvey, *Islamic Spain. 1250 to 1500*, Chicago/London 1990; und diverse Werke von Gottfried Liedl: Gottfried Liedl, *Al-Farantira Die Schule des Feindes. Zur spanisch-islamischen Kultur der Grenze*, Teil 1 – 3, Wien 1997 – 2005. Gottfried Liedl, *Krieg als Intrige. Kulturelle Aspekte der Grenze und die militärische Revolution der frühen Neuzeit*, Wien 1999.

<sup>11</sup> Martinj Theodor Houtsma (Hg.), *E. J. Brill's first encyclopaedia of Islam. 1913–1936, Volume I*, Leiden 1993, 515f.

<sup>12</sup> Rothenberg, Militärgrenze, 9f.

<sup>13</sup> Als Beispiele: Hugo Kerchnawe, *Die alte k.k. Militärgrenze. Ein Schutzwall Europas*, Wien 1943. Rupert von Schumacher, *Des Reiches Hofzaun. Geschichte der deutschen Militärgrenze im Südosten*, Darmstadt 1942. Walter Berger, *Baut dem Reich einen Wall. Das Buch vom Entstehen der Militärgrenze wider die Türken*, Graz 1979.

Interpretation ist falsch, da der Limes die Grenze zwischen einem hoch entwickelten Imperium und den Barbaren war. Die Militärgrenze hingegen stellte eine Zone des Zusammenpralls zweier Hochkulturen dar, welche beide auf Expansion und Machtsicherung aus waren. Ein großer Teil der bisherigen wissenschaftlichen Arbeiten beschränkten sich auf die militärischen Faktoren und ließen dabei häufig die sozialen Verhältnisse unberücksichtigt. Zwar stand der Kampf gegen die Osmanen stets im Vordergrund, doch die Sicherung der Existenz der für die Grenzverteidigung unabdingbaren Grenzbevölkerung stellte häufig nur eine Randerscheinung dar.<sup>15</sup>

Beschäftigt man sich ausführlich mit der Militärgrenze, dann stellen Gunther Rothenbergs Arbeiten<sup>16</sup> weiterhin die grundlegenden Standardwerke dar, auf welche es aufzubauen gilt. Die von ihm erbrachten fundamentalen Recherchen klammern, wie Rothenberg selbst in der Einleitung festhält, die ökonomischen Faktoren weitgehend aus. Dessen ungeachtet liefern sie auch zu essentiellen sozialhistorischen Entwicklungen umfangreiche Informationen. Jakob Amstadt verfasste ein ebenfalls grundlegendes Werk zur k. k. Militärgrenze und deren allgemeinen Geschichte bis zu ihrer Auflösung.<sup>17</sup> Bertrand Michael Buchmann brachte mit seiner stark periodisch eingeteilten Arbeit zur bilateralen Geschichte Österreichs und des Osmanischen Reiches gut aufgearbeitete Angaben zu den großen Auseinandersetzungen zwischen den beiden Großmächten.<sup>18</sup> Peter Krajasich schrieb eine exzellente Dissertation zum Thema der Militärgrenze in Kroatien, auch wenn sich diese weitgehend auf die spätere Periode beschränkt, enthält sie einträgliche Hinweise zum hier betrachteten Zeitabschnitt.<sup>19</sup>

Wirtschaftsgeschichtlich sind insbesondere Peter Rauschers umfassende Forschungstätigkeiten, häufig gemeinsam mit Friedrich Edelmayer und Maximilian Lanzinner, äußerst ergiebig. Kaum an anderen Stellen wird die finanzielle Situation des Reiches in einer solchen Qualität aufgezeigt.<sup>20</sup> Géza Palflys Untersuchungen sind als einzige

---

<sup>14</sup> Helmut Flacker, Die Militärgrenze – Ein Habsburgischer „Limes“. [www.genealogy.net/privat/flacker/militaer.htm](http://www.genealogy.net/privat/flacker/militaer.htm) Zugriffzeit: 6. Dezember 2011, 17:31.

<sup>15</sup> Kaser, Bauer, 11.

<sup>16</sup> Gunther Rothenberg, Die österreichische Militärgrenze in Kroatien 1522 bis 1881, Wien/München 1970. Gunther Rothenberg, Venice and the Uskoks of Senj: 1537–1618, in: The Journal of modern History, Volume XXXIII, Chicago 1961.

<sup>17</sup> Jakob Amstadt, Die k. k. Militärgrenze 1522–1881, Würzburg 1969.

<sup>18</sup> Bertrand Michael Buchmann, Österreich und das Osmanische Reich. Eine bilaterale Geschichte, Wien 1999.

<sup>19</sup> Peter Krajasich, Die Militärgrenze in Kroatien, Wien 1974. Krajasich schreibt selbst in der Einleitung, dass es sich um eine sozial- und wirtschaftsgeschichtliche Arbeit zur Militärgrenze handelt, die jedoch größtenteils auf die Phase nach 1754 eingeht. Vgl. Krajasich, Militärgrenze, 1.

<sup>20</sup> Peter Rauscher, Kaiser und Reich. Die Reichstürkenhilfe von Ferdinand I. bis zum Beginn des „Langen Türkenkriegs“ (1548–1593), in: Friedrich Edelmayer – Maximilian Lanzinner – Peter Rauscher (Hgg.), Finanzen und Herrschaft. Materielle Grundlagen fürstlicher Politik in den habsburgischen Ländern und im Heiligen Römischen Reich im 16. Jahrhundert, Wien/München 2003, 45–83. Peter Rauscher, Zwischen Ständen und Gläubigern. Die kaiserlichen Finanzen unter Ferdinand I. und Maximilian II. (1556–1576), Wien/München 2004.



qualitativ mit Rauschers Arbeiten vergleichbar und bringen ganz entscheidende Quellenforschungen zu den Kosten der Grenzerhaltung.<sup>21</sup> Johann Loserths frühe Forschungstätigkeiten zur Geschichte der Land- und Reichstage sowie zur Religionsfrage während der Gegenreformation suchen in ihrer Dichte an Angaben ihresgleichen. Die hier geleistete Quellenforschung zeugt von einer immensen Forschungstätigkeit, die für heutige Betrachtungen entscheidende Grundlagen enthält.<sup>22</sup> Othmar Pickls Beschäftigung mit dem Handel im Südosten des Reiches und den Auswirkungen der Osmanen auf diesen lieferte unerlässliche Informationen für die wirtschaftliche Entwicklung des Grenzlandes und dessen Hinterland.<sup>23</sup> Ähnlich grundlegend müssen Helfrieds Valentinitich Forschungen zum Proviantwesen in Innerösterreich zur Versorgung des Grenzlandes gesehen werden. Dieser erläutert die Missstände im Nachschubwesen ausführlich.<sup>24</sup>

Sozialgeschichtlich stellen weiterhin Karl Kasers Werke zur Bevölkerung an der Grenze die Referenzwerke dar.<sup>25</sup> Ferdinand Hauptmann beschäftigte sich mit umfassenden mikroökonomischen Betrachtungen zur Situation der Grenzbevölkerung.<sup>26</sup> Insbesondere Winfried Schulzes Abhandlungen zum Thema der feudalen Macht und den bäuerlichen Auflehnungen bringen umfassende Erläuterungen zum Leben der Agrargesellschaft und deren Problemen.<sup>27</sup> Catherine Wendy Bracewell<sup>28</sup>, Marija Wakounig<sup>29</sup> und Josef Breu<sup>30</sup> verfassten

---

<sup>21</sup> Géza Palfy, Der Preis für die Verteidigung der Habsburgermonarchie. Die Kosten der Türkenabwehr in der zweiten Hälfte des 16. Jahrhunderts, in: Friedrich Edelmayer – Maximilian Lanzinner – Peter Rauscher (Hgg.), Finanzen und Herrschaft. Materielle Grundlagen fürstlicher Politik in den habsburgischen Ländern und im Heiligen Römischen Reich im 16. Jahrhundert, Wien/München 2003, 20–44.

<sup>22</sup> Johann Loserth, Die Reformation und Gegenreformation in den innerösterreichischen Ländern im XVI. Jahrhundert, Nieuwkoop 1970. Johann Loserth, Die steirische Religionsspacification. 1572–1578, Graz 1896. Johann Loserth, Acten und Correspondenzen zur Geschichte der Gegenreformation in Innerösterreich unter Erzherzog Karl II., Wien 1898. Johann Loserth, Innerösterreich und die militärischen Maßnahmen gegen die Türken im 16. Jahrhundert. Studien zur Geschichte der Landesdefension und der Reichshilfe, Graz 1934.

<sup>23</sup> Othmar Pickl, Handelsströme des 16. Jh.s, Festungen als Grenzhandelszentren, in: Die Steiermark, Brücke und Bollwerk. Katalog der Landesausstellung, Stubenberg 1986, 263–267. Othmar Pickl, Die Auswirkungen der Türkenkriege auf den Handel zwischen Ungarn und Italien im 16. Jahrhundert, in: Othmar Pickl, die wirtschaftlichen Auswirkungen der Türkenkriege. Die Vorträge des 1. Internationalen Grazer Symposiums zur Wirtschafts- und Sozialgeschichte Südosteuropas (5. bis 10. Oktober 1970), Graz 1971, 71–129.

<sup>24</sup> Helfried Valentinitich, Türkennot und Kriegsgewinn, in: Die Steiermark, Brücke und Bollwerk. Katalog der Landesausstellung, Stubenberg 1986, 328–333. Helfried Valentinitich, Die windische Grenze und das steirische Proviantwesen vom letzten Viertel des 16. Jahrhunderts bis zur zweiten Hälfte des 17. Jahrhunderts, in: Gerhard Pferschy (Hg.), Siedlung, Macht und Wirtschaft. Festschrift Fritz Posch zum 70. Geburtstag, Graz 1981, 521–533.

<sup>25</sup> Karl Kaser, Freier Bauer und Soldat. Die Militarisierung der agrarischen Gesellschaft an der kroatisch-slawonischen Militärgrenze (1535–1881), Wien/Köln/Weimar 1997. Karl Kaser, Die österreichische Militärgrenze in Kroatien (16. bis Mitte 18. Jh.), in: Die Steiermark, Brücke und Bollwerk. Katalog der Landesausstellung, Stubenberg 1986, 253–259. Karl Kaser, Steirer als Heerführer und Grenzverteidiger gegen die Türken im 16. und 17. Jh., in: Die Steiermark, Brücke und Bollwerk. Katalog der Landesausstellung, Stubenberg 1986, 306–308.

<sup>26</sup> Ferdinand Hauptmann, Verköstigung und Lohn beim Bau der Festung Sisak, in: Gerhard Pferschy (Hg.), Siedlung, Macht und Wirtschaft. Festschrift Fritz Posch zum 70. Geburtstag, Graz 1981, 509–514.

<sup>27</sup> Winfried Schulze, Bäuerlicher Widerstand und feudale Herrschaft in der frühen Neuzeit, Stuttgart 1980. Winfried Schulze, Der Windische Bauernaufstand von 1573. Bauernaufstand und feudale Herrschaft im späten 16. Jahrhundert, in: Südost-Forschungen 33, München 1974, 15–61.

ausgesprochen ergiebige Arbeiten zur Geschichte der Migranten im Grenzraum. In ihren Arbeiten wird das Thema der Immigration von osmanischer Seite sowie der Emigration großer Bevölkerungsteile in den sichereren Norden in den Mittelpunkt der Betrachtung gestellt. Peter Sugar zeigt in seinem Werk zur Herrschaft der Osmanen in Südosteuropa grundlegendes Wissen zu den Strukturen des Osmanischen Reiches und dessen Expansionspolitik auf.<sup>31</sup>

Betont sollen an dieser Stelle zwei, in ihrer quantitativen Fülle an Informationen hervorragende, Sammelbände werden. Einerseits ist dies der Katalog zur Landesausstellung „Die Steiermark. Brücke und Bollwerk“<sup>32</sup>, andererseits der von Othmar Pickl herausgegebene Sammelband zu den wirtschaftlichen Auswirkungen der Türkenkriege.<sup>33</sup> In beiden Fällen finden sich zahlreiche Artikel zur Geschichte des Grenzraumes.

Es liegt in der Natur der Sache, dass zum Thema der Militärgrenze in Kroatien und Slawonien die kroatischen Historiker/innen zahlreiche wissenschaftliche Arbeiten erstellt haben. Aufgrund der sprachlichen Barriere mussten diese jedoch, abgesehen von den ins Deutsche bzw. Englische übersetzten Artikeln, ausgeklammert werden.

### 1.3. Einteilung der Arbeit

Zur Einführung des Themas wird ein Überblick zur Geschichte der Militärgrenze bis zum Ende des 17. Jahrhunderts gegeben, um so einen historischen Rahmen zu ziehen. Diese Abhandlung unternimmt den Versuch, die ersten beiden Jahrhunderte in Perioden zu unterteilen; dabei verstehen sich diese als Phasen deutlicher Unterschiede in der Gestaltung der Grenze. Im darauf folgenden Kapitel wird die Bevölkerung im Grenzraum näher „gemustert“. Hier werden die lokale Bevölkerung, die Vielzahl an Migranten wie auch die osmanische Seite betrachtet, gefolgt vom Kapitel zur Finanzierung der Grenze. In diesem werden die finanziellen Zusagen der Reichs- sowie Landtage und deren tatsächlichen Erträge beleuchtet. Im Anschluss werden die Privilegien und Sonderrechte der Militärgrenzer anhand einiger Beispiele einer Untersuchung unterzogen, um die Motive dieser zu verstehen. Das abschließende Kapitel befasst sich mit der Wirtschaftsstruktur. Hier werden die agrarischen

---

<sup>28</sup> Catherine Wendy Bracewell, *The Uskoks of Senj. Piracy, Banditry and holy war in the sixteenth-Century Adriatic*, Ithaca/London 1992.

<sup>29</sup> Marija Wakounig, Ferdinand I. und die Uskokken, in: Martina Fuchs – Alfred Kohler (Hgg.), *Kaiser Ferdinand I. Aspekte eines Herrscherlebens*, Münster 2003, 191–201.

<sup>30</sup> Josef Breu, *Die Kroatensiedlung im Burgenland. Und den anschließenden Gebieten*, Wien 1970. Josef Breu, *Die Kroatensiedlung im süddeutschen Grenzraum*, Wien 1937.

<sup>31</sup> Peter Sugar, *Southeastern Europe under Ottoman Rule, 1354–1804*, Washington 1977.

<sup>32</sup> *Die Steiermark, Brücke und Bollwerk. Katalog der Landesausstellung, Stubenberg 1986.*

Gegebenheiten, die Getreidelieferungen zur Versorgung, die diversen Nebenerwerbe der Grenzer, aber auch der Soldaten ebenso betrachten, wie Missbrauchsfälle, ein Bauernaufstand im Grenzraum, der Handel im Hinterland der Grenze wie die Innerösterreichische Produktion von Waffen und Stoffen.

Alle bekannten topografische Namen werden bei der ersten Nennung angeführt. Auch werden die Lebensdaten der wichtigsten Personen bei der ersten Nennung angeführt. Diese wurden dem Internet bzw. dem dtv-Atlas der Weltgeschichte entnommen.<sup>34</sup>

---

<sup>33</sup> Othmar Pickl, die wirtschaftlichen Auswirkungen der Türkenkriege. Die Vorträge des 1. Internationalen Grazer Symposions zur Wirtschafts- und Sozialgeschichte Südosteuropas (5. bis 10. Oktober 1970), Graz 1971.

<sup>34</sup> DTV-Atlas, Weltgeschichte. Von den Anfängen bis zur Französischen Revolution, Band 1 und 2, Köln 2003.

## 2. Die Geschichte der Militärgrenze – Ein Überblick

### 2.1. Der Weg zur Militärgrenze gegen die Osmanen

Betrachtet man die Geschichte der Militärgrenze, dann ist klar, dass dieses eigenartig erscheinende Konstrukt nicht plötzlich entstand, sondern aufgrund der geopolitischen Entwicklung über einen langen Zeitraum Gestalt annahm. Die Vorgeschichte reicht weit in das 14. Jahrhundert zurück. Das sich am Balkan ausbreitende Osmanische Reich wurde durch die Eroberung von Bulgarien 1396 und dem Großteil des serbischen Herrschaftsgebietes 1398 direkter Nachbar Ungarns.<sup>35</sup> Diese zwei mächtigen Reiche sollten sich die nächsten Jahrhunderte im ständigen Krieg befinden. König Sigismund von Ungarn<sup>36</sup> erkannte spätestens nach der Schlacht am Amselfeld 1389 die immense Bedrohung seines Herrschaftsgebietes durch die Osmanen. 1394 fielen osmanische Truppen erstmals auch in Ungarn selbst ein. Die Folge waren mehrere unergiebiges Heerzüge gegen den neuen Feind, insbesondere die Vernichtung seines Heeres in der Schlacht von Nikopolis 1396. Sigismund sah sich daher veranlasst, die Südgrenze zu verstärken. So sicherte er sich im Abkommen von Tata 1426 Belgrad, welches er im Folgejahr zugesprochen bekam und mit starken Truppen ausstattete, zumal es eine Schlüsselstellung auf dem Weg gegen Norden darstellte.<sup>37</sup> Weiters wurde ab 1435 der sogenannte Tabor, ein militärisches Verteidigungssystem unter Einbeziehung der lokalen Feudalherren, eingerichtet. 1440 kam es dann zu einem massiven Angriff des osmanischen Heeres und zu einer Belagerung der Festung Belgrad, welche von den ungarischen Truppen aber gehalten werden konnte. Vier Jahre später sollten die Ungarn aber eine schwere Niederlage erleiden. Der Großteil des Heeres unter König Władysław I. von Ungarn und Polen wurde vernichtend geschlagen; dabei fiel auch der König. Bereits 1456 kam es zu einem erneuten Angriff auf Belgrad, das erneut gehalten werden konnte. János Hunyadi, Reichsverweser ab 1446 und Vater von Matthias Corvinus, gelang es, Sultan Mehmed II. entscheidend zu schlagen.<sup>38</sup>

Der Druck der Osmanen am Balkan gegen Ungarn stieg unübersehbar, weswegen sich der ungarische Reichstag 1458 dazu veranlasst sah, eine starke Persönlichkeit zum König zu wählen. Matthias Corvinus<sup>39</sup> – Nachfolger seines Vaters als Reichsverweser unter Ladislaus Posthumus – allerdings richtete sein Interesse gegen die ungarischen Magnaten sowie gegen

---

<sup>35</sup> András Kubinyi, Ungarn und die Türkenabwehr bis 1526, in: Die Steiermark, Brücke und Bollwerk. Katalog der Landesausstellung, Stubenberg 1986, 176.

<sup>36</sup> 1368–1437, ab 1387 König von Ungarn und Kroatien, ab 1411 König des Heiligen Römischen Reiches, ab 1419 König von Böhmen, ab 1433 Kaiser des Heiligen Römischen Reiches.

<sup>37</sup> Kubinyi, Ungarn, 177.

<sup>38</sup> Amstadt, Militärgrenze, IV–V; sowie Rothenberg, Militärgrenze, 17f.

seine nördlichen und westlichen Nachbarn.<sup>40</sup> Auf die bestehenden Grenzfestungen vertrauend, vernachlässigte Corvinus die südliche Grenze zu den Osmanen, wo diesen weitere Eroberungen gelangen.<sup>41</sup> 1459 fiel der Rest des serbischen Gebietes an die Osmanen, 1462 gelang es ihnen, Bosnien einzunehmen. Einzig durch einen Angriff auf Jajce konnte der nördlichen Teil Bosniens kurzfristig wieder entsetzt werden.<sup>42</sup> Corvinus sah sich daher, trotz des immensen Widerstandes der ungarischen Magnaten, dazu gezwungen, an das von König Sigismund begonnene Grenzsicherungssystem anzuknüpfen und dieses entsprechend zu verstärken. Die wichtigsten Maßnahmen waren der Bau der Festung Senj (Zengg, Zenigo) 1469, die Rückeroberung der Grenzfestung Sabac (Szabács) 1476, die Vereinigung der Banate Kroatien und Slawonien und die dauerhafte Besetzung der Festungen in Szörény (Krássó-Szörény), Belgrad (Beograd), Sabac, Srebernik, Jajce, Skradin, Timisoara (Temeswar, Temesvár, Temišvar), Bihać (Wihitsch) und Senj mit über 7500 Soldaten. Über die Effizienz dieser Grenzbefestigung gibt es unterschiedliche Einschätzungen.<sup>43</sup> Man kann davon ausgehen, dass die größeren osmanischen Angriffe in einem ständigen Kleinkrieg mündeten<sup>44</sup> und, dass die Versorgung der Grenzfestungen nur mit schwerstem militärischen Geleitschutz möglich war. Zwar wurde die ständige Grenzbesatzung unter dem Nachfolger von Corvinus, Vladislav II., wieder sistiert, doch kann dies nicht als Indiz für deren Wirksamkeit gewertet werden, da die Abschaffung primär auf den Druck der Magnaten geschah, welche die hohen Soldkosten nicht länger tragen wollten. Zwischen 1483 und 1519 ließ der osmanische Druck etwas nach, um sich nach 1519 mit unerwarteter Stärke erneut aufzubauen.<sup>45</sup>

Vertraten die habsburgischen Länder im 15. Jahrhundert die Meinung, das Königreich Ungarn, sei ausreichend stark, um sich alleine der osmanischen Bedrohung entgegen zu stellen und den Vormarsch gegen Nordwesten zu verhindern, so änderte sich diese Ansicht zu Beginn des 16. Jahrhundert grundlegend. Dies ist wohl darauf zurückzuführen, dass es den ungarischen Magnaten gelang, ihre Macht auf Kosten des Königtums zu stärken, um die eigenen Interessen wahren zu können. Ermöglicht wurde dies durch eine starke nationale Partei unter der Führung von Janos Zapolya, welche in Opposition zum König stand. Kaiser Maximilian I. sah in dieser Schwächung die Möglichkeit, seine Macht auf die ungarische

---

<sup>39</sup> 1443–1490, ab 1458 König von Ungarn und Kroatien, ab 1469 König von Böhmen.

<sup>40</sup> Rothenberg, Militärgrenze, 17f.

<sup>41</sup> Rothenberg, Militärgrenze, 18; sowie Kurt Wessely, Die österreichische Militärgrenze. Der deutsche Beitrag zur Verteidigung des Abendlandes gegen die Türken, Kitzingen/Main 1954, 5.

<sup>42</sup> Rothenberg, Militärgrenze, 18.

<sup>43</sup> Rothenberg, Militärgrenze, 18f.

<sup>44</sup> Maurus Reinkowski, Das Osmanische Reich und Europa, in: Heinz Kramer – Maurus Reinkowski (Hgg.), Die Türkei und Europa. Eine wechselhafte Beziehungsgeschichte, Berlin 2008, 44.

Krone auszudehnen.<sup>46</sup> Wie bereits 1496, als Maximilian I. eine Doppelhochzeit mit dem spanischen Königshaus Aragon–Kastilien einfädelt, gelang ihm der gleiche Coup 1515, als im Wiener Stephansdom die per procuratorem–Hochzeiten seiner Enkelkinder Ferdinand und Maria mit dem jagiellonischen Prinzen Ludwig II. und Anna stattfand, und somit den Grundstein für die Erwerbung Ungarns und auch Böhmens legte.<sup>47</sup>

Doch auch im osmanischen Reich kam es zu einem politischen Wechsel. 1520 verstarb Sultan Selim I.<sup>48</sup> und sein Sohn, Suleiman I.<sup>49</sup>, trat seine Stellung an. Fest entschlossen weiter gegen Westen vorzustoßen, begann er einen neuen Großangriff am Balkan.<sup>50</sup> Ein starkes osmanisches Heer belagerte Belgrad – zwar die stärkste Festung, jedoch vollkommen unzureichend besetzt und versorgt –, das am 29. August 1521 fiel. Zwar gab es den Versuch, ein Entsatzungsheer aufzustellen, doch gelang es nicht, hierfür finanzielle Mittel in ausreichender Höhe zur Verfügung zu stellen. Im Reich befasste man sich mit dem Gegner im Westen, Frankreich, und den religiösen Fragen Luthers.<sup>51</sup>

Die Schwäche Ungarns, die mangelnde Hilfestellung durch das Heilige Römische Reich, der Fall Belgrads, dem Tor nach Buda und Wien, welches jetzt weit offen stand und die immer häufiger bis weit nach Innerösterreich einfallende osmanische Reiterei waren Anlass dafür, dass die Stände Innerösterreichs die Errichtung einer Verteidigungszone in Kroatien vorschlugen. Nunmehr standen sich die Osmanen und die Habsburger direkt gegenüber und die Pufferzone Ungarn, auf welche man so lange baute, zeigte sich als unzulänglich. Am 22. März 1522 trat Christoph (Krstó) Graf Frankopan (Frangipani) „im Namen der Grafen und des Adels von Kroatien“ an Erzherzog Ferdinand heran, um ihn um Hilfestellung bei der Verteidigung Kroatiens gegen „die türkische Gefahr“ zu bitten. Dieser entsprach tatsächlich der Bitte.<sup>52</sup> Den Sommer 1522 kann man daher als Geburtsstunde der habsburgischen Militärgrenze interpretieren; auch wenn diese nie offiziell gegründet wurde, kann dieses Datum als Beginn des aktiven Eingreifens der österreichischen Länder im Abwehrkampf gegen die Osmanen gesehen werden.

---

<sup>45</sup> Rothenberg, Militärgrenze, 18f.

<sup>46</sup> Ebda.

<sup>47</sup> Alfred Kohler, Die dynastische Politik Maximilians I., in: Alfred Kohler – Friedrich Edelmayer (Hgg.), Hispania–Austria, Wien/München 1993, 29f.

<sup>48</sup> Selim I. 1470–1520, Sultan von 1512 bis 1520.

<sup>49</sup> Suleiman I. 1494/96–1566, Sultan von 1520 bis 1566.

<sup>50</sup> Ignacij Voje, Türkeneinfälle auf Krain und die Steiermark und ihre Auswirkungen und die Verbreitung des Protestantismus im 16. Jahrhundert, in: Rolf–Dieter Kluge (Hg.), Ein Leben zwischen Laibach und Tübingen. Primus Truber und seine Zeit, München 1995, 164.

<sup>51</sup> Rothenberg, Militärgrenze, 22f.

<sup>52</sup> Rothenberg, Militärgrenze, 25f.

## 2.2. Das frühe Verteidigungsmodell bis 1540

Im Sommer 1522 genehmigte Erzherzog Ferdinand die Aufstellung eines 3.000 Mann starken Söldnerheeres<sup>53</sup> unter dem Kommando von Niklas von Salm, welches eine Schlüsselstellung entlang der Grenzregion besetzen bzw. die bereits dort stationierten Truppen unterstützen sollte. Weiters wurden in Graz für die Grenzposten neue Geschütze hergestellt, um die Verteidigung wichtiger Positionen ermöglichen zu können.<sup>54</sup> Salms erster Bericht vom 23. Juni 1522 lieferte entscheidende Informationen, wie mit dieser Truppenstärke die Grenze gegen die mächtigen osmanischen Truppen zu halten sein werde. Dabei betonte er die Wichtigkeit der Festungen Krupa (Kruppa) und Bihać, welche auf alle Fälle rasch genommen und gehalten werden müssten. Salms Einheiten gelang es innerhalb kurzer Zeit, die beiden Städte zu nehmen; um sie jedoch halten zu können, benötigte er weitere Soldaten.<sup>55</sup>

Der Reichstag in Nürnberg genehmigte im Sommer 1522 sogleich die Aufstellung von weiteren 3.000 Mann für den Zeitraum von drei Monaten.<sup>56</sup> Die im Juni und Juli ankommenden Söldner sollten aber keine bedeutende Verstärkung für Salms Truppen darstellen, da sich deren Kommandanten weigerten, sich unter seinen Befehl zu stellen, überdies ihre Versorgung nicht gesichert war und, wie sich zeigte, ihr Sold auch nicht ausbezahlt wurde. So blieb nur eine Möglichkeit, Ferdinand „musste“ auch für diese Truppen aufkommen, was die finanziellen Mittel des Erzherzogs bei weitem überschritt.<sup>57</sup>

Ein erneutes dringendes Ansuchen der ungarischen und kroatischen Adeligen um Militärhilfe wurde am Reichstag zu Worms 1522 angehört. Es wurden unmittelbar 4000 Mann bereitgestellt, welche ausschließlich dem ungarischen Grenzteil zugeteilt wurden.<sup>58</sup> Graf Frankopan gelang es, durch seinen Einsatz einen Teil dieser Truppen für den kroatischen Abschnitt zu gewinnen. Sie wurden auf die Festungen Senj (Zengg, Zenigo), Krupa, Bihać sowie die kleineren Anlagen Jajce und Klis (Clissa) aufgeteilt. Bis 1526 konnten größere osmanische Einfälle durch diesen Einsatz an Truppen unterbunden werden. Auch gelang es 1524, einen direkten Angriff auf Krupa abzuwehren.<sup>59</sup>

Abgesehen davon hatte das Reich weiterhin mit dem Gegner im Westen zu kämpfen. Franz I. von Frankreich versuchte, im Frühjahr 1526 mit Hilfe französischer Agenten den kroatischen Adel gegen Ferdinand I. aufzuwiegeln und die Osmanen zu einem erneuten

---

<sup>53</sup> Für die Erhaltung dieser 3000 Soldaten für drei Monate wurden 40.000 Gulden berechnet. Vgl. Peter Schmid, Reichssteuern, Reichsfinanzen und Reichsgewalt in der ersten Hälfte des 16. Jahrhunderts, in: Heinz Angermeier – Reinhard Seyboth, Säkulare Aspekte der Reformationszeit, München/Wien 1983, 156.

<sup>54</sup> Rothenberg, Militärgrenze, 25f.

<sup>55</sup> Rothenberg, Militärgrenze, 26.

<sup>56</sup> Wessely, Militärgrenze, 11.

<sup>57</sup> Rothenberg, Militärgrenze, 26.

<sup>58</sup> Otto Reinhard Redlich, Der Reichstag von Nürnberg 1522–23, Leipzig 1887, 67–70.

Großangriff zu bewegen; das letztere gelang. Im Frühjahr 1526 setzten die Osmanen ein Heer von etwa 60.000 bis 70.000 Mann sowie 150 Geschützen in Bewegung.<sup>60</sup> Parallel dazu begann auch Frankreich einen erneuten Angriff. Man wollte das Habsburgerreich in einem Zweifrontenkrieg in die Knie zwingen. Alarmiert von dieser Mobilmachung, berichtete Ferdinand hiervon am Reichstag zu Speyer, doch die Stände verweigerten in Ihrer Schlussitzung am 27. August 1526, weitere Gelder zur Verfügung zu stellen. Man nahm an, dass die Verteidigungsmaßnahmen ausreichten, um auch einem größeren osmanischen Angriff stand zu halten. Nur der Papst stellte bereits zuvor Geldmittel für ein 4.000 Mannheer zur Verfügung. Der junge ungarische König Ludwig II. hatte somit lediglich knapp 30.000 Mann und 80 Geschütze unter seinem Kommando. Noch während des Reichstages kam die Nachricht, dass die Osmanen durchgebrochen seien und am 29. August 1526 das gesamte ungarische Heer in der Schlacht bei Mohács aufgerieben hätten. Für die Mitglieder des Reichstages eine unerwartete Nachricht; betrachtet man allerdings die Überlegenheit der osmanischen Truppen, so erscheint diese Niederlage unausweichlich.<sup>61</sup>

Schon zwei Wochen später, am 10. September nahmen die Osmanen Buda ein. Ferdinand reiste umgehend nach Wien, erließ zahlreiche Notverordnungen, um sich den Osmanen mit einem Heer entgegen zu stellen. Anstatt aber weiter gegen Wien vorzugehen, oder auch nur in Buda zu verweilen, zogen sich die osmanischen Truppen wieder nach Belgrad zurück, um dort zu überwintern.<sup>62</sup>

Nach der Schlacht bei Mohács entstand durch den Tod Königs Ludwig II. ein Machtvakuum in Ostmitteleuropa, welches es durch die Wahl eines neuen Königs zu beseitigen galt. Im Gegensatz zu Ungarn gelang es Ferdinand in Böhmen relativ rasch die Krone zu erwerben.<sup>63</sup> Am 16. Oktober 1526 wählten die ungarischen Stände Johann Zápolya (Szapolyai János)<sup>64</sup> zum König János I. von Ungarn und setzten ihm die Stephanskronen auf sein Haupt.<sup>65</sup> Ferdinand ließ sich aber ebenso am 16. Dezember von den westungarischen Ständen zum König ausrufen<sup>66</sup> wodurch es zur Dreiteilung des Königreiches Ungarn und zum offenen Konflikt kam.<sup>67</sup> Dem Habsburger gelang es, dank seiner militärischen Überlegenheit,

---

<sup>59</sup> Rothenberg, Militärgrenze, 26f.

<sup>60</sup> Buchmann, Österreich, 76.

<sup>61</sup> Buchmann, Österreich, 76f.

<sup>62</sup> Rothenberg, Militärgrenze, 28.

<sup>63</sup> Rothenberg, Militärgrenze, 28f.

<sup>64</sup> Johann Zápolya (Szapolyai János), 1487–1540, König von Ungarn 1526–1540.

<sup>65</sup> Am 10. November 1526 wurde diese Wahl bestätigt und in Székeszvehérvár (Stuhlweißenburg) vollzogen. Vgl. Alfred Kohler, Ferdinand I. 1503–1564. Fürst, König und Kaiser, München 2003, 167; sowie Hans Miksch, Der Kampf der Kaiser und Kalifen. Wien – das Stalingrad der Osmanen, Bd. 3, Bonn 1992, 143f.

<sup>66</sup> Nicolae Jorga, Geschichte des Osmanischen Reiches. Bis 1538, Bd. 2, Darmstadt 1997, 404.

<sup>67</sup> Elisabeth Ernst, Der steirische Landesvizeodm. Studien zur Geschichte der landesfürstlichen Verwaltung 1494–1624, Graz/Wien 1995, 92.



Zápolya rasch aus Ungarn zu vertreiben, der in Polen bei seinem Schwager, König Sigismund (Zygmunt I. Stary), vorübergehend Schutz fand.<sup>68</sup> Beide Parteien begannen mit Sultan Suleiman um die Anerkennung zu verhandeln. Ferdinand forderte die Rückgabe von Belgrad, was für Suleiman unannehmbar war. Zápolya hingegen unterwarf sich Suleiman als Vasall.<sup>69</sup> Für die Osmanen war diese Lage mehr als nur günstig, hatten sie dadurch an der Nordostgrenze ihres Reiches einen Vasallen (in Siebenbürgen), ohne dort ständig große Kontingente stationieren zu müssen. Ungarn war in Folge dessen dreigeteilt. Das westliche Ungarn stand unter der Führung von Ferdinand, Zápolya herrschte mit Duldung der Osmanen über Siebenbürgen und Zentralungarn stand unter starkem Einfluss der Osmanen.<sup>70</sup>

Die kroatischen Stände hatten indes Ferdinand mit 1. Jänner 1527 zum König gewählt, da sie auf ihr Recht einen eigenen König wählen zu dürfen, bestanden. Ferdinand fand in Kroatien Führsprecher, da er dem dortigen Adel seinen Einsatz zur Grenzverteidigung in militärischer sowie finanzieller Hinsicht zugesichert hatte.<sup>71</sup>

Das osmanische Heer verweilte weiterhin in Belgrad, bis es 1529 zu einem konzentrierten Angriff aufbrach. Innerhalb kürzester Zeit gelang es, Buda einzunehmen. Noch im selben Jahr wurde Wien erfolglos belagert,<sup>72</sup> woraufhin sich die Osmanen wieder zurückzogen und sich Kämpfen an ihrer Ostgrenze und dem Seekrieg gegen Venedig widmeten.<sup>73</sup>

1538 trat Zápolya mit Ferdinand erneut in Verhandlungen, um den nun schon zwölf Jahre andauernden Streit zu beenden. Im Friedensabkommen von Oradea (Großwardein, Nagyvárad) unterzeichneten die beiden Kontrahenten, dass Ferdinand den Status quo anerkennen und nach Zápolyas Tod alle Gebiete erhalten sollte. Als dieser Fall 1540 aber eintrat, dachten die Anhänger Zápolyas, insbesondere seine Witwe Barbara, nicht daran, diesen Vertrag einzuhalten. Sie ließ ihren Sohn Johann Sigismund (János Zsigmond)<sup>74</sup> zum

---

<sup>68</sup> Franz Otto Roth, Zur türkischen Bedrohung der historischen Steiermark 1521–1531. Ständedenken, Länderpartikularismus, Fremdenhaß und gesamtstaatliche Bemühung des Landesfürsten im Widerstreit, in: Gerhard Pferschy (Hg.), Siedlung, Macht und Wirtschaft. Festschrift Fritz Posch zum 70. Geburtstag, Graz 1981, 354. Roth liefert hier eine detaillierte Übersicht zum Verlauf dieses Konflikts. Vgl. Roth, Bedrohung, 354–357.

<sup>69</sup> Rothenberg, Militärgrenze, 29; sowie Buchmann, Österreich, 78f; sowie Kohler, Ferdinand I., 169f; sowie Ferenc Majoros – Bernd Rill, Das osmanische Reich. Die Geschichte einer Grossmacht, Augsburg 2000, 227f.

<sup>70</sup> Kohler, Ferdinand I., 167.

<sup>71</sup> Teréz Oborni, Die Herrschaft Ferdinands I. in Ungarn, in: Martina Fuchs – Alfred Kohler (Hgg.), Kaiser Ferdinand I. Aspekte eines Herrscherlebens, Münster 2003, 160; sowie Wessely, Militärgrenze, 12; sowie Ivan Kampus, Das System der öffentlichen Finanzen und Abgaben in Kroatien als Faktor der Verteidigung der Länder der Habsburgermonarchie zur Zeit der türkischen Einbrüche im 16. Jahrhundert, in: Gerhard Pferschy (Hg.), Siedlung, Macht und Wirtschaft. Festschrift Fritz Posch zum 70. Geburtstag, Graz 1981, 516.

<sup>72</sup> Die erste Belagerung Wiens durch die Osmanen begann am 9. Oktober 1529 und endete bereits am 14. Oktober des selben Jahres. Vgl. Buchmann, Österreich, 140.

<sup>73</sup> Rothenberg, Militärgrenze, 29.

<sup>74</sup> Johann Sigismund (János Zsigmond), 1540–1571, bis 1570 König von Ungarn, anschließend Fürst von Siebenbürgen.

König krönen und bat den Sultan um militärischen Beistand. Dieser schickte umgehend seine Truppen, die er nach der Abwehr der habsburgischen nicht mehr abzog. Stattdessen blieben die Osmanen in Buda.<sup>75</sup>

Diese frühe Periode der Militärgrenze war geprägt vom ständigen Einsatz stark bewaffneter Söldnergarnisonen zur Türkenabwehr, die auf Dauer die finanziellen Mittel der Habsburger überstrapazierten. Dass diese Streitmacht auf längere Sicht nicht finanzierbar war, war bereits zu diesem Zeitpunkt klar. Ähnlich wie bereits Matthias Corvinus ein halbes Jahrhundert zuvor, verfolgte man einen Plan, der sich als äußerst effizient herausstellen sollte. Durch den immensen Druck auf die Bevölkerung in den osmanisch gewordenen Territorien am Balkan kamen große Flüchtlingsströme über die Grenze. Diese Menschen siedelten sich häufig im Bereich der Garnisonen an, weswegen man begann, in ihren Reihen Soldaten zu rekrutieren, um sie direkt an der Grenze, aber auch im Kampf gegen Zapolya einzusetzen. Die Neusiedler zeigten sich als gute, treue Kämpfer für die Habsburger, weswegen ihrer Bitte, eine eigene Militärkolonie errichten zu dürfen, 1535 stattgegeben wurde. Auf dem Gebiet der ehemaligen Stadt Žumberak (Sichelburg) im damaligen Krain durften sie ihre Kolonie errichten und bekamen für ihren Dienst erste Privilegien zugestanden.<sup>76</sup> Die rekrutierten Flüchtlinge mussten ständig in Militärdienst stehen, erhielten als Gegenleistung ein Stück Land, ohne aber dem kroatischen Adel zu unterstehen. Auch waren sie für die nächsten 20 Jahre von jeglichen Abgaben befreit.<sup>77</sup>

Diese Maßnahme war in mehrerlei Hinsicht interessant. Sie sicherte einerseits die Macht über diese Flüchtlinge und ermöglichte, sie als Grenzverteidiger einzusetzen,<sup>78</sup> eröffnete andererseits Ferdinand, sich so einen eigenen (königlichen) Machtbereich außerhalb des Einflussgebietes des kroatischen Adels zu schaffen. Die Flüchtlinge unterstanden nicht dem lokalen Adel, sondern direkt den österreichischen Militärbehörden.<sup>79</sup> Auf die Rechte und deren Auswirkungen wird an späterer Stelle noch ausführlicher eingegangen, auch weil dies kein Einzelfall blieb, sondern in den Folgejahren eine beachtliche Zahl an weiteren Flüchtigen entlang der Grenze angesiedelt wurde, um das Ödland zwischen den militärischen Stützpunkten wieder zu beleben und insbesondere zu sichern. Die Privilegien der Bewohner von Sichelburg von 1535 sollten für diese eine Vorbildwirkung haben, vor allem, da sie die Finanzen Österreichs nicht belasteten, aber eine enorme Wirkung an der Grenze entfalteten.

---

<sup>75</sup> Rothenberg, Militärgrenze, 30f.

<sup>76</sup> Buchmann, Österreich, 97.

<sup>77</sup> Wakounig, Uskokken, 195.

<sup>78</sup> Rothenberg, Militärgrenze, 34.

<sup>79</sup> Rothenberg, Militärgrenze, 33.

### 2.3. Erste Phase des planmäßigen Grenzausbaues bis etwa 1577

Nach dem Tod Zapolyas am 22. Juli 1540 sahen sich die Habsburger einer bedrohlichen osmanischen Gefahr gegenüber, da türkische Einheiten dauerhaft im relativ nahe gelegenen Buda stationiert waren, d. h. Ferdinand versuchte seine Ansprüche auf Ungarn mit Verhandlungen zu sichern. 1542 marschierten seine Truppen erfolglos gegen die osmanische Besetzung in Buda. Diese wiederum nützt die geschwächte Lage des Habsburgers geschickt, um weitere ungarische Gebiete einzunehmen. In den Folgejahren kam es zu keinen größeren Kämpfen, da beide Parteien in andere Konflikte verwickelt waren. 1545 kam es daher zu einem Waffenstillstandsabkommen zwischen den Kontrahenten. Dieser Vertrag hatte vorerst nur für zwei Jahre Gültigkeit, wurde anschließend um fünf Jahre verlängert.<sup>80</sup> Positiv sind die Anerkennung der territorialen Aufteilung und die Beruhigung an der Grenze dadurch. Ferdinand stimmte allerdings einer jährlichen Zahlungsverpflichtung von 30.000 Dukaten an den Sultan zu.<sup>81</sup> Diese Zahlung wurde allerdings von beiden Seiten unterschiedlich gedeutet. Der Habsburger sah dies als so genanntes Ehrengeschenk an den Sultan, um sein Wohlwollen zu zeigen, die Osmanen dagegen als Tributzahlung und als Kniefall des Königs vor dem Sultan. Die dadurch erhoffte Ruhe an der Grenze herrschte aber nur teilweise, denn die Streifzüge plündernder Einheiten wurden fortgeführt.<sup>82</sup> Man nutzte die relative Ruhe dazu, das Verteidigungssystem auszubauen, da die Bedrohung durch die Osmanen keineswegs geringer wurde.

Für den Grenzausbau war zu jener Zeit der seit 1540 eingesetzte erste Grenzobrist Hand Ungnad verantwortlich. In seiner Stellung war er der oberste Befehlshaber der Grenze in Kroatien, Slawonien und der Meergrenze.<sup>83</sup> Von seiner Hauptstellung Senj aus befehligte er die regulären Truppen, die Miliz sowie die Militärkolonisten. Letztere hatten in kürzester Zeit einen sehr guten Ruf erlangt. Als Obrist war er für den Einsatz der Truppen, deren Aufteilung an der Grenze, den Zustand der Wehrbauten und Verteidigungsanlagen sowie die Bestückung der Waffenkammern zuständig. Die gesamte Grenzregion wurde aus dem kroatischen Machtgefüge herausgelöst und unter habsburgisches Kommando gestellt. Der

---

<sup>80</sup> Rothenberg, Militärgrenze, 31f.

<sup>81</sup> Reinkowski, Osmanische Reich, 35.

<sup>82</sup> Die Waffenstillstandsabkommen bzw. Friedensschlüsse galten nur für größere Heerzüge, nicht jedoch für kleinere Übergriffe. Vgl. Günter Cerwinka, Der „lange Türkenkrieg“ und die Haiduckeneinfälle (1593–1606), in: Die Steiermark, Brücke und Bollwerk. Katalog der Landesausstellung, Stubenberg 1986, 313.

<sup>83</sup> Bernd Zimmermann, Landeshauptmann Hans Ungnad von Sonnegg (1493–1564). Ein Beitrag zu seiner Biographie, in: Gerhard Pferschy (Hg.), Siedlung, Macht und Wirtschaft. Festschrift Fritz Posch zum 70. Geburtstag, Graz 1981, 210.

lokale Adel konnte sich mit diesem Umstand nicht abfinden, stand aber in starker habsburgischer Abhängigkeit.<sup>84</sup>

Ungnad hatte stets mit mangelnden Finanzen zu kämpfen. Er wies auf den schlechten Zustand der Befestigungsanlagen hin, insbesondere auf den unzureichenden Zustand der Stellungen in Senj, Bihać und Zagreb (Agram, Zágráb). Diese müssten, laut Ungnad, ausgebaut werden, da sie sonst auf längere Sicht nicht zu halten seien. Insbesondere betonte er die Bedeutung von Bihać. Sollte diese Stellung verloren gehen, so wäre eine wichtige Handelsstraße in das nördliche Italien sowie nach Triest nicht mehr in habsburgischer Hand. Dies hätte den Verlust von jährlich etwa 50.000 bis 60.000 Dukaten an Mautgebühren bedeutet.<sup>85</sup> Ungnads Warnhinweise blieben jedoch ungehört. Ihm gelang es, die teuren Söldner durch eine wachsende Anzahl an Uskokon (Walachen) sukzessive zu ersetzen und so die Soldkosten gering zu halten. Dies war möglich, da sich die Uskokon als äußerst effizient erwiesen. Sie vollbrachten es nicht nur, osmanische Übergriffe erfolgreich abzuwehren, sie führten auch dermaßen gefürchtete Vergeltungsschläge jenseits der Grenze durch, dass im verlängerten Waffenstillstandsabkommen von 1547 explizit auf die Unterlassung dieser Überfälle bestanden wurde. Ferdinand war von der Wirkung der Uskokon begeistert, auch weil sie seine Finanzen in keinster Weise belasteten. Daher verlängerte er noch im selben Jahr ihre Privilegien und beauftragte seine Beamten mit der Bildung weiterer Uskokonkolonien. Ungnad baute auf diese Militärkolonisten und konnte die Grenzbefestigung dadurch undurchlässiger gestalten.<sup>86</sup>

Im Juni 1550 wurde ein Bericht zur Lage an der Grenze erstellt, der die Tauglichkeit der Verteidigungseinrichtungen zum Thema hatte. Hans Lenkovič, als königlicher Kommissar an der Grenze auf Inspektionstour, schrieb in seinem Bericht von dringendst notwendigen Verstärkungen der Festungen Senj, Brinj, Blog, Otočac, Bihać, Ripac, Sokhol und Isačić. Nach Einfällen der Osmanen 1552 wurden die Forderungen umgesetzt und Finanzmittel für weitere Truppen durch die innerösterreichischen Stände aufgebracht. Ungnad wurden zusätzlich 1.000 Landknechte, 200 gepanzerte sowie 2.000 leichte Reitern und 1.000 Haramie unterstellt.<sup>87</sup>

1556 verlor Ungnad Ferdinands Vertrauen und wurde seiner Ämter enthoben. Auslöser hierfür war ein großer Durchbruch der Osmanen bei Kostinca und in Folge dessen das Vordringen dieser Truppen bis tief nach Krain.<sup>88</sup> Die Ursache für die Absetzung war aber

---

<sup>84</sup> Rothenberg, Militärgrenze, 37f.

<sup>85</sup> Rothenberg, Militärgrenze, 38.

<sup>86</sup> Rothenberg, Militärgrenze, 36.

<sup>87</sup> Amstadt, Militärgrenze, 40.

<sup>88</sup> Rothenberg, Militärgrenze, 38f.

keine monokausale. Ungnad war ein glühender Anhänger der Reformation, versuchte einige Male Ferdinand I. inmitten der Gegenreformation zur Religionsfreiheit zu überreden und unterstützte Primož Trubar bei seinen Bemühungen. Ungnad verlor dadurch Ferdinands Ansehen und Hans Lenkovič – seit 1539 Hauptmann von Senj – wurde neuer erster Grenzobrist.<sup>89</sup> Außer Acht darf nicht gelassen werden, dass Ungnad gesundheitlich angeschlagen war und seit 1554 versuchte, sein Amt nieder zulegen; auch scheiterte er mit seinen Steuerideen.<sup>90</sup>

Lenkovič vollzog die erste Reform der Grenze, die in den kroatischen und den slawonischen/windischen Abschnitt geteilt wurde. Der kroatische Teil bestand aus insgesamt 55 Festungen,<sup>91</sup> Dieser wurde nach der Gründung von Karlovac (Karlstadt, Carlstadt, Károlyváros) 1579 ein weiteres Mal in dies und jenseits des Kapela (Capella) Gebirges geteilt. Der slawonische Teil bestand aus insgesamt 15 Festungen,<sup>92</sup> davon wurden die größeren mit Kavallerieeinheiten und die kleineren mit Infanterieeinheiten ausgestattet. Das Ödland zwischen den Festungen wurde fast flächendeckend mit Militärkolonisten besiedelt, um ein unbemerktes Durchdringen der Osmanen unterbinden zu können. Ein weiterer entscheidender Schritt zur Grenzreform war die noch 1556 von Ferdinand umgesetzte Einführung eines Hofkriegsrates in Wien. Dieser übernahm die vollständige Verwaltung der Militärgrenze. Dies gelang zunächst nicht wie angedacht, da die Stände, welche weiterhin einen großen Teil der Finanzierung übernahmen, nicht bereit waren, ihre Macht abzugeben.<sup>93</sup>

Im Jahr 1563 legte Lenkovič einen umfassenden Bericht zur Lage an der Grenze vor. Darin betont er, dass ihr Zustand gänzlich unzureichend, die Besatzung in katastrophalen Zustand sei und mit diesen Einheiten, Waffen und Stellungen größere osmanische Kontingente nicht aufzuhalten seien. Auch sei die Gesamtanzahl der Truppen an der Grenze zu gering. Dieser Bericht ließ im Hofkriegsrat in Wien die Wogen hoch gehen und sorgte für Diskussionen. Rasch wurde eine Grenzbereisungskommission entsandt, welche zu dem Schluss kam, dass Lenkovičs Bericht keinesfalls übertrieben war und eine Grenzverteidigung nicht gewährleistet werden könne. Jedoch wurden Veränderungen an der Grenze durch den

---

<sup>89</sup> Krajasich, Militärgrenze, 14.

<sup>90</sup> Bereits im Sommer 1541 stellte Ungnad ein Programm vor, demnach in allen habsburgischen Ländereien eine einheitliche Steuererhebung erforderlich sei, wodurch jährlich 3 Millionen Gulden an Türkenhilfe möglich wären; Weiters sollte man eine „gleiche Münze“, eine allgemeine Polizei sowie ein einheitliches Erbrecht einführen, so dass die Länder zusammen und unzertrennlich bleiben. Vgl. Zimmermann, Landeshauptmann, 211. Für eine ausführliche Darstellung zu Ungnads Steuerideen vgl. Johann Loserth – Franz Freiherrn von Mensi, Die Prager Ländertagung von 1541/42. Verfassungs- und finanzgeschichtliche Studien zur österreichischen Gesamtstaatsidee, Archiv für österreichische Geschichte 103, Wien 1913, 469–488.

<sup>91</sup> Die wichtigsten Festungen des kroatischen Grenzabschnittes waren Rijeka, Senj, Otocac, Bründel, Berlog, Dreznik, Cetin, Szluin, Ogulin, Modrus, Glina, Hrastowitz, Susel.

<sup>92</sup> Die wichtigsten Festungen des slawonischen Grenzabschnittes waren St. Georgen, Kreuz, Ivanix, Agra, Kopreinitz.

Tod Ferdinands 1564 und die Aufteilung der Erblände zwischen seinen drei Söhnen verhindert.<sup>94</sup> Maximilian II.<sup>95</sup> wurde König von Böhmen, Ungarn und Kroatien, Erzherzog von Nieder- und Oberösterreich und folgte seinem Vater im Reich nach. Ferdinand II.<sup>96</sup> übernahm Tirol und die Vorlande und Karl<sup>97</sup> Innerösterreich, Görz und Triest.<sup>98</sup> Maximilian und Karl waren an einer funktionierenden Grenzverteidigung interessiert, d.h. sie verhandelten über die Verteilung der Kosten. Festgestellt wurden 1564 jährliche Kosten in der Höhe von 300.000 Gulden, wovon 60.000 von Maximilian übernommen und der Rest von Innerösterreich und dessen Ständen getragen werden sollte.<sup>99</sup>

Die Osmanen sahen mit dem Tod Ferdinands 1564 das Waffenstillstandsabkommen für nichtig an und verstärkten ihre Aktivitäten an der Grenze. Osmanische Truppen durchbrachen die Grenze und konnten einige Stellungen in Ungarn einnehmen. Lenkovič wurde, trotz seiner Warnungen, hierfür zur Verantwortung gezogen. Erzherzog Karl forderte seine Absetzung und den Einsatz eines jüngeren, angriffswilligeren Offiziers, der sich den Osmanen entgegen zustellen traute. Kaiser Maximilian II. begann, mit Unterstützung des Papstes und der spanischen Habsburger, Geldmittel zur Aufstellung eines Heeres zu sammeln. Der Einsatz dieser Streitmacht blieb ohne große Erfolge. Durch den Tod von Suleiman I. wurden die Kampfhandlungen eingestellt und der Status quo in einem Friedensvertrag 1568 erneut bestätigt. Der Kaiser war von der schwierigen Lage an der Grenze nun überzeugt und akzeptierte auch die jährliche Zahlung an den Sultan, obwohl er diese zuvor als größte Schande bezeichnet hatte.<sup>100</sup>

Die folgenden Jahrzehnte waren geprägt von einem lethargischen Kaiser, der von den militärischen Misserfolgen in der Anfangszeit seiner Regierung dermaßen enttäuscht war, dass er auch wegen der konfessionellen Auseinandersetzungen um jeden Preis Frieden an der Grenze wollte. Probleme bereiteten die immensen Geldsummen zur Erhaltung der Grenze und die Demoralisierung der Einheiten, welche seit 40 Jahren im erfolglosen Dauerkonflikt mit den Osmanen standen. Die Truppen selbst waren aufgrund ausbleibender Zahlungen in einem so schlechten Zustand, dass an einen Einsatz auch gar nicht mehr zu denken war. Die Stände Innerösterreichs erkannten, dass ihre geleisteten Zahlungen häufig gar nicht bei den

---

<sup>93</sup> Amstadt, Militärgrenze, 45f.

<sup>94</sup> Rothenberg, 39.

<sup>95</sup> Maximilian II. 1564–1576.

<sup>96</sup> Ferdinand II. von Tirol 1564–1595.

<sup>97</sup> Karl von Innerösterreich 1564–1590.

<sup>98</sup> Buchmann, Österreich, 102.

<sup>99</sup> Rothenberg, Militärgrenze, 40. Die steirischen Stände übernahmen von den fehlenden 240.000 Gulden 150.000 Gulden, der Rest fiel auf Kärnten und Krain. Vgl. Anton Adalbert Klein, Türkennot, in: Franz Hausmann (Hg.), Südsteiermark. Ein Gedenkbuch, Graz 1925, 62.

<sup>100</sup> Rothenberg, Militärgrenze, 41f.

Grenzsoldaten ankamen. Entweder blieben sie direkt in der kaiserlichen Kassa, oder aber bei den Offizieren hängen, welche die Gelder für eigene Zwecke verwendeten. Daher drängten die Stände Maximilian II. bis zu seinem Tode 1576 erfolglos, den Oberbefehl an Karl zu übergeben. Erst unter seinem Sohn, Rudolf II.<sup>101</sup> gelang dies.<sup>102</sup> Umfassende Reformen der Grenze waren notwendig, denn zu diesem Zeitpunkt verschlang die Grenze hohe Summen, die Festungen waren in äußerst schlechtem Zustand und konnten eine Abwehr nicht garantieren.<sup>103</sup>

#### 2.4. Zweite Phase der effizienteren Verwaltungsstruktur ab 1578

Kaiser Rudolf II. veranlasste Mitte 1577 die Lage der Grenztruppen und Wehranlagen durch eine in Wien tagende Konferenz prüfen zu lassen. Es wurde festgestellt, dass diese noch weitaus schlechter war, als bereits angenommen wurde. Der Großteil der Verteidigungsanlagen war nicht nur technisch veraltet, sondern auch beschädigt und nicht einsatzbereit, teilweise hätte der Durchmarsch eines Heeres nicht verhindert werden können.<sup>104</sup> Insgesamt waren 5.756 Soldaten an der Grenze stationiert,<sup>105</sup> deren jährlicher Sold sich auf insgesamt 240.158 Gulden belief, wobei sich bereits ein Vielfaches an Rückständen, Zinsen und Zinseszinsen angesammelt hatte. Die Truppen waren gegenüber dem Bericht von 1563 zwar in besseren Zustand, doch war ihre Gesamtzahl zu gering, um eine Verteidigung über den gesamten Grenzabschnitt zu garantieren.<sup>106</sup>

Erzherzog Karl zögerte, das Kommando und die Verantwortung für die Militärgrenze zu übernehmen, da er dafür die Unterstützung der Stände Innerösterreichs benötigte. In seinen Ländern garte jedoch der religiöse Kampf zwischen Protestanten und Katholiken. Er befürchtete, den Ständen Zugeständnisse machen zu müssen, obwohl es seine Aufgabe wäre, den katholischen Glauben zu schützen.<sup>107</sup> Die Stände befürchteten, dass die von ihnen zur

---

<sup>101</sup> Rudolf II. 1552–1612, Erzherzog von 1576–1608, Kaiser des Heiligen Römischen Reiches von 1576–1612.

<sup>102</sup> Rothenberg, Militärgrenze, 43–45.

<sup>103</sup> Alfons Huber nennt für die gesamte Militärgrenze einen Jahresaufwand für 1571 von 1.053.382 Gulden, denen nur 683.666 Gulden an Staatseinnahmen entgegen stehen. Davon entfallen etwa 10% auf den kroatischen Grenzabschnitt. Vgl. Alfons Huber, *Geschichte Österreichs*, Bd. 4, Gotha 1892, 367f.

<sup>104</sup> Rothenberg, Militärgrenze, 45.

<sup>105</sup> Hierfür findet man in der Litatur zwei unterschiedliche Angaben. Amstadt (Amstadt, Militärgrenze, 56f.) zählt 6.756 Mann und teilt diese in 3.698 Mann im kroatischen Teil und 3.058 Mann im slawonischen Teil. Rothenberg (Rothenberg, Militärgrenze, 45.) hingegen spricht von einer Gesamtbesatzung von 5.756 Soldaten in beiden Abschnitten. Die genaue Auflistung der einzelnen Truppenteile ergibt, dass Rothenberg hier ein Rechenfehler unterlaufen ist.

<sup>106</sup> Rothenberg, Militärgrenze, 45.

<sup>107</sup> Zu den Rekatholisierungsbestrebungen von Erzherzog Karl vgl. Karl Amon, *Innerösterreich*, in: Anton Schindling – Walter Ziegler (Hgg.), *Die Territorien des Reichs im Zeitalter der Reformation und Konfessionalisierung. Land und Konfession 1500–1650*, Münster 1989, 108–113.

Verfügung gestellten Geldmittel nicht zum Kampf gegen die Osmanen, sondern gegen sie selbst eingesetzt werden würden. Am Landtag zu Bruck gelang 1578 eine Einigung. Erzherzog Karl gestand den Protestanten das Recht zu, Kirchen und Schulen zu errichten, dafür verpflichteten sich die Stände der Steiermark zu einer jährlichen Zahlung von 274.103 Gulden für die Unterhaltung der slawonischen Grenze. Kärnten und Krain mussten gemeinsam dieselbe Summe für die Unterhaltung des kroatischen Abschnittes aufbringen. Die Stände leisteten somit insgesamt eine jährliche Unterstützung in der Höhe von 548.205 Gulden; ihre Macht wie auch ihre Zugeständnisse wurden im Brucker Libell festgelegt. Erzherzog Karl wurde mit 25. Februar 1578 die Militärgrenze übertragen. Er übte dort die oberste Befehlsgewalt aus – einzig die Entscheidung zum Krieg und die Bestellung des ersten Grenzobristen verblieb beim Kaiser.<sup>108</sup> Vertreter von Kroatien und Ungarn waren in Bruck nicht anwesend, unterzeichneten aber nachträglich die Beschlüsse. Mit der Betonung, dass die Einflussnahme Österreichs nur militärische Belange betreffe, wurden ihre Befürchtungen, dies sei ein Versuch ihre Macht zu untergraben, beseitigt.<sup>109</sup>

Noch im selben Jahr erließ Karl eine Verordnung zur Bestellung des Grazer Hofkriegsrates, nach Vorbild des Wiener Rates. Dieser war für Personalangelegenheiten, Festungsbauten sowie deren Wartung und das allgemeine Finanzgebaren zuständig. Verpflichtet war der Grazer Hofkriegsrat nicht nur dem Erzherzog, sondern auch den Ständen Innerösterreichs. Die Wiener Behörde hingegen unterstand dem Kaiser. In den Folgejahren führte diese Doppelverwaltung zu Problemen, da man sich bei der Zuständigkeit nicht einig war. Ein immenses Problem waren die Soldrückstände noch aus maximilianischer Zeit, worunter die Disziplin der Truppen stark litt.<sup>110</sup>

Um die Militärgrenze besser verwalten zu können, erließ Karl 1579 den Befehl, eine zentral gelegene, starke Festung am Schnittpunkt der Flüsse Kulpa und Korana zu errichten. Die dort erbaute Stadt Karlovac lag allerdings in einem Sumpfgebiet, wodurch die Trinkwasserversorgung problematisch war und die zu zahlreichen Krankheiten führte. Um trotz der schwierigen Lage den Zuzug zu fördern, erließ Karl im April 1581 ein Sonderstatut, welches für alle Bewohner im gleichen Ausmaß galt.<sup>111</sup> Alle Bürger erhielten die selbe Stellung unabhängig ihrer Herkunft; ihre Häuser gingen automatisch in Privatbesitz über und es galt die Religionsfreiheit. Die Schwäche der Stadt war ihre Lage im Sumpfgebiet, doch

---

<sup>108</sup> Amstadt, Militärgrenze, 58–60.

<sup>109</sup> Rothenberg, Militärgrenze, 47.

<sup>110</sup> Amstadt, Militärgrenze, 60; sowie Rothenberg, Militärgrenze, 47f; sowie Ernst, Landesvizedom, 95.

<sup>111</sup> Krajasich, Militärgrenze, 17f.



zugleich war dies auch ihre Stärke, denn sie wurde von den Osmanen aufgrund des sumpfigen Umlandes als uneinnehmbar angesehen und deswegen nie angegriffen.<sup>112</sup>

Die Entwicklung ab 1577 war entscheidend für die Effizienz der Grenze und den weiteren Ausbau. Die Verwaltung arbeitete rascher und die Teilung in weitere Unterabschnitte sowie die Ausdehnung der Meergrenze bis Bag (Karlobag, Carlopago) zeigten ihre Wirkung. Probleme gab es weiterhin zwischen den verschiedenen Räten, dem Grenzobristen und dem lokalen Adel, der das System eher ablehnte.<sup>113</sup>

Die letzten beiden Jahrzehnte des 16. Jahrhunderts waren von der immer stärker durchgreifenden Gegenreformation in den habsburgischen Ländern geprägt. Für die Militärgrenze hieß dies vor allem, dass die Stände versuchten, mit ihren Geldmitteln die Habsburger zu erpressen. In Nieder- und Oberösterreich, wo der Protestantismus am stärksten Fuß gefasst hatte, kam es zu einem Bauernaufstand und die Stände verweigerten die Zahlungen für die Grenze. Innerösterreich berief sich auf die Zugeständnisse im Brucker Libell und drohte permanent, die Zahlungen einzustellen. Die Stände vernachlässigten ihre Zahlungen und beriefen sich auf andere Säumige, wie etwa das Reich oder Ober- und Niederösterreich. Das Reich selbst hatte bis 1582 rechtzeitig und in voller Höhe gezahlt, in den nächsten fünf Jahren wurde immer häufiger verspätet und auch nicht die gesamte Summe ausbezahlt. Ab 1587 setzen die Zahlungen für die Militärgrenze vollkommen aus.<sup>114</sup> Dies führte zu Soldrückständen und dies automatisch zu Missständen ungewohnter Ausmaße an der Grenze. Die Grenzer waren vom Hungertod bedroht, die Uskokten schritten zur Selbsthilfe und plünderten und raubten, wo es ging, einerlei ob von Freund oder Feind. Besonders die Uskokten aus Senj begannen mit Piraterie, wobei sie auch christliche Schiffe überfielen. Die Osmanen wie auch die Venezianer waren darüber überaus verärgert. Die Behörden in Graz unternahmen dagegen allerdings wenig.<sup>115</sup>

Nachdem 1590 Sina Pascha (Koca Sinan Pascha)<sup>116</sup> an die Macht kam, intensivierten sich die Angriffe an der Westgrenze des Osmanischen Reiches. 1591 wurde ein Großangriff durchgeführt, der schwere Verluste auf Seiten der Christen brachte und im Folgejahr fortgeführt wurde. Ein eilig aufgestelltes Verteidigungsheer der Stände Innerösterreichs und Kroatiens wurde vollkommen aufgerieben, woraufhin ein 5.000 Mann starkes kaiserliches

---

<sup>112</sup> Buchmann, Österreich, 113.

<sup>113</sup> Rothenberg, Militärgrenze, 49.

<sup>114</sup> Friedrich Emanuel von Hurter, Geschichte Kaiser Ferdinands II. und seiner Eltern, bis zu dessen Krönung in Frankfurt, Bd. 1, Schaffhausen 1850, 374–376.

<sup>115</sup> Rothenberg Militärgrenze, 52.

<sup>116</sup> Sinan Pascha (Koca Sinan Pascha), 1512 – 1596. Pascha ist der Titel des höchsten Beamten und Militärs sowie eines Statthalter. Vgl. Bundesministerium für Unterricht, Kunst und Sport, Österreichisches Wörterbuch 37, Wien 1994, 331.

Heer entsandt wurde, um Sisak (Sissek, Sziszek), die letzte Stellung an der Save, zu halten. Am 22. Juni 1593 wurden in der Schlacht bei Sisak die osmanischen Truppen aufgehalten. Die Osmanen reagierten mit einer Kriegserklärung und Generalmobilmachung. Der Kaiser rüstete mit Unterstützung des Papstes, der spanischen Linie der Habsburger, dem Reichstag und den Ständen ein Heer aus. Venedig beteiligte sich nicht, da es am ausgehandelten Friedensvertrag nach der Schlacht von Lepanto festhielt.<sup>117</sup>

Der Krieg brachte die ersten beiden Jahre keine nennenswerten Erfolge für beide Seiten. Durch ihn wurde jedoch eine gewaltige Flüchtlingswelle auf osmanischer Seite ausgelöst. Die Zahl der geflohenen Walachen nahm bis dato unerreichte Ausmaße an; diese wurden erneut im Grenzgebiet als Militärkolonisten mit den üblichen Privilegien angesiedelt. Von 24. bis 26. Oktober 1595 wurden in der Schlacht von Mezökeresztes die kaiserlichen Truppen vollkommen vernichtet.<sup>118</sup> Dieser Sieg war entscheidend für die osmanische Vormachtstellung am Balkan bis 1683, konnte allerdings nicht weiter genützt werden. Im selben Jahr verstarb der Sultan, es kam zu Aufständen in Kleinasien und ein erneuter Krieg im Osten des Landes band die Truppen. Sein Nachfolger, Sultan Mehmed III.<sup>119</sup>, führte den Krieg ohne nennenswerte Siege fort, bis er 1603 verstarb. Ihm folgte Sultan Ahmed I.<sup>120</sup>, der in Stephan Bocskai (Stefan Bocskay, Botskai István)<sup>121</sup> einen Verbündeten gegen die Habsburger fand. Erzherzog Matthias schloss aufgrund der Pattstellung auf anraten seines Bruders Rudolf II. mit Bocskai ein Waffenstillstandsabkommen. In Folge kam es 1606 zum Friedensschluss mit den Osmanen in Zsitvatorok. Dieser Friedensvertrag beinhaltete keine weitere Tributpflicht der Habsburger.<sup>122</sup>

1612 starb Kaiser Rudolf II. und Erzherzog Matthias<sup>123</sup> folgte ihm nach. Drei Jahre später gelang es ihm, das Waffenstillstandsabkommen mit den Osmanen zu erneuern. Zu jenem Zeitpunkt befand sich die Militärgrenze in einer absoluten Unfähigkeitsphase. Aufgrund der rigiden Sparmaßnahmen nach dem Krieg wurden große Teile der Truppen abgebaut, die Festungen nicht ausreichend gewartet und beschädigtes Material nicht ausgetauscht. Im Herbst 1609 wurden von Erzherzog Ferdinand 50 Prozent der Truppen an der slawonischen Grenze entlassen, da die Stände eine finanzielle Entlastung verlangten. Dies

---

<sup>117</sup> Buchmann, Österreich, 115.

<sup>118</sup> Rothenberg, Militärgrenze, 55f.

<sup>119</sup> Mehmed III., 1566–1603, Sultan ab 1595.

<sup>120</sup> Ahmed I., 1589–1617, Sultan ab 1603.

<sup>121</sup> Stephan Bocskai (Stefan Bocskay, Botskai István), 1557–1606, Fürst von Siebenbürgen ab 1605 und Lehensherr von Ungarn.

<sup>122</sup> Buchmann, Österreich, 119. Mit diesem Friedensvertrag wurden auch die Gebietsgewinne der Osmanen bestätigt. Dadurch wurde das kroatische Herrschaftsgebiet von etwa 50.000 km<sup>2</sup> auf etwa 15.500 km<sup>2</sup> verkleinert. Vgl. Kampus, System, 515.

erkannte man zwar rasch als Fehlentscheidung, Gegenmaßnahmen wurden dennoch keine veranlasst. Die Grenze blieb somit existent, aber unfähig, ihrer Aufgaben gerecht zu werden.<sup>124</sup>

Diese Vernachlässigung während der gesamten Dauer des 30-jährigen Krieges konnte man sich nur leisten, weil die Osmanen ebenso geschwächt waren.<sup>125</sup> Schwache Herrscher lösten sich ab und die bisher äußerst effiziente Zermürbungstaktik wurde weitgehend eingestellt.<sup>126</sup> Beleg für diese, auch von osmanischer Seite gewollte, Ruhe am Balkan ist die Verlängerung des Vertrages von Zsitvatorok von 1606, der 1649 auf 22 Jahre verlängert wurde.<sup>127</sup> Ungewöhnlich, da die Osmanen in der Regel keine so lange gültigen Waffenstillstandsabkommen schlossen. Die wenig durchsetzungsfähige Staatsführung wuchs sich zu einer Krise aus.<sup>128</sup> Nach der Ermordung von Sultans Ibrahim<sup>129</sup> folgte ihm sein Sohn Mehmet IV.<sup>130</sup> auf den Thron. Zweifelsohne regierte der erst Sechsjährige nicht selbst. Das von Intrigen und Korruption beherrschte Osmanische Reich kämpfte mit Landflucht, überhöhten Steuern und einer zunehmenden Inflation. Die Osmanen waren somit zu diesem Zeitpunkt nicht in der Lage, größere militärische Aktionen gegen die Habsburger zu unternehmen.<sup>131</sup>

In der ersten Hälfte des 17. Jahrhunderts nahmen die Versuche der kroatischen und slawonischen Adeligen den innerösterreichischen Einfluss zu beseitigen, stark zu. Im Glauben, dass die osmanische Bedrohung gebannt sei, wollte man die „Einmischung“ der Habsburger auf ihrem Territorium nicht mehr dulden. Daher versuchten sie wieder intensiver, die Siedler in die Leibeigenschaft zu zwingen und bekämpften ihre Sonderprivilegien. Die Stände Innerösterreichs schlugen sich auf die Seite ihres Erzherzogs, da sie großes Interesse am Weiterbestehen der Grenze hatten; sie zogen einige Vorzüge aus dieser Institution. Einerseits waren es gut honorierte Posten, wie Offiziersposten, die nur von den Ständen Innerösterreichs besetzt wurden, andererseits war es auch die Möglichkeit, minderwertige Produkte zu hohen Preisen abzusetzen. Die Grenzbevölkerung war nicht in der Lage, sich selbst zu versorgen, weswegen sie auf jede Lieferung, unabhängig ihrer Qualität, angewiesen

---

<sup>123</sup> Matthias, 1557–1619, König von Ungarn und Kroatien ab 1608, König von Böhmen ab 1611, Erzherzog von Österreich ab 1612 und Kaiser HRR ab 1612.

<sup>124</sup> Rothenberg, Militärgrenze, 57f.

<sup>125</sup> Miksch, Kampf, 271.

<sup>126</sup> Rothenberg, Militärgrenze, 59.

<sup>127</sup> Rothenberg, Militärgrenze, 69.

<sup>128</sup> Die Osmanen erkannten den Kaiser erstmals als gleichwertig an und so wurden auch die Verhandlungen geführt – auf selber Augenhöhe. Dies kann auf die, von den Osmanen erkannte, militärische Stärke beider Mächte zurückgeführt werden. Vgl. Reinkowski, Osmanische Reich, 47; sowie Cerwinka, Türkenkrieg, 315.

<sup>129</sup> Ibrahim, 1615–1648, Sultan ab 1640.

<sup>130</sup> Mehmet IV., 1642–1687, Sultan ab 1648.

<sup>131</sup> Buchmann, Österreich, 125.

war. Den Ständen gelang es, das Recht zu erwirken, wonach alle Waren bis zum Verbrauch in ihrem Besitz blieben und im Falle von Vernichtung, Raub oder Beschädigung der Kaiser in voller Höhe dafür aufkommen musste. Der lokale Adel stieß sich an den freien Militärgrenzern auf seinem Gebiet, die sich der Leibeigenschaft entzogen, raubten, und dies nicht nur beim Feind, verdächtigt wurden mit dem Osmanen zu paktieren und auch noch frei ihre Religion wählen und ausleben durften. Daher forderten die verbündeten ungarischen und kroatischen Adligen erstmals 1608 den Abzug der habsburgischen Truppen und die Wiederherstellung des Banus.<sup>132</sup> Der erste Aufstand wurde rasch niedergeschlagen, die Forderungen hörte man aber in den darauf folgenden Jahren immer wieder. Der Kaiser versuchte deswegen am 5. Oktober 1630 mit den *Statuta Valachorum* Rechtssicherheit zu schaffen. Dieser Erlass regelte die Rechte und Pflichten der Grenzer und hatte bis über das Ende des hier betrachteten Zeitraumes Gültigkeit. Die Statuta waren in ihrer Gänze ein Ausdruck für die absolute Machtauffassung der Habsburger und so wurde sie auch von den lokalen Adligen verstanden.<sup>133</sup> 1635 erklärten diese die Statuta für ungültig und es kam zum Streit zwischen dem ungarischen sowie kroatischen Adel und dem Kaiser. Dieser war aber ebenso König von Kroatien wie Ungarn, weswegen die Gültigkeit der Statuta nicht anfechtbar war. Daher versuchte man Schwachpunkte im Erlass zu finden. Der lokale Adel argumentierte unter anderem damit, dass die Statuta für neu Hinzugekommene nicht gelten. Als der Streit 1644 noch immer nicht beendet war, erließ Ferdinand III.<sup>134</sup> schließlich eine bindende Verordnung zu ihnen.<sup>135</sup> Der Erlass wurde allerdings nicht vollständig umgesetzt, da die Militärbehörden durch die teilweise Aberkennung von Privilegien einen Aufstand fürchteten. Daher hatten die Statuta in der Praxis für alle Siedler im gleichen Ausmaß Gültigkeit.

## 2.5. Dritte Phase, eingeleitet durch den letzten Großangriff der Osmanen 1664–1683

Während am Balkan weiterhin am Frieden festgehalten wurde, standen die Venezianer erneut im Seekrieg mit den Osmanen. 1656 gelang ein umfassender Sieg über die osmanische Flotte, wodurch im Osmanischen Reich ein Machtwechsel eingeleitet wurde. Mehmed Köprülü<sup>136</sup> wurde Großwesir und begann einen massiven Angriff am Balkan. Parallel dazu verstarb 1657 Ferdinand III. und sein Sohn Leopold I.<sup>137</sup> übernahm den Thron. Er hielt weiter streng am

---

<sup>132</sup> Rothenberg, Militärgrenze, 62–64.

<sup>133</sup> Amstadt, Militärgrenze, 93–95.

<sup>134</sup> Ferdinand III., 1608–1657, ab 1625/27 König von Ungarn, Kroatien und Böhmen und Erzherzog von Österreich, ab 1637 Kaiser HRR.

<sup>135</sup> Rothenberg, Militärgrenze, 67–69.

<sup>136</sup> Mehmet Köprülü, 1580–1661, Pascha von 1656–1661.

<sup>137</sup> Leopold I., 1640–1705, regierte von 1657–1705.

Frieden fest und erlaubte keine größeren Konflikte.<sup>138</sup> Daran hielt sich der siebenbürgische Woiwode Georg II. Rákóczi (Rákóczi György)<sup>139</sup> jedoch nicht. Nach dessen Verlusten in Polen wurde er auf Druck der Osmanen als Fürst von Siebenbürgen abgesetzt. Der eingesetzte Achaz Barczay (Ákos Barcsay)<sup>140</sup> wurde jedoch von den siebenbürgischen Ständen nicht akzeptiert; diese forderten János Kemény<sup>141</sup> als Fürst. Der Konflikt zwischen den drei Kandidaten wurde durch den Einmarsch eines osmanischen Heeres beendet. Leopold unterstützte Rákóczy zwar, aber nur inoffiziell und nicht ausreichend, so dass dieser 1660 fiel und Siebenbürgen wieder ein Vasall der Osmanen wurde.<sup>142</sup>

Mehmeds Sohn Köprülü Râzil Ahmed<sup>143</sup> marschierte 1663 mit einer starken Armee in Ungarn ein. Die kaiserlichen Truppen stellten sich den Osmanen in der Schlacht bei St. Gotthard an der Raab am 1. April 1664. Trotz des Sieges über die Osmanen war Leopold I. rasch bereit für ein Waffenstillstandsabkommen, das schon am 10. April in Vasvár (Eisenburg) unterzeichnet wurde. Der Habsburger nützte die günstige Schwäche der Osmanen nicht, um Teile Ungarns zu befreien, stattdessen trat er in Verhandlungen mit der Pforte und schloss 10. August 1664 einen Friedensvertrag, der deutlich zu Ungunsten des Habsburgers ausgelegt war. Die Osmanen diktierten erneut die Bedingungen, so wurde Siebenbürgen als osmanischer Vasall bestätigt, einige Eroberungen in Ungarn blieben in osmanischer Hand und die Tributpflicht wurde unter der Bezeichnung „Ehrengeschenk“ wieder eingeführt, diesmal jedoch in der Höhe von jährlich 200.000 Gulden.<sup>144</sup> Dieser Friedensschluss stieß in weiten Kreisen auf Unverständnis und gilt als wesentlicher Auslöser für die Magnatenverschwörung (Wesselényi–Verschwörung). Die wichtigsten Adelsfamilien, wie die Zrínyi (Zrinski), die Frankopan (Frangipani), die Wesselényi (Vešeléni), Nádaszy und Rákóczi (Rakoczy) revoltierten gegen Habsburg und versuchten die Militärkolonisten auf ihre Seite zu ziehen.<sup>145</sup> Dieser Versuch klingt paradox, da sie seit Jahrzehnten erfolglos versuchten, diese in die Leibeigenschaft zu zwingen. Dahinter steckt die Annahme, die anhaltenden Konflikte der Grenzer mit den Behörden würde Sympathie für den lokalen Adel bringen. Tatsächlich beteiligten sich die Grenzer nicht am Aufstand, dieser wurde rasch niedergeschlagen.<sup>146</sup>

---

<sup>138</sup> Rothenberg, Militärgrenze, 70f.

<sup>139</sup> Georg II. Rákóczi (Rákóczi Göry), 1621–1660, ab 1648 Fürst von Siebenbürgen.

<sup>140</sup> Achaz Barczay (Ákos Barcsay), 1619–1660, von den Osmanen 1658 zum Fürsten von Siebenbürgen erklärt.

<sup>141</sup> János Kemény, 1607–1662.

<sup>142</sup> Buchmann, Österreich, 127.

<sup>143</sup> Köprülü Fâzil Ahmed, 1635–1676, folgte seinem Vater als Pascha 1661 nach.

<sup>144</sup> Rothenberg, Militärgrenze, 71f.

<sup>145</sup> Buchmann, Österreich, 131f; sowie Josef Riegler, Höhepunkt und Ende der Türkengefahr, in: Die Steiermark, Brücke und Bollwerk. Katalog der Landesausstellung, Stubenberg 1986, 366.

<sup>146</sup> Rothenberg, Militärgrenze, 72–74.

1678, 100 Jahre nach dem Brucker Libell, wurde für die Stände eine günstigere Regelung für die zu leistenden Zahlungen erlassen. So mussten diese jetzt monatlich erfolgen, davon sechs Monate in Geldmittel, fünf Monate in Nahrungslieferungen, wobei das letzte Monat zahlungsfrei blieb.<sup>147</sup>

1682 traten die Osmanen mit der Forderung an Leopold I. heran, Michael Tököly ganz Ungarn zuzusprechen und es als Vasall des Osmanischen Reiches zu bestätigen. Diese unannehmbare Forderung wurde gestellt, um einen legitimen Kriegsgrund zu haben und nicht gegen das Abkommen von 1664 zu verstoßen. Parallel bereiteten die Osmanen den Großangriff gegen Wien vor.<sup>148</sup> Nach der Niederlage der Osmanen 1683 vor Wien formierte sich ein Bündnis, die Heilige Allianz, aus Kaiser, Papst, Venezianern und Polen. Zwei Jahre später schlossen sich noch Russland und Brandenburg an. In einem Gegenstoß zwang man die Osmanen zu einem Krieg an allen Fronten.<sup>149</sup> 1684 gelang es Pest zu nehmen; 1686 fiel Ofen. Im Folgejahr gelang es Karl von Lothringen<sup>150</sup>, die Osmanen in der Schlacht bei Mohács zu schlagen und Siebenbürgen dem Habsburgischen Reich anzugliedern. Noch im selben Jahr erhielten diese die ungarische Krone als Teil ihres Erbes.<sup>151</sup>

Parallel zu dem Vorstoß dehnte sich auch die Militärgrenze deutlich nach Süden aus. Der Rückzug der Osmanen brachte erneut Bestrebungen, die Militärgrenze aufzulösen und der dortigen Bevölkerung ihre Privilegien abzuerkennen. Dadurch herrschte starke Unsicherheit an der Grenze. Die Grenzer beteiligten sich an den Kampfhandlungen und unternahmen eigenständige Befreiungsaktionen.<sup>152</sup> Antreibend war hier auch die bereits seit Jahren herrschende Knappheit an Lebensraum. Die Eigenversorgung war durch die geringe Anzahl an Ackerflächen nicht gesichert; so war eine Ausdehnung des Gebietes ganz im Sinne der Kolonisten. Diese Lage wurde durch die Flüchtlingsströme, ausgelöst durch die neuesten Kampfhandlungen, verstärkt. Diese Auswanderungswelle wurde intensiviert durch den Versuch der 1689 in Serbien einmarschierten kaiserlichen Truppen, die dortige Bevölkerung zum Aufstand gegen die verbliebenen Osmanen zu bewegen. Es gelang allerdings nicht den lokalen Adel zu Beteiligung zu bewegen, so dass der Kaiser am 6. April 1690 einen Erlass verlautbaren ließ, demnach „alle Völker Albaniens, Serbiens, Mysiens, Bulgariens, Silistriens, Illyriens, Mazedoniens und Rasziens“ sich der christlichen Seite anschließen sollen.<sup>153</sup> Ihnen

---

<sup>147</sup> Rothenberg, Militärgrenze, 74.

<sup>148</sup> Buchmann, Österreich, 135f.

<sup>149</sup> Rothenberg, Militärgrenze, 76.

<sup>150</sup> Karl V. Leopold von Lothringen, 1643–1690.

<sup>151</sup> Buchmann, Österreich, 152f.

<sup>152</sup> So befreiten die Grenztruppen eigenständig die Grafschaften Ličko (Lika), Krbáva (Krbava) und Zvonigrad, unterstützten aber auch die Hauptarmee bei ihren Gegenstoß. Vgl. Krajasich, Militärgrenze, 26f.

<sup>153</sup> Amstadt, Militärgrenze, 128f.

wurde als Gegenleistung Religionsfreiheit, Steuerfreiheit und die Ausübung ihrer Bräuche zugesichert. Da der erhoffte Erfolg ausblieb und Ludwig XIV.<sup>154</sup> den Pfälzischen Erbfolgekrieg eröffnete, wodurch Verstärkung für die christlichen Einheiten verhindert wurde, wendete sich das Blatt. Die Osmanen eroberten Belgrad zurück und die kaiserlichen Einheiten mussten sich hinter die Donau zurück ziehen. Durch die Zusicherung dieser Rechte gelang es zwar nicht, einen Aufstand auszulösen, aber ein in seinem Umfang noch nie dagewesener Flüchtlingsstrom setzte ein. Etwa 30.000 serbische Familien wanderten nach Kroatien und Ungarn und verstärkten dort die Grenzkolonien. Dies nahmen die österreichischen Behörden zum Anlass, die Grenze über ganz Ungarn auszuweiten. Sie beriefen sich dabei auf dem Umstand, dass neueroberte Gebiete direkt dem Kaiser unterstanden. Diese *neoacquisitia* wurden direkt den Militärbehörden unterstellt.<sup>155</sup>

1691 gelang Markgraf Ludwig Wilhelm von Baden–Baden<sup>156</sup> in der Nähe von Belgrad ein bedeutender Sieg in der Schlacht von Slankamen (Szlankamen). Mit weiteren osmanischen Truppen konnte der Vormarsch der Kaiserlichen jedoch gestoppt werden. Entscheidend war schließlich deren Sieg unter Prinz Eugen von Savoyen<sup>157</sup> 1697 in der Schlacht bei Zenta. Nachdem es gelungen war, ein doppelt so starkes osmanisches Heer zu schlagen, zeigten diese Friedensbereitschaft.<sup>158</sup> Im Frieden von Karlowitz 1699 konnten sich die Habsburger Ungarn, Siebenbürgen und Kroatien sichern. Im Frieden von Passarowitz (Pažarevac) 1718 kamen noch das Banat, Nordserbien und die kleine Walachei hinzu.<sup>159</sup> Der neue Grenzverlauf lief entlang der Una (Unna), der Save (Sau, Sawe, Sava), der Donau und dem Unterlauf der Theiß (Tisza, Tisa). Die Militärgrenze verlor durch die Entwicklungen ihre direkte Aufgabe und veränderte sich territorial stark.<sup>160</sup> Ihre Fläche vervielfachte sich und sie wurde zum Siedlungsgebiet für Flüchtlinge, die dem Kaiser treu zur Seite standen. Zwar stellte die Schutzfunktion gegen die Osmanen weiterhin die Hauptaufgabe dar, die Grenzer dienten aber auch zur Machtsicherung in Ungarn und Kroatien.<sup>161</sup>

---

<sup>154</sup> Ludwig XVI. (Louis XVI.), 1638–1715, ab 1643 König von Frankreich.

<sup>155</sup> Rothenberg, Militärgrenze, 79f.

<sup>156</sup> Ludwig Wilhelm von Baden–Baden, 1655–1707, Generalleutnant der kaiserlichen Truppen.

<sup>157</sup> Prinz Eugen von Savoyen (François–Eugène de Savoie–Carignan), 1663–1736.

<sup>158</sup> Buchmann, Österreich, 155f.

<sup>159</sup> Helmut Pemsel, Weltgeschichte der Seefahrt. Bd. II. Geschichte der zivilen Seefahrt, Vom Beginn der Neuzeit bis zum Jahr 1800 mit der Frühzeit von Asien und Amerika, Wien 2001, 726.

<sup>160</sup> Buchmann, Österreich, 156f.

<sup>161</sup> Rothenberg, Militärgrenze, 83.

### 3. Das Grenzland – ein Begegnungsraum von Ethnien

#### 3.1. Die lokale Bevölkerung

Betrachten man die Bevölkerung im Grenzgebiet, so ergibt sich ein sehr differenziertes Bild, welches durch soziale, politische und konfessionelle Spannungen sowie durch ständige Migration geprägt war.<sup>162</sup> Das Festhalten eines definierten Zustands der Grenzbevölkerung für den gesamten Zeitraum wird somit nicht möglich sein. Deshalb können nur Momentaufnahmen einen Eindruck von der ethnischen Zusammensetzung und von der Lebensweise dieser geben.

Die Masse der Einwohner bestand aus unfreien, untertänigen Bauern, welche den kroatischen bzw. slawonischen Adeligen unterworfen waren. Sie lebten in Dörfern und bestellten das ihnen zugewiesene Land. Sie hatten ihren Zehent zu leisten, den Adelsherren eine Rente abzuliefern und waren darüber hinaus noch zu Fron- und Militärdiensten verpflichtet.<sup>163</sup> Die Höhe dieser Abgaben erfuhr im Laufe des 16. Jahrhunderts eine dermaßen starke Steigerung, dass es, ausgelöst durch einen lokalen Vorfall, im gesamten Raum zu einer Bauernrevolte kam.<sup>164</sup> Auf dieses Ereignis wird zu einem späteren Zeitpunkt noch ausführlicher eingegangen. Neben diesen unfreien Bauern gab es noch einige wenige freie Bauern, welche keinen Adeligen direkt zugehörig waren.<sup>165</sup> Die Adelsherren und Ritter selbst, ebenso ländlich geprägt, waren im Besitz ihrer sehr uneinheitlich gegliederten Güter, welche häufig ihre einzigen Einnahmequellen darstellten. Sie waren zum Militärdienst verpflichtet und versammelten sich im Sabor.<sup>166</sup> Die oberste Stellung nahm in Kroatien der Banus (Ban) ein. Er wurde vom ungarischen König bestellt und übernahm dessen Verwaltungsfunktion im Lande.<sup>167</sup> Dieses relativ einheitliche Feudalsystem bestand zwar während des gesamten Betrachtungszeitraumes, doch die Homogenität der Bevölkerung sowie die tatsächliche politische Struktur waren starken Wechsell unterworfen.

Zunächst erfuhr der kroatische Adel eine starke Schmälerung seiner Macht durch die Gebietsverluste an die Osmanen und somit auch den Entzug eines Teiles seiner

---

<sup>162</sup> Günther Stökl, Die deutsch-slavisches Südostgrenze des Reiches im 16. Jahrhundert. Ein Beitrag zu ihrer Geschichte dargestellt an Hand des südslavischen Reformationsschrifttums, Breslau 1940, 162.

<sup>163</sup> Ferdinand Tremel, Wirtschafts- und Sozialgeschichte Österreichs, Wien 1969, 60f; sowie Ebenda, 64.

<sup>164</sup> Schulze, Widerstand, 50f.

<sup>165</sup> Tremel, Wirtschafts- und Sozialgeschichte, 60.

<sup>166</sup> Nenad Zakošek – Tomilac Maršić, Das politische System Kroatiens, in: Wolfgang Ismayr (Hg.), Die politischen Systeme Osteuropas, Wiesbaden 2010, 773.

Beim Sabor handelt es sich um die Ständeversammlung des mit Ungarn seit 1102 in Personalunion stehenden Königreiches Kroatien.



wirtschaftlichen Grundlage. Um gegen die osmanische Bedrohung bestehen zu können, stand ab 1522 ein fremdes Heer im Lande. Anfänglich dachte man an einige wenige Jahre und nicht an etwa dreieinhalb Jahrhunderte fremder Soldaten im eigenen Land.

Aufgrund der unsicheren militärischen Lage und insbesondere durch die große Not im Land, lassen sich mehrere südosteuropäische Wanderbewegungen erkennen. Bewirkt durch die osmanische Expansion am Balkan, machten sich viele christliche Flüchtlinge auf, um jenseits der Grenze zu siedeln.<sup>168</sup> Parallel hierzu sehen man auch eine Abwanderungsbewegung der kroatischen und slawonischen Bevölkerung Richtung Norden, Nordwesten und Nordosten.<sup>169</sup> Die Motive waren dabei sehr unterschiedlich. Teils hatten die Adeligen weiter nördlich gelegene Güter und wanderten mit ihren Untertanen ab, teils wurden Bauernfamilien auch von anderen Adeligen abgeworben, welche mit Arbeitskräftemangel zu kämpfen hatten<sup>170</sup>, teils machten sich die Familien aus eigenem Antrieb auf und verließen das Grenzland.<sup>171</sup> Zu Beginn waren es nur kleinere Ausweichbewegungen, meist innerhalb der Landesgrenzen, so finden sich später Wanderungen bis Ödenburg (Šopron) und Pressburg (Bratislava, Pozsony), größere Sprachinseln bildeten sich auch in Westungarn, um nur einige wenige Beispiele anzuführen.<sup>172</sup> Die dadurch an der Grenze verlassenen Regionen wurden mit den Flüchtlingen vom Balkan langsam wieder besiedelt, um die Durchlässigkeit des Grenzgebietes zu verhindern.<sup>173</sup> Die Immigranten ersetzten allerdings nicht die abgewanderten Leibeigenen, sondern siedelten, wie infolge noch ausführlich erläutert wird, als freie Bauernsoldaten. Damit lebten die verbliebenen untertänigen Bauern neben freien Migranten, denen man Misstrauen und Missgunst entgegen brachte. Die ausgelösten sozialen

---

<sup>167</sup> Banus (Ban) ist der oberste Adelige, vergleichbar einem Markgrafen, der über ein Banat (Banovina, Bánság) herrschte. Zur Definition des kroatischen Ban vgl. Johann Böhm, *Die deutsche Volksgruppe in Jugoslawien 1918–1941*, Frankfurt am Main 2009, 51, Fußnote 81.

<sup>168</sup> Wakounig, *Uskokien*, 92.

<sup>169</sup> Nikolaus Wilhelm–Stempin, *Das Siedlungsgebiet der Burgenlandkroaten*. In *Österreich, Ungarn, Mähren und der Slowakei*, München 2008, 7–11; sowie Karl Kaser, *Die österreichische Militärgrenze in Kroatien (16. bis Mitte 18. Jahrhundert)*, in: *Die Steiermark, Brücke und Bollwerk*. Katalog der Landesausstellung, Stubenberg 1986, 253.

<sup>170</sup> Durch die immer wieder einfallenden Osmanen litt gerade die bäuerliche Bevölkerung sehr stark und hatte starke Verluste hinzunehmen. Weiters wurden durch die ständigen Kriegshandlungen gegen die Osmanen immer weitere Teile der Bauernschaft rekrutiert, was die Verlustzahlen noch weiters in die Höhe treibt. Dies führte dazu, dass Adelige aus den nördlichen Gebieten Werber an die Grenze schickten, welche die von Not geplagte Bevölkerung zur Abwanderung bewegen sollten. Vgl. Tremel, *Wirtschafts- und Sozialgeschichte*, 233; sowie Breu, *Kroatensiedlung*, 32. Als weitere Gründe für die starken Bevölkerungsverluste in Niederösterreich und Westungarn werden die Pest, zu Beginn des 15. Jahrhunderts, und der Grenzkrieg des Habsburgers Ferdinand III. mit dem ungarischen König Matthias Corvinus genannt. Vgl. Breu, *Burgenland. Und den anschließenden Gebieten*, Wien 1970, 41.

<sup>171</sup> Breu, *Burgenland*, 15.

<sup>172</sup> Breu, *Grenzraum*, 29f.

<sup>173</sup> Amstadt, *Militärgrenze*, 23f.

und politischen Spannungen betrafen alle Bevölkerungsschichten und stellten für die militärischen Kommandanten eine Herausforderung dar.<sup>174</sup>

Hinzu kamen noch die bereits erwähnten Söldner der habsburgischen Streitmacht im Grenzgebiet. Kommandiert wurden diese Truppen von innerösterreichischen Adeligen, welche sich durch Finanzierung der Militärgrenze das Recht auf Stellung aller gehobenen Posten sicherten. Sie nutzten den Grenzdienst als Sprungbrett für ihre Karriere und nicht wenige nahmen später wichtige Positionen im Hofkriegsrat oder am Grazer Hof ein. So ist es auch nicht verwunderlich, dass die steirischen, Kärntner und Krainer Adelsfamilien ständig Vertreter ihrer Familien im Dienst an der Grenze hatten.<sup>175</sup>

Die Bevölkerung an der Grenze unterschied sich allerdings nicht nur in ihrer ethnischen, sondern auch in ihrer konfessionellen Zusammensetzung. Hier prallten im Betrachtungszeitraum vier Konfessionen aufeinander. Einerseits gab es eine ursprünglich recht umfangreiche römisch-katholische Bevölkerung, welche sich im Laufe des 16. Jahrhunderts stark dem Protestantismus zuwandte und eine eigene Schriftlichkeit entwickelte.<sup>176</sup> Diesseits der Militärgrenze brachten die Einwanderer vom Balkan den orthodoxen Glauben mit sich, den sie auch beibehielten. Beachten muss man, dass die Militärgrenze auch eine konfessionelle Grenze darstellte – die Grenze zum Islam –, wenn auch jenseits der Grenze viele ihrem katholischen Glauben treu geblieben waren.<sup>177</sup> Die Glaubensunterschiede führten zu großen Spannungen.<sup>178</sup> Einerseits mit der Obrigkeit, welche die Gegenreformation vorantreiben wollte, andererseits auch innerhalb der Bevölkerung, die sich gegenseitig die Schuld zuwies, durch ihren falschen Glauben die Not der Bevölkerung auszulösen.<sup>179</sup> Im Laufe der Jahrzehnte entwickelten sich die Lutheraner des Grenzraumes zu tüchtigen Kämpfern an zwei Fronten zugleich, und zwar gegen die Osmanen, um ihr Land vor Übergriffen, Annexion und dem Islam zu verteidigen, sowie gegen Rom und die Gegenreformation.<sup>180</sup>

In Summe ergibt sich somit ein Bild unerwarteter Parallelitäten, unerwarteter Zusammenarbeit von unterschiedlichen Ethnien, Religionen und Geldgebern, die trotz der schlechten wirtschaftlichen und sozialen Bedingungen eine immense Abwehrleistung erbrachte.

---

<sup>174</sup> Rothenberg, Militärgrenze, 35.

<sup>175</sup> Kaser, Steirer, 306f.

<sup>176</sup> Stökl, Südostgrenze, 154f.

<sup>177</sup> Stökl, Südostgrenze, 157.

<sup>178</sup> Reinkowski, Osmanische Reich, 46.

<sup>179</sup> Stökl, Südostgrenze, 155.

<sup>180</sup> Stökl, Südostgrenze, 157.

### 3.2. Migration als Potential

Betrachtet man die Bevölkerungsentwicklung in den einzelnen Ländern am Balkan bis zur Einnahme durch die Osmanen, erkennt man einen langwierigen Prozess der Sesshaftwerdung und Eingliederung in das Feudalsystem. Die lokalen Adeligen versuchten die große Anzahl an Nomaden im Landesinneren stärker unter ihre Kontrolle zu bringen.<sup>181</sup> Da sich diese so genannten Walachen<sup>182</sup> allerdings erfolgreich zur Wehr setzen und ihre nomadische Lebensart beibehielten, wurden ihnen, im Gegenzug zur Übernahme gewisser Aufgaben, diese zugestanden. Ihre besondere Landeskunde zeichnete sie aus, weswegen sie zur Sicherung von Gebirgspässen, zum Geleitschutz von Händlern und zum Kriegsdienst verpflichtet wurden.<sup>183</sup> Durch die Expansion der Osmanen am Balkan änderten sich zwar die politischen Verhältnisse, doch dank des großen Bedarfs an landeskundlichen Kundschaftern wurden die Walachen mit denselben Privilegien rasch in osmanische Dienste gestellt. Zu ihren bisherigen Aufgaben kamen die Grenzsicherung und die Unternehmung von Streifzügen über die Grenzen hinweg nach Ungarn, Kroatien und Slawonien hinzu.<sup>184</sup>

Angesichts der neuen Herrscher blieb bei weitem nicht die gesamte Bevölkerung in ihrer Heimat. Bereits am Ende des 15. Jahrhunderts wird von großen Flüchtlingszügen nach Ungarn und Kroatien berichtet. Matthias Corvinus siedelte diese Immigranten, zumeist Serben und Bosnier, im Grenzraum an, um diesen zu verstärken.<sup>185</sup> Mit der Erosion der ungarischen Länder löste sich auch die Grenze auf und wurde immer durchlässiger.<sup>186</sup>

Wie bereits erwähnt kam es nach dem Fall Belgrads 1521 zu immer heftigeren Einfällen osmanischer Truppen nach Innerösterreich. Eine Reaktion darauf war das Einschreiten der Habsburger in Kroatien und Slawonien. Zunächst versuchte man mittels Truppen eine Abwehr zu gewährleisten, doch die Sicherung eines dermaßen großen Landstriches mit Söldnern war finanziell nicht lange tragbar und konnte auch nur punktuell erfolgen. Durch die Niederlage in Mohács 1526 verstärkte sich die Notwendigkeit eines abwehrfähigen Grenzsystems nochmals. Ein großer Teil des Balkans stand nunmehr unter osmanischer Kontrolle und eine starke Flüchtlingswelle aus dieser Region setzte ein. Es migrierte allerdings nicht ausschließlich die sesshafte, sondern auch in großer Anzahl die

---

<sup>181</sup> Ernst Werner, *Die Geburt einer Grossmacht – Die Osmanen (1300–1481)*. Ein Beitrag zur Genesis des türkischen Feudalismus, Wien/Köln/Graz 1985, 216.

<sup>182</sup> Bei den Walachen handelt es sich nach aktueller Ansicht um ethnische Rumänen mit orthodoxem Glauben. Vgl. Thede Kahl, *Ethnizität und räumlich Verteilung der Aromunen in Südosteuropa*. Münster 1999, 24.

<sup>183</sup> Amstadt, *Militärgrenze*, 15f.

<sup>184</sup> Amstadt, *Militärgrenze*, 17f.

<sup>185</sup> Miksch, *Kampf*, 406.

<sup>186</sup> Wakounig, *Uskokten*, 191f.

nomadische Bevölkerung. Die Walachen hatten nach 1526 ihre Privilegien verloren und die osmanische Obrigkeit versuchte sie nun stärker unter ihre Kontrolle zu bekommen.

Als Reaktion versuchte man „auf der anderen Seite“ sich die bisherige Lebensweise erhalten zu können.<sup>187</sup> Möglich wurde dies durch die in Kroatien, Slawonien und auch Ungarn weiter in das Landesinnere zurückweichende Bevölkerung.<sup>188</sup> Die Obrigkeit kam zum Schluss, die Immigranten im frei werdenden Grenzraum anzusiedeln und ihnen ihre gewohnten Privilegien zu bestätigen. Diese Migranten wurden auf habsburgischer Seite unter dem Sammelbegriff „Vyskoky“ (Uskoken) geführt.<sup>189</sup>

Durch die Ansiedelung der ersten Uskoken in der Grenzregion und die Bestätigung ihrer Privilegien, vermutlich schon 1530, urkundlich erst 1535 belegt, wurde die Immigration noch intensiviert. Die Militärgrenze konnte dank dieser landeskundlichen Uskoken deutlich verstärkt werden.<sup>190</sup> Diesen wurde Land zwischen den einzelnen Wachtürmen, Festungen und Grenzhäusern zugewiesen und sie wurden zu Streifzügen gegen die Osmanen angehalten.<sup>191</sup> Somit ergab sich eine Situation von der die Obrigkeit und die Migranten gleichermaßen profitierten. Die Obrigkeit und der kroatische Adel gewannen eine fast kostenfreie Stärkung der Grenze und die Immigranten konnten ihrer gewohnten Privilegien und Lebensweisen beibehalten. Für die lokalen Adeligen ergab sich aber der wesentliche Nachteil, dass sie ihren Einfluss auf große Teile der Bevölkerung im Grenzraum verloren. Zunächst akzeptierten sie die Ansiedelung, forderten aber später umso heftiger die Rückgabe ihrer rechtmäßigen Güter, auf welchen Walachen siedelten. Der Adel versprach sich vom Angebot an die Siedler, als Privatwalachen zu dienen, deren Unterwerfung, die mit Privilegien verbunden sein sollte. Die Feudalherren lagen mit ihrer Forderung im Recht, da der Herrscher nicht die Macht hatte, den lokalen Adel faktisch zu enteignen.<sup>192</sup> Der Streit um die Zugehörigkeit dauerte den gesamten Betrachtungszeitraum an, ohne zu einer Lösung zu führen. De facto wurde durch die Ansiedelung ein Landstrich aus dem kroatischen Machtgefüge herausgelöst und der habsburgischen Militärverwaltung unterstellt. Die kroatischen Feudalherren hatten keinen Anspruch mehr auf dieses Gebiet. Ein neues Sozial- und Wirtschaftssystem wurde in diesem Bereich geschaffen und von militärischen Befehlshabern verwaltet.<sup>193</sup> Dadurch ergaben sich

---

<sup>187</sup> Wakounig, Uskoken, 193f.

<sup>188</sup> Kaser, Bauer, 67.

<sup>189</sup> Bracewell, Uskoks, 3.

<sup>190</sup> Wakounig, Uskoken, 195.

<sup>191</sup> Amstadt, Militärgrenze, 23f.

<sup>192</sup> Fedor Moačanin, Das Problem des Grundbesitzes der Militärbevölkerung an der kroatischen und slawonischen Grenze, in: Othmar Pickl (Hg.), Die wirtschaftlichen Auswirkungen der Türkenkriege. Die Vorträge des 1. Internationalen Grazer Symposiums zur Wirtschafts- und Sozialgeschichte Südosteuropas (5. bis 10. Oktober 1970), Graz 1971, 302–304.

<sup>193</sup> Kaser, Bauer, 61.

zwar gewisse Privilegien und ein freies Stück Land, doch stellte dies keine ausreichende wirtschaftliche Lebensgrundlage dar. Die Uskokken waren zuvor in der Regel nomadische Hirten, nun sollten sie als Bauern ihr Land bestellen, wofür ihnen die Erfahrung fehlte, und andauernd für den Grenzschutz bereit stehen. Die Militärbehörden sahen das Diebesgut ihrer Raubzüge als finanzielle Lebensgrundlage der Wehrsiedler an. Dementsprechend hatten sie keinerlei Verständnis für deren prekäre wirtschaftliche Lage. Tatsache ist, dass die Beute nicht ausreichte und die ehemaligen Hirten nicht versierte Bauern waren.<sup>194</sup> Die Folge war, dass die Uskokken nicht mehr ausschließlich auf feindlicher Seite plünderten, sondern auch unter der ansässigen christlichen Bevölkerung raubten. Auch wandten sich die Uskokken aus Senj dem Meer zu und unternahmen höchst lukrative Überfälle auf Handelsschiffe, unerheblich ob osmanischer, habsburgischer oder venezianischer.<sup>195</sup> Dies führte zu großen Problemen mit der ansässigen Bevölkerung, welche nicht nur das diebische Verhalten der Uskokken anprangerte, sondern hinter deren grenzübergreifenden Raubzügen ein Paktieren mit dem Feind vermutete. Die Militärbehörde ignorierte diese Probleme zunächst, als aber die Streitigkeiten zwischen der lokalen Bevölkerung und den Uskokken zu eskalieren drohten, unterstellten sie diese 1540 einem Uskokkenhauptmann. Wie Marija Wakounig festhält, wurde versucht, diese stärker unter staatliche Kontrolle zu zwingen.<sup>196</sup> Die Uskokken wiederum machten den habsburgischen Behörden mehrmals deutlich, dass der Entzug ihrer Privilegien das Ende jeglicher Dienstbereitschaft bedeutete.<sup>197</sup>

### 3.3. Jenseits der Grenze – das osmanische Staats- und Wehrsystem

Wirft man einen Blick jenseits der Grenze (türkisch: serhad) auf das osmanische Staats- und Wehrsystem<sup>198</sup> und betrachtet dieses von der Basis der Einheiten, so stellen die irregulären Reitertruppen die Gruppe mit dem niedrigsten Rang dar.

Diese bestanden zunächst aus einzogenen Wanderhirten aus Anatolien und wurden Yürüken genannt.<sup>199</sup> Später rekrutierten sie sich auch aus den Hirten des Balkans, den Walachen. Diese Einheiten wurden nur im Kriegsfall zusammengestellt und lebten ansonsten in den Bergen mit ihren Herden. Da diese allerdings weiter versorgt werden mussten, wurden alle Hirten in Gruppen (ocak) von 25 bis 30 Personen zusammengefasst und jeweils einer

---

<sup>194</sup> Wakounig, Uskokken, 198.

<sup>195</sup> Rothenberg, Venice, 149.

<sup>196</sup> Wakounig, Uskokken, 198.

<sup>197</sup> Wakounig, Uskokken, 200.

<sup>198</sup> Die Grenze zum Habsburgischen Reich wurde auch auf osmanischer Seite mit einem Wehrsystem befestigt. Ihre östliche Grenze – zum Iran – wurde von den Osmanen nicht mit solchen Maßnahmen gesichert. Vgl. Reinkowski, Osmanische Reich, 45.

dieser musste für den Krieg bereitgestellt werden. Der Kriegsdienstleistende wurde als Eskinci bezeichnet.<sup>200</sup>

An der Grenze rekrutierten die Kommandanten der Festungen selbst Walachen als Späher, welche Deli genannt wurden. Diese Deli's wurden zu 30 bis 60 Reitern zu einer Fahne zusammengefasst und plünderten als Gruppe bis weit in das Hinterland der Grenze. Die reguläre Reiterei an der Grenze setzte sich aus zwei unterschiedlichen Typen zusammen. Zunächst sind die besoldeten Farasi zu nennen, anschließend die Gönüllü. Letztere waren vergleichbar mit der leichten Kavallerie auf habsburgischer Seite – diese stellten sich ausschließlich aus der muslimischen Bevölkerung der Grenzregion zusammen.<sup>201</sup> Die Infanterie in den Festungen stellten die Janitscharen. Diese genossen einen Sonderstatus, unterstanden direkt dem Sultan und waren somit unabhängig von lokalen Behörden.<sup>202</sup> Rekrutiert wurden sie aus den männlichen Kindern der unterworfenen Völker. Die Janitscharen entwickelten sich bald von der reinen Infanterie zu einer allumfassenden Truppengattung mit besonderer Bedeutung.<sup>203</sup> Hinzu kamen noch die Martolosen, welche sich aus Teilen der lokalen christlichen Bevölkerung organisierte und für Steuerbefreiung und Sold ihren Dienst leisteten.

Einen entscheidenden Pfeiler des osmanischen Heerzuges stellten die Voinuken dar. Man fasste jeweils fünf Haushalte zusammen, um daraus einen Voinuken zu stellen. Anschließend wurden entweder drei Voinuken bzw. vier Cebeli Voinuken – entsprachen am ehesten gepanzerten Reitern – zu einer Gruppe, einem Gönder, zusammengefasst. Diese mussten nach einem Rotationsprinzip Kriegsdienst leisten bzw. Sicherungsaufgaben für den Sultan übernehmen.<sup>204</sup>

Anschließend kamen die Ritter, Sipahi genannt, die sich aus Lehensherren zusammenstellten.<sup>205</sup> Abhängig von der Lehensgröße, mussten ein bis 19 gepanzerte Berittene gestellt werden. Die Großehehen nahmen in dieser Hinsicht eine Sonderstellung ein, auf welche später noch eingegangen wird. Diese Sipahi wurden zusammengefasst und der Ceri Sürücü hatte die Aufsicht über diese Gruppe. Zu diesen Rittern kamen noch die Silihdare, welche im

---

<sup>199</sup> Sugar, Europe, 40.

<sup>200</sup> Peter Jaekel, Organisation der frühosmanischen Heeres, besonders der Militärgrenze, in: Die Steiermark, Brücke und Bollwerk. Katalog der Landesausstellung, Stubenberg 1986, 146.

<sup>201</sup> Jaekel, Organisation, 146.

<sup>202</sup> Sugar, Europe, 229.

<sup>203</sup> Jaekel, Organisation, 148.

<sup>204</sup> Jaekel, Organisation, 147.

<sup>205</sup> Sugar, Europe, 36f.

wesentlichen etwas leichter gepanzerte Sipahi waren. Die Artillerie, die Bombardiere, die Mineure und die Nachschubfahrer entstammten den niedrigeren Bevölkerungsschichten.<sup>206</sup>

Insgesamt setzte sich das osmanische Aufgebot zu Beginn des Betrachtungszeitraumes aus etwa 100.000 gepanzerten Reitern, 20.000 Janitscharen und zusätzlich eine Vielzahl an irregulären Truppen zusammen. Im 16. Jahrhundert waren an der kroatischen und slawonischen Grenze auf osmanischer Seite 6.563 besoldete Einheiten und eine unbekannte Anzahl an irregulären Einheiten stationiert. Daraus ergibt sich in Summe eine deutliche zahlenmäßige Überlegenheit für die Osmanen.<sup>207</sup>

Betrachtet man das osmanische Staatssystem, so erkennt man, dass zunächst die vier Eliten im Reich, die kaiserliche, die militärische, die administrative sowie die religiöse sich die Großgrundbesitzungen aufteilten.<sup>208</sup> Die größten Lehen (Havass hümayun) fielen auf die kaiserliche Dynastie, anschließend kamen die Güter für die Beamten (mulk), gefolgt von den Gütern für die religiösen Vertreter (wakf). Diese mussten jeweils über 100.000 Akce an Ertrag jährlich abwerfen. Erst danach kamen die sich in ihrer Größe stark unterscheidenden militärischen Lehen. Mehrere dieser Lehen wurden zu einem Sancaks zusammengefügt. Mitte des 16. Jahrhunderts gab es 29 Sancaks, welche jeweils von einem Sancakbeg verwaltet wurden.<sup>209</sup> All diesen Lehen mussten keinerlei Steuern abzuliefern. Das Grundprinzip des osmanischen Steuersystems war, dass jeder geborene Moslem keinerlei Steuern zu leisten hatte, die Nichtmoslems jedoch voll abgabepflichtig waren.<sup>210</sup> Ausgenommen hiervon war die Sondersteuer, welche der Sultan für den Krieg einhob.<sup>211</sup>

Das Steuersystem beruhte auf dem Timarsystem.<sup>212</sup> Jedes eroberte Gebiet wurde in eine Vielzahl an Timaren aufgeteilt, welche dann jeweils als steuerpflichtiges Lehen an Nichtmoslems vergeben wurden. Eine steigende Anzahl an Timaren brachte somit auch eine steigende Anzahl an Steuergeldern, weswegen das Staatssystem auf Expansion ausgerichtet war.<sup>213</sup> Diese Expansionen führten zu einem gigantischen Herrschaftsgebiet mit einer äußerst langen Grenze, so dass von allen Seiten Feinde versuchten, die Osmanen zurückzudrängen. Das osmanische Heer hingegen war nicht auf eine Aufteilung hin konzipiert, weswegen es von Konfliktherd zu Konfliktherd eilte. Im 15. und 16. Jahrhundert war das osmanische Heer jedem anderen bei weitem überlegen, büßte seine Stärke aber wegen des Festhaltens an

---

<sup>206</sup> Ebda.

<sup>207</sup> Amstadt, Militärgrenze, 57.

<sup>208</sup> Buchmann, Österreich, 109.

<sup>209</sup> Jaeckel, Organisation, 147.

<sup>210</sup> Harald Heppner, Das Vordringen der Osmanen in Europa, in: Die Steiermark, Brücke und Bollwerk. Katalog der Landesausstellung, Stubenberg 1986, 144.

<sup>211</sup> Buchmann, Österreich, 106; sowie Jorga, Geschichte, 215.

<sup>212</sup> Werner, Geburt, 300–305.

althergebrachten Waffensystemen und Taktiken zusehends ein. Den europäischen Mächten gelang es, dank neuer Waffen und neuen Taktiken, das osmanische Heer im Laufe des 17. Jahrhunderts zu überflügeln.<sup>214</sup>

Im Zuge der stockenden Expansion der Osmanen kam es zu einer Geldmittelverknappung, da die Steuergelder stagnierten, sich die bestehenden Lehensnehmer zunehmend vor dem Dienst drückten und sich auf die Ertragsleistung ihrer Güter konzentrierten, so dass der Sultan Söldner anheuern musste. Diese finanzierte er vor allem durch ständige Sondersteuern und eine Erhöhung der Geldmenge, wodurch wiederum die Inflation angefacht wurde. Hinzu kam eine starke Korruption im Beamtenwesen. Der Ämterkauf florierte und damit einhergehend auch die Bestechlichkeit.<sup>215</sup> Doch auch grundlegende Fehlentscheidungen in der Fiskalpolitik, wie das Festhalten an einem dem Merkantilismus ähnlichen Wirtschaftssystem, führten zu starker Inflation und Geldmittelverknappung.<sup>216</sup>

---

<sup>213</sup> Sugar, Europe, 98f.

<sup>214</sup> Buchmann, Österreich, 105.

<sup>215</sup> Buchmann, Österreich, 108f.

<sup>216</sup> Exportzölle waren höher als Importzölle und im Kriegsfall mussten die Handwerke zum Zwecke der Versorgungssicherheit zu niedrigen Zwangspreisen verkaufen. Vgl. Reinkowski, Osmanische Reich, 60; sowie Werner, Geburt, 327.



#### 4. Die Finanzierung der Militärgrenze

Die Finanzierung der Militärgrenze ist ein komplexes Thema, da sie vielschichtig und unregelmäßig erfolgte. Mit der Bitte des kroatischen Adels um Hilfe bei der Abwehr der Osmanen 1522, mit der Aufteilung der habsburgischen Erbländer 1564 sowie mit der Übernahme der gesamten Grenze durch Innerösterreich 1574 kamen große finanzielle Belastungen auf die innerösterreichischen Stände zu.<sup>217</sup> Die Unterhaltung der Festungen, die Besoldung sowie Versorgung der Soldaten stellten nicht übersehbare Posten in den Landesfinanzen dar und die Frage der Aufbringung dominierte die Landtage. Schon bald stand fest, dass Innerösterreich die Unterhaltung der Grenze nicht alleine, würde leisten können und deswegen wandte man sich an das Heilige Römische Reich. Das Reich hatte bereits häufiger Gelder zur Abwehr der Osmanen bereit gestellt, wobei diese bis dato fast zur Gänze in die Aufstellung von Truppen für Offensiven im Königreich Ungarn investiert wurden. Problematisch war hier, dass Ungarn kein Teil des Reiches war und die Reichsstände die Zahlungen als freiwillige Leistung ansahen. Die Reichshilfe wurde nun auch für die kroatische und slawonische Grenze gewährt und stellte für die Erhaltung dieser einen ganz wesentlichen Beitrag dar. Die Stände Innerösterreichs betonten dabei mehrmals, dass sie Teil des Heiligen Römischen Reiches waren, dass Innerösterreich seit je her unter den Schuttschirm des Reiches gehöre und, dass es sich daher um die Verteidigung des Reiches selbst und des christlichen Glaubens handle.<sup>218</sup> Das Reich habe daher die Pflicht zu helfen. Untermauert wurde diese Forderung mit Urkunden. So wurde auf die Goldene Bulle von 1356 sowie ein Privileg von 1277 verwiesen, demnach die Steiermark unter unmittelbarem Schutz des Reiches stünde.<sup>219</sup>

##### 4.1. Reichshilfe als Finanzierungselement der Militärgrenze

###### 4.1.1. Die Reichshilfe

Die Reichssteuern dienten dem Zweck der Sicherung des Friedens nach Außen sowie nach Innen. Darüber hinaus wurde hiervon auch der kaiserliche Hof finanziert.<sup>220</sup> Der Kaiser war somit direkt abhängig von seinen Reichsständen, die dies häufig als Druckmittel einsetzten. Im 16. und 17. Jahrhundert stellt insbesondere die Religionsfrage ein Konfliktpotential dar,

---

<sup>217</sup> Günter Cerwinka, Die Reichshilfe, in: Die Steiermark, Brücke und Bollwerk. Katalog der Landesausstellung, Stubenberg 1986, 245.

<sup>218</sup> Loserth, Innerösterreich, 11.

<sup>219</sup> Loserth, Innerösterreich, 12.

<sup>220</sup> Rauscher, Ständen, 98f.

weswegen einige Male der Reichstag zu scheitern drohte. Die Furcht vor den gemeinsamen äußeren Feinden führte auf lange Sicht gesehen aber zu einem Konsens.<sup>221</sup>

Betrachtet man die Beschlüsse der Reichstage, so erkennt man die sehr unterschiedlichen Verwendungszwecke der Reichshilfe. In der Anfangszeit sprach man noch häufig von einer Bauunterstützung für die Militärgrenze; dies wandelte sich immer stärker zur „eilenden und beharrlichen Türkenhilfen“.<sup>222</sup> Dabei stand die eilende Reichshilfe für sofort zur Verfügung gestellte Geldmittel, meist, um ein Offensivheer aufzustellen. Die beharrliche Reichshilfe hingegen – auch häufig als haarige Hilfe bezeichnet – stellte eine längerfristige Zahlung dar. Geleistet wurde sie meist in Form von mehreren Teilzahlungen zur Besoldung und Versorgung der Grenztruppen.<sup>223</sup> Betrachtet man die Beschlüsse der Reichstage, fällt auf, dass in der ersten Hälfte des 16. Jahrhunderts bedeutend häufiger eilende Hilfen beschlossen wurden, in der späteren Phase kam es weitaus häufiger zur beharrlichen Hilfe. Zurückzuführen ist dies auf das deutliche Zusammenschrumpfen der „Pufferzone“. Nach der nicht gelungenen Machtausdehnung auf Ungarn sowie Siebenbürgen lag der Schwerpunkt in der Beibehaltung des Status quo.

#### 4.1.2. Die Steuereintreibung

Das Steuerwesen stellt sich als wesentlich komplexer dar, als es auf den ersten Blick zu sein scheint. Eine ausführliche Erläuterung würde Bände füllen, weswegen hier nur in Grundzügen die für die Finanzierung der Militärgrenze entscheidenden Facetten dargestellt werden können.

Prinzipiell bestand das feudale Steuerwesen nicht aus der Steuerhoheit des Landesfürsten. Die steuerlichen Einkünfte wurden von den jeweiligen Adeligen direkt eingenommen bzw. musste das Reichsoberhaupt sich die Erhebung einer direkten Steuer von seinen Ständen bewilligen lassen. Ohne Bewilligung konnte der Landesfürst selbst nur von seinen Gütern, aus der Besteuerung der Bergwerke und diversen Monopolen, wie dem Salzmonopol bzw. den Mauteinnahmen direkt Gelder einnehmen. Ähnlich war die Lage des Kaisers im Reich.<sup>224</sup> Der Landesfürst, aber auch der Kaiser selbst hatten niemals ausreichend Geldmittel zur Verfügung, um für die Hofhaltung, die Erziehung der Nachkommen, die

---

<sup>221</sup> Rosemarie Aulinger – Ursula Machoczek – Silvia Schweinzer–Burian, Ferdinand I. und die Reichstage unter Kaiser Karl V. (1521–1555), in: Martina Fuchs – Alfred Kohler (Hgg.), Kaiser Ferdinand I. Aspekte eines Herrscherlebens, Münster 2003, 93f.

<sup>222</sup> Cerwinka, Reichshilfe, 245.

<sup>223</sup> Johann Dibold, Ein Zwist um Geld im Hause Habsburg. Wirtschaft zwischen Madrid und Wien (Prag) in der zweiten Hälfte des 16. Jahrhunderts, Wien 2009, 65.

<sup>224</sup> Schmid, Reichssteuern, 193.

Mitgift für die weiblichen Nachkommen oder die militärischen Unternehmungen aufzukommen. Möglich war dies nur durch die von beiden Seiten als selbstverständlich aufgefasste Unterstützung durch die Stände. Zu diesem Zweck wurden regelmäßig Land- sowie Reichstage abgehalten, an denen der Landesfürst bzw. der Kaiser und deren Beamte ihre Forderungen sowie den Verwendungszweck der Gelder präsentierten und die Stände diese jeweils bewilligten.<sup>225</sup>

Die Berechnung der Steuerlastverteilung auf die einzelnen Reichs- und Landstände sowie die Eintreibung dieser Gelder wandelte sich im Betrachtungszeitraum mehrmals deutlich. Zunächst wurden für die Kriegsführung direkt Truppen angeworben und besoldet. Dafür wurde eine Truppenmatrikel geführt, worin detailliert aufgelistet war, welcher Adelige in welchem Umfang Truppen zu entsenden und für deren Versorgung mit Ausrüstung und Proviant aufzukommen hatte. Im Laufe des 16. Jahrhunderts wandelte sich dies von der Truppenmatrikel zur Geldmatrikel. Die jeweiligen Stände lieferten statt Truppen entsprechende Geldbeträge bei der Hofkammer ab, welche selbst für die Aufstellung von Truppen sorgte. Neben diesem, verwaltungstechnisch günstigen, Wandel kam es im ausgehenden 15. Jahrhundert zur Einführung des „gemeinen Pfennigs“. Dabei handelte es sich um eine Kombination aus Kopf- und Vermögenssteuer, der jeder Bewohner ab dem 15. Lebensjahr unterworfen war.<sup>226</sup> Diese Steuer wurde wegen dem Fehlen einer entsprechenden Reichsstelle von den Pfarreien eingenommen und an die zuständigen Zahlmeister des Kaisers weitergeleitet.<sup>227</sup> Der Widerstand gegen diese Form der Steuereintreibung war enorm, da damit die Steuerhoheit der Fürsten und Stände ausgehoben und die Macht des Kaisers deutlich ausgebaut wurde. Der Widerstand gegen den gemeinen Pfennig führte schließlich dazu, dass der erste Versuch diesen einzuführen, auf vier Jahren beschränkt blieb und dieser anschließend nicht verlängert wurde.<sup>228</sup> Im Laufe des 16. Jahrhunderts wurde der gemeine Pfennig in einigen Fällen erneut angewendet und diente als Drohmittel des Kaisers den Reichsständen gegenüber.

---

<sup>225</sup> Rauscher, Ständen, 43.

<sup>226</sup> Alle Reichsbewohner mit einem Besitz unter 500 Gulden mussten pro Kopf 2,5 Kreuzer bezahlen. Lag ihr Vermögen zwischen 500 und 1000 Gulden bzw. einen jährlichen Rentenertrag von über 25 Gulden, so waren 30 Kreuzer jährlich geleistet werden. Ab 1000 Gulden Vermögen bzw. 50 Gulden jährlichem Rentenertrag musste ein Gulden abgeliefert werden. Wer nochmals über diesem Vermögen lag, der sollte freiwillig eine höhere Summe abliefern. Zwei Gruppen waren von dieser Regelung ausgenommen. Die Juden wurden pro Kopf mit einem Gulden besteuert, ihr Vermögen jedoch nicht als Berechnungsgrundlage heran gezogen, die Fürsten selbst waren generell von dieser Pflicht entbunden. Vgl. Rauscher, Ständen, 81; sowie Franz Pichler. Die steuerliche Belastung der Bevölkerung durch die Landesdefension gegen die Türken, in: Die Steiermark, Brücke und Bollwerk. Katalog der Landesausstellung, Stubenberg 1986, 238.

<sup>227</sup> Rauscher, Ständen, 80f.

<sup>228</sup> Rauscher, Ständen, 82f.

Neben der Reichsmatrikel und dem gemeine Pfennig stellte der Kammerzieler die wichtigste Grundlage für das Steuerwesen dar. Dieser war eine eigene Steuer zur Erhaltung des Reichskammergerichtes. Ab der Mitte des 16. Jahrhunderts übernahmen die Reichsstände die Erhaltung dieser Institution vollständig auf Basis einer eigenen Matrikel<sup>229</sup>. Diese belastete, entgegen der Reichsmatrikel auf Basis der Römermonate<sup>230</sup>, die unteren Stände und insbesondere die Geistlichkeit deutlich stärker.<sup>231</sup>

Auf Ebene der Länder war die Gült das Maß für die abzuführende Steuer.<sup>232</sup> Darin wurde strikt aufgelistet, in welchem Umfang die jeweiligen Adeligen Erträge aus Renten und Abgaben der Untertanen erhielten. Auf Basis dieser Zahlen wurde die zu leistende Quote ermittelt, wobei die Erträge der von den Adeligen selbst bewirtschafteten Güter nicht hinzugezogen wurden. Neben dieser Gültsteuer waren noch die Personal-, Vermögens-, Gebäude- und Grundsteuer Elemente des komplexen Steuersystems.<sup>233</sup>

Tabelle 1: Als Beispiel die Gültsteuern der Landschaft Österreichs unter der Enns (gerundet).<sup>234</sup>

Jahr	Höhe des Gült	jährliche Bewilligung in Gulden
1556	2,5 fach	172.500
1557	1 fach	69.000
1558	2 fach	138.000
1559–1563	2,5 fach	je 172.500
1564–1576	2 fach	je 138.000
Gesamt		3.036.000

<sup>229</sup> Winfried Schulze, Reich und Türkengefahr im späten 16. Jahrhundert. Studien zu den politischen und gesellschaftlichen Auswirkungen einer äußeren Bedrohung, München 1978, 344; sowie Maximilian Lanzinner, Friedenssicherung und politische Einheit des Reiches unter Kaiser Maximilian II: (1564-1576), Göttingen 1993, 399.

<sup>230</sup> Als Maßstab für die zu leistende Reichshilfe verwendete man den Römermonat. Dessen Berechnung ging auf einen Beschluss am Reichstag in Worms 1521 zurück, demnach 4.000 Reiter sowie 20.000 Fußsoldaten für den Zug Karl V. nach Rom aufzustellen waren. Pro Reiter rechnete man mit 12 Gulden, pro Fußsoldaten mit 4 Gulden für Besoldung und Proviant pro Monat. Daraus ergab sich eine Gesamtsumme von 128.000 Gulden pro Römermonat.<sup>230</sup> Diese Idealsumme wurde allerdings niemals erreicht, die tatsächlichen Zahlungen lagen meist deutlich darunter. Eine Steuerreform 1545 senkte den Realwert des Römermonats auf gerundete 94.000 Gulden, doch auch dies wurde nur in seltenen Fälle tatsächlich erreicht. Vgl. Cerwinka, Reichshilfe, 245; sowie Rauscher, Ständen, 63f.

<sup>231</sup> Rauscher, Ständen, 97.

<sup>232</sup> Die Gült stellte auch die Bemessungsgrundlage für die Stellungspflicht dar. Vgl. Alois Ruhri, Landesverteidigungsreformen im 15. Jahrhundert, in: Die Steiermark, Brücke und Bollwerk. Katalog der Landesausstellung, Stubenberg 1986, 156.

<sup>233</sup> Rauscher, Stände, 45; sowie Anita Ziegerhofer, Ferdinand I. und die steirischen Stände. Dargestellt anhand der Landtage von 1542 bis 1556, Graz 1993, 45f.

<sup>234</sup> Rauscher, Stände, 284.

## 4.2. Reichs- und Landtage

Am Wormser Reichstag 1521 hielt Hieronymus Balbus<sup>235</sup>, ein ungarischer Gesandter Ludwigs II., eine Rede mit der Bitte um Hilfe bei der Abwehr der Osmanen und argumentierte, das Reich müsse Ungarn unterstützen, um nicht später selbst dem Feind im eigenen Land gegenüber zustehen. Ähnlich klagte auch der kroatische Gesandte, doch trotz dieser kaum Hilferufe wurden keine Unterstützungen bewilligt.<sup>236</sup> Schon unter Maximilian I. kam es häufiger zu solchen Bitten, da Krain und Ungarn regelmäßig mit den Einfällen der Osmanen zu kämpfen hatten. Die Stellung der Reichsstände war allerdings eindeutig, eine Reichshilfe wurde nur gewährt, wenn Reichsgebiet direkt betroffen war.<sup>237</sup>

Anders entwickelten sich die erneuten Hilfsgesuche 1522 am Reichstag in Nürnberg. Die beiden von den österreichischen Ständen entsandten Kriegsräte, Hans von Reichenburg<sup>238</sup> und Jörg von Herberstein, wiesen darauf hin, dass ohne Ungarn nichts zu erreichen wäre.<sup>239</sup> Der ungarische Gesandte und Bischof von Senj, Franz Zsivkovich, durfte vor Beginn der Beratungen zur Reichshilfe vorsprechen. In seiner Rede betonte er „den langen Kampf der Ungarn gegen die Osmanen, die bisher den Feind vom Reiche ferngehalten haben und nunmehr jede Hilfe recht und billig sei, denn sonst stehe der Feind bald im Reiche selbst“. Die österreichischen Kriegsräte schlossen sich dieser Auffassung an, weswegen man sich auf eine eilenden Hilfe von drei Römermonaten einigte. Darüber hinaus wurde noch eine beharrliche Hilfe in Aussicht gestellt, worüber allerdings in einer eigenen Beratung in Wien verhandelt wurde. Die dort getroffenen Beschlüsse wurden aber niemals umgesetzt, da sie mit der Voraussetzung geknüpft wurde, dass Ungarn eigenständig ein Heer aufstellen müsse, welches nachträglich zu 50% vom Reich finanziert werden sollte. Aufgrund des Geldmangels auf ungarischer Seite konnte dies nicht erfüllt werden.<sup>240</sup>

Nach den Verlusten in der Schlacht bei Mohacs und der Einnahme Ofens 1526 herrschte große Aufregung in den habsburgischen Ländern, da man mit einem anhaltenden Vorstoß der Osmanen rechnete. Daher wurden umgehende Maßnahmen beschlossen, Gelder bereitgestellt und Notmaßnahmen zur Provianthaltung getroffen. Als vom Marsch einer osmanische Streitmacht gegen Österreich berichtet wurde, leitete man die Musterung ein.<sup>241</sup> Am Reichstag in Speyer 1526 wurde vom Rückzug der Osmanen berichtet. Wie üblich,

---

<sup>235</sup> Hieronymus Balbus, etwa 1450–1535.

<sup>236</sup> Loserth, Innerösterreich, 23.

<sup>237</sup> Kohler, Ferdinand I., 207.

<sup>238</sup> Hans von Reichenberg, Sohn von Reinprecht von Reichenberg, Landeshauptmann der Steiermark bis 1505.

<sup>239</sup> Albrecht Luttenberger, Landstände, Kaiser und Reichstag, in: Maximilian Lanzinner – Arno Strohmeier (Hgg.), *Der Reichstag 1486–1613: Kommunikatoin – Wahrnehmung – Öffentlichkeit*, Göttingen 2006, 164.

<sup>240</sup> Loserth, Innerösterreich, 24.

bereiteten sich diese für die Überwinterung vor und es war mit weiteren Angriffen im Frühjahr zu rechnen. Trotzdem waren die Maßnahmen gering; für Ungarn wurde ein halber Römermonat bereitgestellt und weitere Beschlüsse auf den Reichstag im Frühjahr verschoben. Eine beharrliche Hilfe wurde zwar in Aussicht gestellt, doch verschob man auch die Beratungen darüber auf den nächsten Reichstag.<sup>242</sup>

Zu diesen erschienen jedoch nicht ausreichend Reichsstände, womit keine Beschlüsse möglich waren. Im Falle eines osmanischen Angriffes wären vom Reich somit keine Finanzmittel bereit gestanden. Die Osmanen führten ihren Vorstoß jedoch nicht weiter fort. Der Landtag in Innerösterreich 1527 beschloss nochmals eine höhere Besteuerung der bereits stark belasteten Bevölkerung, um die Verteidigung effizienter gestalten zu können. So wurde jede Person über 12 Jahren mit einer Kopfsteuer belegt. König Ferdinand wurde explizit gebeten, am nächsten Reichstag persönlich anwesend zu sein, um eine Reichshilfe zu erwirken.<sup>243</sup>

1529 belagerte ein geschwächtes osmanisches Heer das schlecht befestigte Wien. Dank strategischer Fehler gelang es den Osmanen nicht, die Stadt zu nehmen.<sup>244</sup> Das Reich entsandte zwar ein Heer von 60.000 Soldaten, das allerdings lange brauchte, um nach Wien zu kommen. Die Kritik war unüberhörbar.<sup>245</sup> Im Anschluss an die Belagerung versuchte Ferdinand die habsburgischen Länder stärker zu verflechten, um den gemeinsamen Abwehrkampf zu verbessern. Er argumentierte mit dem gemeinsamen Interesse aller, weswegen auch alle dafür einstehen sollten. Trotz mehrerer Anstöße stieß er auf starken Widerstand und scheiterte schließlich.<sup>246</sup>

Die Belagerung Wiens wirkte am Reichstag in Augsburg 1530 noch nach, so dass man eine Reichshilfe in der Höhe von zwölf Römermonaten bewilligte.<sup>247</sup> Daran wurde allerdings die Bedingung geknüpft, dass alle Teile des Reiches ebenso ihren Teil besteuern. Erneut verweigerten die böhmischen Länder die Unterstützung, wie sich auch die Steiermark weigerte, noch mehr Gelder aufzuwenden, weswegen die zwölf Römermonate schließlich nicht bereitgestellt wurden. Im Frühjahr 1531 kam es zu einer Einigung der

---

<sup>241</sup> Loserth, Innerösterreich, 25f.

<sup>242</sup> Rosemarie Aulinger, Deutsche Reichstagsakten. Deutsche Reichstagsakten unter Karl V.: Der Reichstag zu Augsburg 1525, Der Reichstag zu Speyer 1526, Der Fürstentag zu Esslingen 1526, Göttingen 2011, 97-99; sowie Loserth, Innerösterreich, 27.

<sup>243</sup> Ebda.

<sup>244</sup> Buchmann, Österreich, 89-92.

<sup>245</sup> Loserth, Innerösterreich, 28.

<sup>246</sup> Christine Turetschek, Die Türkenpolitik Ferdinand I. von 1529 bis 1532, Wien 1968, 178f; sowie Loserth, Innerösterreich, 29.

<sup>247</sup> Rauscher, Kaiser, 58; sowie Buchmann, Österreich, 93.

innerösterreichischen Länder. Sie verpflichteten sich zur gemeinsamen Grenzverteidigung und stimmten verpflichtenden jährlichen Geldmitteln zu.<sup>248</sup>

1541 verstarb Zapolya und die Erbstreitigkeiten veranlassten die Osmanen, Ungarn erneut zu besetzen und sich in Ofen festzusetzen. In Regensburg beschloss man daher eine Reichstürkenhilfe in der Höhe von eineinhalb Römermonaten.<sup>249</sup> Sollten die Osmanen tatsächlich mit einem Heer gegen die Erblände marschieren, so hätte ein weiterer halber Römermonat bereit gestanden.<sup>250</sup> Diskutiert wurde auch über eine beharrliche Hilfe, doch bestanden die Stände weiterhin darauf, dass die Länder selbst die Besoldung sowie die übrigen Kosten übernehmen. Da es zu keinen weiteren Entscheidungen kam, veranlasste man, gegen Ferdinands Rat, eine Ländertagung im September in Graz. Die entscheidenden Diskussionspunkte waren die beharrliche Hilfe und die Unteilbarkeit der Länder im Hause Habsburg.<sup>251</sup> Die Tagung selbst blieb ohne Ergebnis und wurde in Prag fortgesetzt. Hans Ungnad brachte dort seine Idee der gleichmäßigen Besteuerung aller Länder vor. Ungnads Steuersystem beruhte dabei auf einer Eigentums- und Kapitalbesteuerung, sowie einer Lohn- und einer Kopfsteuer. Der jährliche Ertrag dieses Steuersystems wurde auf etwa drei Millionen Gulden geschätzt. Ungnads Idee wurde in Prag in Teilen angenommen, abgewiesen wurden die Ansässigkeitssteuer, die Sonderbesteuerung ausländischer Händler und die Besteuerung des Jahreslohns. Dieses geschrumpfte Einheitssystem brachte eine jährliche Summe von 1.175.117 Gulden, wodurch die Bedingungen des Reichstages von Regensburg 1541 erfüllt wurden.<sup>252</sup>

Am Reichstag zu Speyer 1542 bewertete man die Entwicklungen positiv und bewilligte eine beharrliche Hilfe für zwei Jahre.<sup>253</sup> Die Einhebung dieser beharrlichen Hilfe wurde mit dem gemeinen Pfennig durchgeführt. Ferdinand forderte noch im selben Jahr erfolglos eine Erhöhung, da die Osmanen erneut zum Angriff rüsteten.<sup>254</sup> Noch im selben Jahr tagte der Reichstag in Nürnberg, um über eine Offensive zu beraten. Dabei zeigten sich die umfangreichen Mängel des bisherigen Systems. Es wurde geklagt, dass sich die entsandten Truppen sehr in ihrer Qualität unterschieden. So wurde von tatsächlich gerüsteten und versorgten Soldaten bis hin zu vollkommen unversorgten und nur in Lumpen gekleideten Männern alles entsandt. Teils wurde kritisiert, dass die Fürsten ihre Pflichte nicht immer

---

<sup>248</sup> Loserth, Innerösterreich, 30.

<sup>249</sup> Aulinger, Ferdinand I., 101-107.

<sup>250</sup> Loserth, Innerösterreich, 36.

<sup>251</sup> Loserth, Innerösterreich, 37.

<sup>252</sup> Es entfielen: auf Böhmen 375.000, auf Mähren 150.000, auf Schlesien 167.000, auf Schweidnitz und Sauer 33.000, auf Lausitz 50.000 sowie auf Österreich und die restlichen Erblände zusammen 400.000 = 1.175.000 Gulden, wovon bis März 1.160.682 Gulden einbezahlt wurden. Vgl. Loserth, Innerösterreich, 37–39.

<sup>253</sup> Loserth, Innerösterreich, 39.

einhielten. Manche stellten die Truppen pünktlich zur Verfügung, andere nur teilweise, wieder andere leisteten gar keinen Beitrag. Man erkannte, wie anfällig dieses System des Rekrutierens war. Der Reichstag drohte, „wer seinen Verpflichtungen nicht nachkomme, verliere seine Privilegien oder falle gar in die Acht und dies führe zum Prozess.“<sup>255</sup> Die Bereitstellung der beharrlichen Hilfe in Form von Truppen endete mit diesem Reichstag. Die Probleme mit diesem System waren zu groß, so dass ab sofort nur noch Geldmittel bereitzustellen waren.<sup>256</sup>

In der Folge kam es in Wien zu einem Ausschusslandtag<sup>257</sup> mit dem Ziel weitere Reichshilfen zu erlangen.<sup>258</sup> Der König wurde gebeten, sich persönlich beim Kaiser, dem Papst und den Reichsständen um Gelder zu bemühen. Die Landstände stellten 300.000 Gulden zur Verfügung und erwarteten hierfür vom Reich die Anerkennung ihrer Bemühungen und eine beachtenswerte Unterstützung.<sup>259</sup>

1543 tagte der Reichstag ein weiteres mal in Nürnberg. Die Ergebnisse waren bescheiden; es wurde eine Bauunterstützung in der Höhe von sechs Römermonaten benehmigt.<sup>260</sup> Bemerkenswert ist, dass ab diesem Zeitpunkt die Reichsstände dazu übergingen, nur noch die Gesamthöhe der Gelder festzulegen und nicht mehr auf die Einsetzung der Gelder direkt einzuwirken.<sup>261</sup>

Die Länder waren weiterhin mit diesen Unterstützungen unzufrieden. Teils waren sie einfach zu gering – diese Reichshilfen wurden für die gesamte Grenze verwendet, also auch für den weitaus größeren ungarischen Abschnitt – , teils wurden sie zu unzuverlässig geleistet bzw. war das ständige Ansuchen um erneute Hilfe mit großen Mühen verbunden. Daher wurde am Prager Ausschusslandtag 1543 die Forderung nach einer dauerhaft zur Verfügung stehenden Offensiv- sowie Defensivhilfe gestellt. Man vertrat die Meinung, dass die Unterstützungen nicht zu gering ausfallen dürfen, da Ungarn sonst mit den Osmanen sympathisieren könnte.<sup>262</sup>

1544 wurde diese Forderung in Speyer vehement vorgetragen. Obwohl es erneut Auseinandersetzungen mit Frankreich gab und hierfür Gelder zur Verfügung gestellt werden

---

<sup>254</sup> Loserth, Innerösterreich, 40.

<sup>255</sup> Ebda.

<sup>256</sup> Rauscher, Kaiser, 52.

<sup>257</sup> Bei einem Ausschusslandtag handelt es sich um ein Beratungsgremium aller Länder, um zu einer gemeinschaftlichen Lösung zu gelangen. Zur Definition eines Ausschusslandtages sowie zur Anzahl derer im 16. Jahrhundert vgl. Ziegerhofer, Ferdinand I., 6.

<sup>258</sup> Wiederholt wurden auf den Ausschusslandtagen die Forderungen für den nächsten Reichstag ausgearbeitet. Vgl. Luttenberger, Landstände, 165.

<sup>259</sup> Loserth, Innerösterreich, 41.

<sup>260</sup> Rauscher, Kaiser, 59.

<sup>261</sup> Kohler, Ferdinand I., 210.

<sup>262</sup> Loserth, Innerösterreich, 42.



mussten, kam es zu einer umfangreichen Reichshilfe zur Osmanenabwehr.<sup>263</sup> Es wurden sechs Römermonate beharrliche Hilfe sowie siebeneinhalb Römermonate eilende Hilfe genehmigt. Die Reichshilfe war tatsächlich in einem Ausmaß, dass die Länder zufriedengestellt waren. Als Reaktion verlängerten auch sie ihre umfangreichen Zahlungen. Am Reichstag hörte man allerdings erneute Berichte über den schlechten Zustand der Grenze. Ungnad berichtete, dass den Osmanen Tür und Tor offen stehen, wenn man nicht sofort weitere Finanzen bereitstelle.<sup>264</sup> Ferdinand forderte daher von den Ländern umgehend die Bereitstellung von jeweils 500.000 Gulden. Parallel verhandelte der Habsburger über einen Waffenstillstand mit den Osmanen. Das Abkommen gelang, allerdings erneut zu Ungunsten des Habsburgers. Die von den Ländern bereits bewilligten Gelder wurden für einen erneuten Kriegsfall bereitgehalten.<sup>265</sup>

Das Zustandekommen des Waffenstillstandsabkommens 1545 war tatsächlich notwendig. Eine erneute Reichshilfe wäre zu diesem Zeitpunkt nicht möglich gewesen. Im Reich mündete der Religionsstreit im Schmalkaldischen Krieg.<sup>266</sup> Auch muss die Abwehrfähigkeit der Grenze zu diesem Zeitpunkt angezweifelt werden. Ungnads Bericht belegt den schlechten Zustand der Grenze.<sup>267</sup> Gesamt betrachtet waren die Landstände bereits stark verschuldet und kaum im Stande, die Grenze alleine zu finanzieren. Ein Großteil der Festungen war stark beschädigt, die Bewaffnung unzureichend und die Anzahl der Soldaten durch die vergangenen Kämpfe stark dezimiert.

Mit diesem Wissen ging man in die Verhandlungen am Reichstag in Augsburg 1547. Ein Bericht zur kritischen Lage an der Grenze informierte von etwa 30.000 von den Osmanen verschleppten Personen. Die Grenze war nur in sehr geringem Ausmaß besetzt, zwischen den einsturzgefährdeten Festungen klafften weite, unbewohnte Landstriche. Gefordert wurde daher eine ständige Reichshilfe für die Grenze, welche allerdings nicht erreicht wurde. Zugesagt wurde eine beharrliche Reichshilfe sowie eine Bauunterstützung von jährlich 500.000 Gulden auf fünf Jahre.<sup>268</sup>

Ende 1556 kam es am Reichstag in Regensburg zu einer erneuten Bitte nach Reichshilfe. Schwierigkeiten bereiteten immer noch die nicht gelöste Religionsfrage und der

---

<sup>263</sup> Ferdinand I. setzte sich auf diesem Reichstag erstmals intensiv für eine Reichshilfe ein. Vgl. Aulinger, Ferdinand I., 119f.

<sup>264</sup> Loserth, Innerösterreich, 43f.

<sup>265</sup> Loserth, Innerösterreich, 44f.

<sup>266</sup> Loserth, Innerösterreich, 45–49.

<sup>267</sup> „Unser Kriegsvolk und der Ban mit seinen Kroaten sind von den Türken geschlagen. Das kommt daher, dass die Grenze nicht versehen und auch nicht eine gute „Scharde“ (Wachhaus) da sei. Tür und Tor stehen dem Feinde offen. Ich will tun, was ich kann.“ Loserth, Innerösterreich, 44.

<sup>268</sup> Loserth, Innerösterreich, 50f; sowie Rauscher, Kaiser, 60.

am Reichstag nicht teilnehmende König.<sup>269</sup> Nach langen Verhandlungen einigte man sich auf eine eilende Hilfe über 16 Römermonate. Das Ergebnis lag allerdings weit unter dem Geforderten und bei weitem unter dem Notwendigen.<sup>270</sup> Ab diesem Reichstag setzte ein Wandel in der Erhebung der Reichshilfe ein. Bediente man sich zuvor des gemeinen Pfennigs, so griff man ab nun wieder auf die Reichsmatrikel zurück. Dies bedeutete, dass die Steuern wieder direkt von den einzelnen Reichsständen eingehoben wurden. In der geführten Matrikel listete man die zu leistenden Steuersummen in „Römermonaten“ genau auf; eine Steuererhebung wie sie vom Großteil gegenüber dem generell abgelehnten gemeinen Pfennig bevorzugt wurde.<sup>271</sup> Problematisch war allerdings, dass die Berechnung der Steuerlast der einzelnen Fürsten nicht wirklich deren wirtschaftliche Kraft widerspiegelte und sie somit sehr unterschiedliche, teils unverständliche Höhen einnahm.<sup>272</sup>

1558 tagte in Ptuj (Pettau) ein weiter Ausschusslandtag. Lenkovič berichtete dort über den Zustand der Grenze und über die zu geringen Finanzmittel. Während der Tagung traf die Nachricht über die Verlängerung des Waffenstillstandes mit den Osmanen ein. Dadurch sah man sich im Vorhaben zu Sparen bestätigt und entließ große Teile der Soldaten. Der vorgelegte Kassabericht zeigte, dass jährlich 338.083 Gulden für die beiden Grenzabschnitte im Süden aufgebracht werden müssten. Die Landstände sahen sich außer Stande, diese Zahlungen alleine zu leisten und forderten erneut Unterstützung vom Kaiser. Die Landstände selbst wollten um jeden Preis sparen und genehmigten nur Gelder für vier Monate Soldauszahlung. Ferdinand betonte noch die Notwendigkeit einer zufriedenstellenden Besoldung des Kriegsvolkes, damit es im Kriegsfall die Länder und das Reich schützte.<sup>273</sup>

---

<sup>269</sup> Axel Gotthard, *Der Augsburger Religionsfrieden. Reformationsgeschichtliche Studien und Texte* 148, Münster 2004, 336-339.

<sup>270</sup> Loserth, *Innerösterreich*, 58f; sowie Rauscher, *Kaiser*, 60.

<sup>271</sup> Rauscher, *Kaiser*, 54f.

<sup>272</sup> Rauscher, *Kaiser*, 63.

<sup>273</sup> Loserth, *Innerösterreich*, 60f.

Tabelle 2: „Übersicht über die Steuerbewilligungen der steirischen Landschaft zur Grenzverteidigung 1556–1564.“<sup>274</sup>

Jahr	Summe in Gulden
1556	170.000
1557	108.372
1558	150.000
1559	150.000
1560	150.000
1561	150.000
1562	150.000
1563	150.000
1564	150.000
<b>Gesamt</b>	<b>1.328.372</b>
jährlicher Durchschnitt	147.597

Noch 1558 wurde Ferdinand I. Kaiser im Heiligen Römischen Reich und damit einhergehend fand ein grundsätzlicher Gesinnungswechsel statt. Der Schwerpunkt des militärischen Interesses verlagerte sich von der Grenze zu Frankreich in den Südosten des Reiches.<sup>275</sup> Ferdinand war seit Jahren gut mit dem Zustand der Grenze vertraut und erkannte die Wirkungsweise eines intakten Grenzwesens.

Am Reichstag 1559 in Augsburg<sup>276</sup> legten die Kriegsräte einen Endbericht vor, wonach die Kosten für notwendige neue Festungen sowie für Ausbesserungen an vorhandenen Stellungen 2.174.212 Gulden ausmachen würden. Man hatte die Zeit des Waffenstillstandes genutzt, um diese notwendigen Baumaßnahmen umzusetzen.<sup>277</sup> Die gesamte Summe konnte jedoch durch das Reich nicht aufgebracht werden. Bewilligt wurden lediglich 500.000 Gulden. Der Rest wurde mit Zahlungen der stark verschuldeten Länder und durch ein weiteres Darlehen des Kaiser finanziert.<sup>278</sup>

<sup>274</sup> Rauscher, Ständen, 293.

<sup>275</sup> Rauscher, Kaiser, 47f.

<sup>276</sup> Gotthard, Religionsfrieden, 339-342.

<sup>277</sup> Loserth, Innerösterreich, 62.

<sup>278</sup> Rauscher, Kaiser, 60.

Tabelle 3: Übersicht über die von Ferdinand I. hinterlassen Schulden.<sup>279</sup>

Art der Schulden		Summe in Gulden	
unverwiesene Schulden Kaiser Ferdinand I. <sup>280</sup>	Kriegsschulden	1.253.906	
	Sonstige Schulden	2.389.153	
	Restschulden	138.072	3.936.761
	Sonderzahlungen	15.000	
	alte geistliche und weltliche Schulden	140.630	
Pfandsummen der Herrschaften in Österreich	Österreich unter der Enns	1.206.386	
	Österreich ob der Enns	1.818.179	4.152.698
	Innerösterreich	1.128.133	
verwiesene Schulden (exkl. Zinsen)			4.253.327
Gesamt			12.342.786

In Worms kam es 1564 zum letzten Reichstag Ferdinands. Dieser war ein großer Befürworter einer Zentralisierung seiner Erbländer und setzte sich für militärische Reformen ein. Doch noch vor seinem Tod leitete er die Aufteilung seiner Personalunion unter seinen Söhnen ein<sup>281</sup>, womit auch die Reichstürkenhilfe fortan geteilt geleistet werden musste.<sup>282</sup>

Unter Ferdinands Nachfolger Maximilian II. wurde 1566 in Augsburg ein Reichstag abgehalten. Aufgrund der wieder stärker angreifenden Osmanen wurde eine weitere Reichshilfe in beachtlicher Höhe bewilligt.<sup>283</sup> Gesamt waren es 2.572.292 Gulden, welche bis 1570 geleistet wurden. Dabei fielen 1.623.893 Gulden auf die eilende Türkenhilfe sowie 626.446 Gulden auf die beharrliche Hilfe.<sup>284</sup> Dies zeigt auch deutlich den immensen Unterschied in der Erhaltung eines stehenden Offensivheeres gegenüber den defensiven Grenztruppen. Peter Rauscher weist nach, dass von dieser Summe 77% erbracht wurden und nur 225.301 Gulden ausständig blieben.<sup>285</sup> Der Reichspfennigmeister Georg Ilsung legte über die Verwendung dieser Hilfe eine genaue Auflistung vor. Der Reichstag brachte eine weitere interessante Neuerung. Ab 1566 verzichteten die Reichsstände auf eine Rechnungslegung und auf ihr Recht den Reichspfennigmeister zu besetzen. Damit wandelte sich dieser bedeutende Posten von einem ständischen Amt zu einem kaiserlichen Amtsträger.<sup>286</sup>

<sup>279</sup> Rauscher, Ständen, 200f.

<sup>280</sup> Unverwiesene Schulden sind Schulden, denen keine Einkünfte entgegenstehen. Vgl. Anm. 278.

<sup>281</sup> Maximilian erhielt Ungarn, Böhmen sowie Nieder- und Oberösterreich. Ferdinand (von Tirol) erhielt Tirol und die Vorlande. Karl erhielt Innerösterreich, Görz und Triest. Vgl. Kohler, Ferdinand I., 289-297.

<sup>282</sup> Lanzinner, Friedenssicherung, 24-43; sowie Loserth, Innerösterreich, 64.

<sup>283</sup> Lanzinner, Friedenssicherung, 51-71.

<sup>284</sup> Der Differenzbetrag entfällt auf einige außerordentliche Zahlungen. Vgl. Anm. 284.

<sup>285</sup> Rauscher, Kaiser, 70.

<sup>286</sup> Rauscher, Kaiser, 53-54.

Tabelle 4: Ausgaben von der eilenden und beharrlichen Türkenhilfe 1566.<sup>287</sup>

Ausgaben von der eilenden Türkenhilfe	Summe in Gulden
Schuldentilgung	71.722
Besoldung des Kriegsvolks	59.251
Zinszahlungen	3288
Amtsausgaben, Zehrungs- und Reisekosten	459
Wechselverluste	429
<b>Gesamt</b>	<b>135.149</b>
<b>Ausgaben von der beharrlichen Türkenhilfe</b>	
Zahlungen an den Diener des Reichpfennigmeisters, Georg Schöller	159.152
Schuldentilgung	38.249
Besoldung des Kriegsvolks	34.375
Zinszahlungen	1245
Amtsausgaben, Zehrungs- und Reisekosten	1235
Wechselverluste	1893
Besoldung Georg IIsungs	3200
Kredit aus dem Reichspfennigmeisteramt für den Kaiser	188.677
<b>Gesamt</b>	<b>428.026</b>
<b>Gesamtausgaben der eilenden und beharrlichen Reichshilfe</b>	<b>563.178</b>

Durch eine kaiserliche Resolution entsandte man 1566 eine Grenzbereisungskommission. Diese hielt in ihrem Bericht fest, dass es an der Grenze an allem mangle, die Gebäude in unzureichendem Zustand, der Proviant zu gering und die Munitionsvorräte minimalst seien. Die Grenze selbst könne in diesem Zustand ihrer Aufgabe nicht gerecht werden und im derzeitigen Zustand nur das Allernötigste leiste. Die Grenze gehöre zwar dem Kaiser, jedoch ebenso den österreichischen Ländern, weswegen diese ihren Beitrag zu leisten hätten. Der Kaiser selbst vertrat die Meinung, dass er nicht stets der größte Zahler sein könne. Die Landstände hatten eine andere Sichtweise. Den Bericht empfand man als ungerechtfertigt und die Zahlungen des Reiches generell als zu gering. In ihrer Entgegnung führten sie neben dieser Kritik ausstehende Reichszahlungen in der Höhe von 280.000 Gulden an.<sup>288</sup>

Der darauf folgende Reichstag in Regensburg 1567 wurde vom Tod Sultan Süleyman I.<sup>289</sup>, den Befürchtungen, dessen Sohn könnte den Krieg wieder beginnen, und den Kosten für die Grenzsicherung dominiert. Der Kaiser weigerte sich weiterhin, solch hohe Zahlungen zu leisten und war nur zu 50.000 Gulden für den kroatischen Abschnitt bereit. Schließlich endete der Reichstag mit der Hilfszahlung von 60.000 Gulden für die kroatische Grenze.<sup>290</sup> Bereits im Vorfeld des Reichstages gab es Streitigkeiten über die Religionsfrage. Herzog Albrecht V.

<sup>287</sup> Rauscher, Kaiser, 53.

<sup>288</sup> Loserth, Innerösterreich, 66f.

<sup>289</sup> Süleyman I., 1495– 1566, ab 1520 Sultan.

<sup>290</sup> Loserth, Innerösterreich, 67.

von Bayern<sup>291</sup> kündigte an, dass er im Falle eines Religionsvergleiches der Türkenhilfe nicht zustimmen werde.<sup>292</sup> Entgegen den Befürchtungen gelang es 1568, das Waffenstillstandsabkommen für weitere acht Jahre zu verlängern.<sup>293</sup>

Am 15. August 1575 traten in Bruck die Ausschüsse aller drei Länder Innerösterreichs zusammen, um die zuvor abgehaltene Prüfung der Grenze zu beratschlagen. Das Ergebnis war eindeutig; Die Grenze war zu schwach besetzt, die Mittel der Länder waren unzureichend, die Hauptleute veruntreuten Gelder und es gab zu wenig Pferde. Um die Grenze halten zu können, benötigte man 147.768 Gulden für den kroatischen Abschnitt und 136.338 Gulden für den slawonischen Teil. Zu einem wirklichen Ergebnis kam man dennoch nicht. Lediglich die Aufforderung, am nächsten Reichstag den Reichsständen die Lage unmissverständlich klar zu machen und eine weitere Hilfe des Reiches zu erwirken, wurde protokolliert.<sup>294</sup>

Ab 1576 nahm die Reichshilfe in ihrer Dringlichkeit sowie in ihrer Höhe eindeutig den obersten Stellenwert ein. Die Zahlungen erreichten bis dato nie dagewesene Höhen, auch wurde sie, trotz des weiterhin anhaltenden konfessionellen Streites, die Nummer eins der Agenden.

Am Reichstag in Regensburg 1576 machte Maximilian den Reichsständen klar, dass die bisher geleisteten, Zahlungen vollkommen unzulänglich gewesen seien und betonte die Notwendigkeit einer haarigen Reichshilfe für den offensiven Krieg. Erneut versuchte man über eine Quote zur Verteilung der Geldmittel zu debattieren. Der Kaiser wollte die Gelder selbst verteilen, doch die Vertreter der kroatischen und slawonischen Grenze forderten eine festgelegte Quote, und legten ihre Bedenken dar, am bestehenden System festzuhalten.<sup>295</sup> „Den vorigen Kaisern ist auch Hilfe gegeben worden, den Lande ist nichts zugekommen.“<sup>296</sup> Der Kaiser berichtete in seiner Rede ausführlich von der Lage an der Grenze. Er betonte zwar seine Friedenshaltung, mahnte aber die steigende Osmanengefahr nicht zu übersehen. Da die Osmanen eine ständige Kriegsmacht bereit hielten, forderte Maximilian selbiges vom Reich; weiters wurde ein detailliertes Verzeichnis von 123 Grenzorten und die hierfür notwendigen Gelder vorgelegt. Daraus ergab sich ein Gesamtkostenaufwand von 1.673.301 Gulden jährlich, zuzüglich der Kosten für den Kriegsrat, daher wurde die Gesamtsumme von 1.902.360 Gulden gefordert.<sup>297</sup>

---

<sup>291</sup> Albrecht V. von Bayern, 1528–1579, ab 1550 Herzog von Bayern.

<sup>292</sup> Diemtar Heil, Die Reichspolitik Bayerns unter der Regierung Herzog Albrechts V., Göttingen 1998, 305f.

<sup>293</sup> Loserth, Innerösterreich, 68.

<sup>294</sup> Loserth, Innerösterreich, 68-73.

<sup>295</sup> Luttenberger, Landstände, 168; sowie Loserth, Innerösterreich, 76f.

<sup>296</sup> Loserth, Innerösterreich, 77.

<sup>297</sup> Loserth, Innerösterreich, 78.

Der Reichspfennigmeister rechnete mit einem jährlichen Einkommen aus der Reichssteuer von etwa 700.000 Gulden, weswegen man eine ständige Hilfe von 60 Römermonaten auf sechs Jahre vorschlug.<sup>298</sup> Im Fall eines Großangriffs der Osmanen sollten weitere 125.000 Gulden bereitgestellt werden.<sup>299</sup> Der Widerstand gegen so hohe Bewilligungen war groß. Einige Reichsstände waren nicht damit einverstanden, dass diese Summen für Ungarn – nicht Teil des Reiches – aufgewendet werden sollten. Auch wurde kritisiert, dass dies nur das offensive Vorgehen fördere und daher die Ruhe an der Grenze gefährde. Die größte Sorge war allerdings, dass eine Bewilligung über sechs Jahre zu einer dauerhaften Steuer führen könnte.<sup>300</sup> Durch den Tod Maximilians am 12. Oktober 1576 verzögerten sich die Beschlüsse bis zum 19. November, nach dem sein Sohn Rudolf die Macht übernommen hatte. Man einigte sich auf die noch von Maximilian II. geforderten Zahlungen, jedoch mussten daraus auch die jährlichen Zahlungen an den Sultan, jegliche Bauprojekte, die Zeughäuser, der Proviant sowie der Sold bezahlt werden. So betrachtet, blieb von der hohen Reichshilfe am Ende nicht viel.<sup>301</sup> Ohne Ergebnis blieb die wiederholte Forderung nach einem erweiterten Steuerrecht: Neben der Matrikel forderte man nämlich die Besteuerung von Salz, Wein, die Einführung des gemeinen Pfennigs oder eine Umlage der Pfarreien für die Osmanenabwehr. Rudolf II. schlug eine Haussteuer vor, welche jährlich 5.873.352 Gulden einbringen sollte.<sup>302</sup> Da diese Maßnahme allerdings seine Macht deutlich gestärkt hätte, scheiterten diese Vorschläge am Widerstand der Reichsstände.<sup>303</sup>

Tabelle 5: Übersicht der geplanten Verwendung der Reichshilfe von 1576.<sup>304</sup>

Zweck	Höhe in Gulden
Tribut an die Osmanen & Diplomatiekosten	130.000
Zahlungen für die windisch-kroatische Grenze	140.000
Zahlungen für die Truppen des Bans von Kroatien	30.000
Zahlungen für die Ungarische Grenze	300.000
Gesamt	600.000

Im Sommer 1577 tagte in Wien ein Ausschusslandtag. Rasch einigte man sich über die Höhe der Zahlungen für die Grenze. Anschließend reformierte man die Verwaltung der

<sup>298</sup> Rauscher, Kaiser, 61.

<sup>299</sup> Loserth, Innerösterreich, 79f.

<sup>300</sup> Ebda.

<sup>301</sup> Loserth, Innerösterreich, 81f.

<sup>302</sup> Lanzinner, Friedenssicherung, 479f.

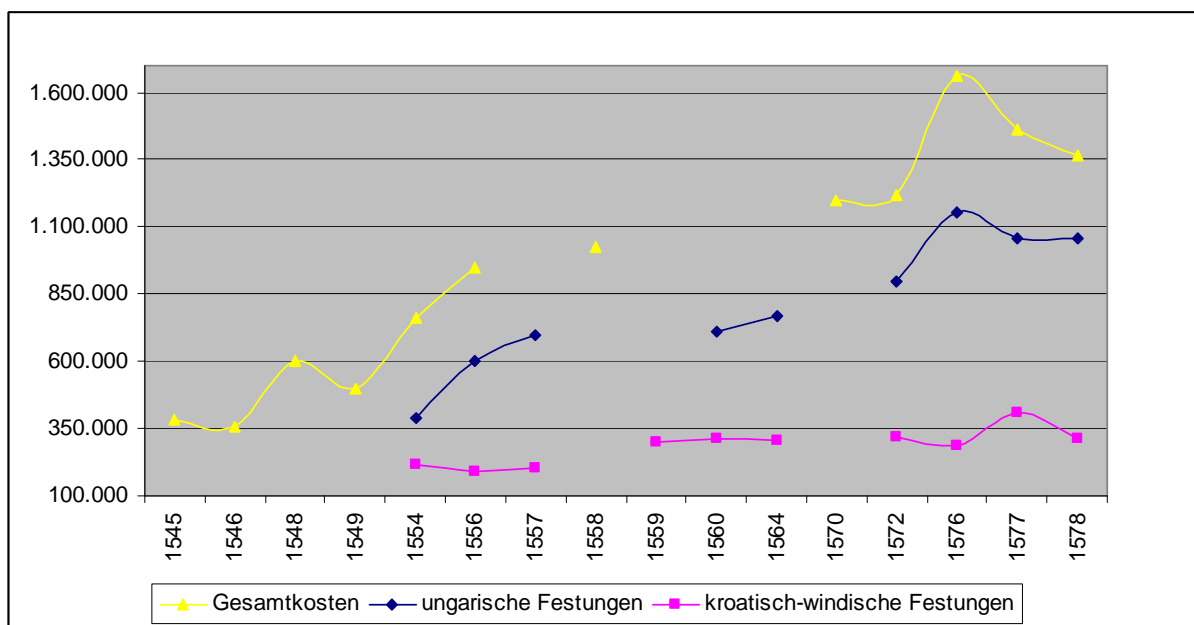
<sup>303</sup> Rauscher, Kaiser, 56.

<sup>304</sup> Rauscher, Kaiser, 76.

Militärgrenze. Erzherzog Karl II wurde die in einen kroatischen und slawonischen Abschnitt unterteilte Grenze unterstellt. Der restliche Teil kam unter das Kommando von Erzherzog Ernst. Karl hatte die Aufgabe der Defension übernommen, somit war er für die Verteidigung, für Rückeroberung und den Erhalt zuständig. Der kroatische Ban wurde ihm vollständig unterstellt und Karl II. regelte die Verwendung der Reichshilfe. Im Kriegsfall waren ihm allerdings die Hände gebunden, da er den Anweisungen des Kriegsrates folgen musste. Die Frage nach den mittlerweile recht umfangreichen Außenständen wurde erneut nicht geklärt.<sup>305</sup> In Kraft trat diese Regelung mit 1.1.1578.

Ebenfalls 1578 tagte in Bruck an der Mur ein Ausschusslandtag mit dem Ziel, den Etat für die Grenze deutlich aufzustocken, um die dortige Lage verbessern und die stark anwachsenden Schulden des Landesfürsten übernehmen zu können. Dies wurde notwendig, da auf fremde Hilfe kein Verlass war und das Reich in den letzten Jahren ein säumiger Zahler blieb. Häufig musste der Landesfürst für die fehlenden Gelder aufkommen, was dessen Schuldenberg in ungeahnte Höhen trieb.<sup>306</sup> Die Landtagsmitglieder sahen nur den Ausbau der Einnahmenseite zielführend, da Einsparungen unrealistisch waren.

Abbildung 1: Entwicklung der Besoldungskosten der ungarischen und kroatisch-slawonischen Grenzfestungen bis 1578.<sup>307</sup>



<sup>305</sup> Loserth, Innerösterreich, 84f.

<sup>306</sup> Ein Beispiel ist der von Ferdinand I. nach dessen Tod (am 31. Juli 1564) hinterlassene Schuldenberg. Der Gesamtschuldenberg belief sich auf 2.984.757 Gulden, wovon sich 1.066.836 Gulden auf ausständige Kriegsschulden und Soldrückstände beliefen. Vgl. Kohler, Ferdinand I., 182f.

<sup>307</sup> Werte aus Rauscher, Ständen, 75.



Daher schraubte man die Steuern in bis dato unerreichte Höhen. Die Stände selbst waren bereit, dies hinzunehmen, forderten im Gegenzug aber Religionsfreiheit.<sup>308</sup> Die Nachricht über den erneuten Durchbruch der Osmanen und Raubzüge im ganzen Land brachten eine überraschend schnelle Einigung. Insgesamt wurden 556.747 Gulden bewilligt.<sup>309</sup> Mit der Bereitstellung von 140.000 Gulden Reichshilfe wurde nicht mehr gerechnet. Sollte diese Finanzhilfe, wider Erwarten, eintreffen, so plante man sie für den Kriegsfall zurück zuhalten. Um die Gelder einzunehmen, wurde einer Vermögenssteuer zugestimmt. So musste jeder den 40. Teil seines Vermögens abführen.<sup>310</sup>

Nachdem Landtagsmitglieder von den Verfolgungen von Protestanten benachrichtigt wurden, kamen die Verhandlungen ebenso rasch zum Erliegen wie sie zuvor anliefen. Die Stände waren zu keinerlei Abschlüssen bereit, sollten sie keine Religionszugeständnisse erhalten. Erzherzog Karl II. weigerte sich zunächst, musste schließlich jedoch einlenken, da er die Gelder für die Grenze dringendst benötigte. Am 9. Februar 1578 kam es schließlich zur Unterzeichnung des Brucker Libells. Der Landesfürst versicherte seinen Untertanen darin, ihnen wegen Religionsfragen „kein Härchen zu krümmen“.<sup>311</sup> Eine bedeutende Zusage, die in Folge von beiden Seiten sehr unterschiedlich ausgelegt wurde.

Tabelle 6: Jährlicher Geldbedarf zur Finanzierung der Militärgrenze 1577/78.<sup>312</sup>

Ausgabenposten	Summe in Gulden
Besoldung an den vier ungarischen Grenzabschnitten	1.026.084
Besoldung an der kroatischen und slawonischen Grenze	405.816
Truppen des Ban in Kroatien	30.000
Baukosten (für Festungen und die Stadt Wien)	100.000
Munition und Artillerie	50.000
Feldtruppen	35.000
Osmanische Verehrung und Diplomatie	130.000
Kriegsverwaltung	15.000
Kommissioinen	5000
Arsenal in Wien	5000
Posten in Ungarn	10.000
Gehemie und außerordentliche Kundschaften	4000
Tilgung der Schluden in Höhe von 1,2 Millionen Gulden	200000
Gesamt	2.015.900

Der Reichstag von Augsburg 1582 stand unter keinem guten Stern. In Innerösterreich hatte die Gegenreformation voll gegriffen, weswegen auch zwei Gesandtschaften steirischer

<sup>308</sup> Loserth, Innerösterreich, 95f.

<sup>309</sup> 313.170 Gulden von der Steiermark, 147.885 Gulden von Kärnten und 95.690 Gulden von Krain. Der Sold für die Truppen machte 314.580 Gulden aus, für die Grenzgebäude wurden 135.400 veranschlagt, 50.000 Gulden für die Artillerie, 25.000 Gulden für den Proviant und 25.451 Gulden für den Hofkriegsrat. Vgl. Anm. 307.

<sup>310</sup> Loserth, Innerösterreich, 98.

<sup>311</sup> Loserth, Innerösterreich, 99f.

Vertreter nach Augsburg reisten; eine gegen den inneren Feind, die Gegenreformation, und eine gegen den äußeren Feind, die Osmanen.<sup>313</sup> Vor dem Reichstag sprach man davon, dass die Not an der Grenze unerträglich geworden sei, es fehle an allem und der Kaiser tue zu wenig für die Grenze. Daher war für die Vertreter von Innerösterreich die wichtigste Aufgabe, die Bedürfnisse der Grenze am Reichstag vorzubringen.<sup>314</sup> Zunächst stand aber die Religionsfrage im Vordergrund. Die Gesandten berichteten von den gegenreformatorischen Vorgängen im Land trotz den Zusagen im Brucker Libell. Dementsprechend wurde Erzherzog Karl II. von ihnen beschuldigt, sein Wort gebrochen zu haben.<sup>315</sup> Dieser entgegnete diesen Vorwürfen, dass seine Zusagen nur für Herren und Ritter Gültigkeiten hätten.<sup>316</sup>

Zur Grenze wurde ein Bericht verlesen, der den miserable Zustand, die fehlenden Gelder und die übernommenen Schulden durch die Landstände ausführlich beschrieb. Die Botschaft, dass die Länder so stark verschuldet und verarmt waren, dass sie nicht länger die hohen Kosten alleine tragen können, kam nicht entsprechend an. Selbst Zeitzeugen, wie der Sekretär Kaspar Hirsch, waren vom geringen Engagement erstaunt. Alleine die Steiermark zahlte jährlich 200.000 Gulden, dazu rüste sie noch jeden 30., 10. und 5. Mann.<sup>317</sup> Laut Hirsch hätte man mindestens 500.000 Gulden vom Reich verlangen können.<sup>318</sup> Deswegen waren die Reichsstände auch nicht zu solch hohen Zusagen wie 1576 bereit. Sie zeigten sich vorerst nur zu 32 Römermonaten bereit, Karl forderte hingegen 60 Römermonate, ging jedoch auf 50 zurück. Einigen konnte man sich schließlich auf 40 Römermonate für die Dauer von fünf Jahren.<sup>319</sup> Ausbezahlt wurden in den ersten beiden Jahren sechs und anschließend sieben Römermonate.<sup>320</sup> Am 22. November 1582 kam es zwischen Kaiser Rudolf II. und Erzherzog Karl zu einem Vergleich über die Aufteilung der Reichshilfe. Demnach fiel die Augsburger Reichshilfe zu 25% an den Erzherzog und galt für die Militärgrenze. Von dieser Summe mussten allerdings jährlich 10.000 Gulden an den Kaiser für die Tributzahlung an den Sultan

---

<sup>312</sup> Rauscher, Ständen, 76.

<sup>313</sup> Luttenberger, Landstände, 176-181; sowie Loserth, Innerösterreich, 101.

<sup>314</sup> Loserth, Innerösterreich, 102f.

<sup>315</sup> Luttenberger, Landstände, 176-181.

<sup>316</sup> Loserth, Innerösterreich, 104.

<sup>317</sup> Generell gliederte sich das Landesaufgebot der habsburgischen Länder in das Aufgebot zu Ross und das Aufgebot zu Fuß. Das Landesaufgebot zu Ross berechnete sich anhand des jährlichen Einkommens aus Grund und Boden. Die steirischen Grundherren mussten je 100 Pfund jährlichem Einkommen ein kriegstaugliches Pferd für ein bis drei Monate bereitstellen. Die niederösterreichischen Grundherren hatten dies je 200 Pfund zu bewerkstelligen. Das Aufgebot zu Fuß erfolgte in Form eines bestimmten Teils der Bevölkerung. Abhängig vom Bedrohungsgrad waren dies jeder 30., 20., zehnte oder fünfte Mann. Diese Fußtruppen wurden in Mannschaften von bis zu 500 Mann zusammengefasst. Hinzu kamen noch die angeworbenen Söldner, deren Anzahl vom Bedrohungsgrad und den bereitgestellten Geldmitteln abhing. Vgl. Ziegerhofer, Ferdinand I., 15–18.

<sup>318</sup> Loserth, Innerösterreich, 105.

<sup>319</sup> Schulze, Reich, 80; sowie Rauscher, Kaiser, 62.

<sup>320</sup> Loserth, Innerösterreich, 106f.

rückerstattet werden.<sup>321</sup> Sollte es in diesen fünf Jahren zu einem Kriegsfall kommen, so sollten zu den 40 Monaten noch weitere zehn als dringende Hilfe hinzu kommen.<sup>322</sup> Insgesamt waren die Ergebnisse des Augsburger Reichstages mager und wurden von den Zeitgenossen auch so wahrgenommen. Die Gründe hierfür lagen eindeutig im Religionszwist und am fehlenden Zielbewusstsein des Erzherzogs.<sup>323</sup>

Von 1576 bis 1586 belief sich die Reichshilfe insgesamt auf 3.662.988 Gulden. Somit ist festzuhalten, dass das Reich unter Rudolf II. die Grenze deutlich stärker finanzierte als unter dessen Vorgängern. Peter Rauscher weist nach, dass während dieser Phase das Reich 34,3% der Grenzkosten aufbrachte, in etwa dieselbe Summe wurde von den Ständen der kaiserlichen Länder geleistet. Aus diesem Pot wurden zu gleichen Teilen die ungarische sowie die kroatisch/slawonische Grenze unterstützt, die jährliche Tributzahlung sowie die hohen Kosten für die Diplomatie aufgebracht.<sup>324</sup>

Als 1587 die Augsburger Reichshilfe von 1582 auslief, kam es zu keiner erneuten. Einerseits, da wegen erneuter konfessionellen Spannungen im Reich, kein neuer Reichstag abgehalten wurde, andererseits, da noch hohe Ausstände von den letzten beiden Bewilligungen offen waren und die Eintreibung dieser die Beamten noch einige Jahre beschäftigte.<sup>325</sup> Wie den Berichten der zuständigen Beamten zu entnehmen ist, kamen die Gelder zwar in die kaiserliche Kammer, wurden von dort aber nicht weiter verteilt.<sup>326</sup> Entgegen den bisherigen Behauptungen lagen die Probleme der Reichshilfe nicht ausschließlich in deren mangelhaften Eintreibung, sondern zusätzlich an der Abhängigkeit von der kaiserlichen Hofkammer, die nur äußerst zögerlich Gelder weitergab.<sup>327</sup>

---

<sup>321</sup> Loserth, Innerösterreich, 109.

<sup>322</sup> Schulze, Reich, 80.

<sup>323</sup> Schulze, Reich, 78-80; sowie Rauscher, Kaiser, 62f.

<sup>324</sup> Rauscher, Kaiser, 75f.

<sup>325</sup> Rauscher, Kaiser, 51; sowie Loserth, Innerösterreich, 113.

<sup>326</sup> Loserth, Innerösterreich, 114.

<sup>327</sup> Loserth, Innerösterreich, 117.

Tabelle 7: Übersichtstabelle über die Reichstürkenhilfen 1530–1582.<sup>328</sup>

Bewilligungsjahr	Höhe	Gültigkeitszeitraum	Zweckbestimmung
1530/32	12 Römermonate	Truppenhilfe 1532/33	Türkenzug
1541	1,5 Römermonate	1541	Eilende Türkenhilfe
1542	Gemeiner Pfennig	Truppenhilfe 1542	Türkenzug
1543	6 Römermonate	1543	Besatzungstruppen für Grenzburgen
1544/51	Gemeiner Pfennig	bis Ende 1544	Offensivhilfe gegen die Osmanen
1548	500.000 Gulden	1548–1552	Beharrliche Türkenhilfe
1556/57	16 Römermonate	1557/58	Eilende Türkenhilfe
1559	500.000 Gulden	1560–62	Beharrliche Türkenhilfe
1566	24 Römermonate	1567–1569	Eilende Türkenhilfe und Türkenzug 1566
1570	12 Römermonate	1572–1575	Beharrliche Türkenhilfe und Bau- & Grenzhilfe
1576	60 Römermonate	1576–1582	Beharrliche Türkenhilfe und Bau- & Grenzhilfe
1582	40 Römermonate	1583–1587	Beharrliche Türkenhilfe und Bau- & Grenzhilfe

Nach dem Tod Erzherzogs Karls II. 1590 übernahm eine vormundschaftliche Regierung unter Erzherzog Ernst die Geschäfte von Karls Sohn Ferdinand II. Die Landstände verweigerten Erzherzog Ernst die Huldigung, um in Religionsfragen Zusicherungen zu erhalten. 1592 gelang es den Glaubensstreit zu beenden, nachdem Erzherzog Ernst einlenkte. Mit ein Grund für die Einigung war die schlechte Finanzlage zur Erhaltung der Militärgrenze und die zunehmenden Einfälle der osmanischen Reiterei.<sup>329</sup>

Im März 1594 wurde in Regensburg ein neuer Reichstag abgehalten. Damit bot sich die Chance, eine weitere Reichshilfe zu erhalten, wofür man sich gut vorbereitete. Der Reichspfennigmeister Zacharias Geizkofler erstellte vorab ein Gutachten zur Situation der Militärgrenze.<sup>330</sup> Darin stellte er fest, dass das derzeitige Grenzwesen „weder zu einem Offensiv- noch zu einem Defensivkrieg geeignet sei“. Auch würden die Friedensschlüsse von den Osmanen nicht eingehalten, denn sie führen ihre Züge mit Mord und Plünderung ungehindert fort.<sup>331</sup> „Die schwere Last der Verteidigung können die Erbländer nicht tragen und so sei die Einberufung des Reichstages der Türkenhilfe wegen geboten.“<sup>332</sup> Die Landstände Österreichs hielten fest, dass die Osmanen Jahr für Jahr ihre Raubzüge fortführten, damit gegen alle Beschlüsse verstießen und dadurch die finanziellen Mittel der Länder erschöpft seien. Sie betonten, dass ein Verlust dieser Länder den ungehinderten Durchmarsch der Osmanen bedeuten würde.<sup>333</sup> Weiters legten die Länder Innerösterreichs am Reichstag eine Auflistung ihrer bisherigen Ausgaben für das Grenzwesen vor. Demnach brachte Kärnten bis

<sup>328</sup> Rauscher, Kaiser und Reich, 62.

<sup>329</sup> Loserth, Innerösterreich, 117f.

<sup>330</sup> Johannes Müller, Zacharias Geizkofler 1560–1617. Des Heiligen Römischen Reiches Pfennigmeister und oberster Proviantmeister im Königreich Ungarn, Veröffentlichungen des Wiener Hofkammerarchives III, Baden 1938, 33.

<sup>331</sup> Loserth, Innerösterreich, 124.

<sup>332</sup> Loserth, Innerösterreich, 125.

<sup>333</sup> Ebda.

dahin vier Millionen Gulden auf, Krain sechseinhalb Millionen sowie Schulden in der Höhe von 150.000 Gulden; die Steiermark führte knapp elf Millionen Gulden an.<sup>334</sup>

Während die Verhandlungen nur schleppend voran gingen, wurde eine Kostenaufstellung für die Finanzierung eines Offensivheeres angefertigt. Darin wurden für 60.000 Mann monatlich 547.820 Gulden genannt, woraus sich die jährliche Summe von 6.573.840 Gulden ergab.<sup>335</sup> Die Abgesandten Innerösterreichs berichteten von der politisch-militärischen Lage und den militärischen Fortschritten der Osmanen. Sie betonten, dass ein großer Durchbruch eines osmanischen Heeres den Fall Wiens bewirken könnte und es kein Heer zur Abwehr des übermächtigen Gegners gäbe, so dass unermessliche Kosten für ein neues notwendig wären. Die Vertreter Innerösterreich forderten daher die Einführung des gemeinen Pfennig<sup>336</sup> sowie die Trennung der Bewilligung der Reichshilfe von Religionsfragen.<sup>337</sup> Gegen beide Vorschläge gab es massiven Widerstand.<sup>338</sup> Am 25. Juni 1594 wurde das Ergebnis der Verhandlungen verlautbart. Die Reichshilfe belief sich auf 64 Römermonaten in vier Jahre und erreichte somit ihren bisherigen Höhepunkt.<sup>339</sup> Der Kaiser war jedoch unzufrieden. Er erklärte, dass somit jährlich kaum mehr als eine Million Gulden zusammen kämen und diese nur etwa 2/3 der benötigten Geldmenge ausmachen würden. Auch forderte er die Einführung des gemeinen Pfennigs; dies wurde von den Ständen abgelehnt.<sup>340</sup> Aufgrund dessen kam es zu Nachverhandlungen. Die Reichshilfe wurde auf 80 Römermonate erhöht<sup>341</sup>, wobei diese innerhalb des ersten Jahres 20 Monate, der Rest aufgeteilt bis zum Auslaufen der Hilfe, bezahlt werden sollte.<sup>342</sup> Eine feste Quote wurde allerdings weiterhin abgelehnt.<sup>343</sup> Unmissverständlich betonten die Reichsstände, dass die Grenze auch in Zukunft unter dem Schutz des Reiches stehen würde. Die Abgesandten Innerösterreichs waren trotzdem sehr unzufrieden. Ihre bisherige Erfahrung über die Reichshilfen von 1576 und 1582 zeigten, dass ohne feste Quote diese nicht einmal die Hälfte für die Militärgrenze abwarf.<sup>344</sup>

---

<sup>334</sup> Loserth, Innerösterreich, 130f.

<sup>335</sup> Loserth, Innerösterreich, 132.

<sup>336</sup> Der gemeine Pfennig versteht sich als allgemein gültige Kopfsteuer. Sie hatte von 1495 bis 1505 bereits Gültigkeit, nachdem Erzherzog Maximilian I. (ab 1508 Kaiser des Heiligen römischen Reiches) sie einführte. Aufgrund des großen Widerstandes musste sie allerdings wieder ausgesetzt werden.

<sup>337</sup> Loserth, Innerösterreich, 133.

<sup>338</sup> „Des gemeinen Pfennig werde sich nicht zu verstehen sein“; „Die Absonderung der Reichshilfe sei unstatthaft und werde daher nicht geschehen“. Vgl.: Loserth, Innerösterreich, 134.

<sup>339</sup> Schulze, Reich, 92-100; sowie Loserth, Innerösterreich, 135.

<sup>340</sup> Loserth, Innerösterreich, 136.

<sup>341</sup> Müller, Zacharias, 33.

<sup>342</sup> Rauscher, Kaiser, 81f.

<sup>343</sup> Schulze, Reich, 98-100; sowie Hans-Wolfgang Bergerhauser, Die Stadt Köln und die Reichsversammlung in konfessionellen Zeitalter. Ein Beitrag zur korporativen reichsständischen Politik 1555-1616, Köln 1990, 260-264; sowie Loserth, Innerösterreich, 147.

<sup>344</sup> Loserth, Innerösterreich, 138.

Die Unterlagen zum steirischen Landtag von 1596 belegen, dass sich der Kaiser weigerte, die von den Reichständen zugesicherte Reichshilfe auszubezahlen und somit auch die Rückstände in der Höhe von 300.000 Gulden nicht erbracht wurden.<sup>345</sup>

Die Hofkammer selbst war dermaßen verschuldet, dass sie nicht fähig war, von der zugesagten Reichshilfe mehr als ein paar kleine Posten tatsächlich auszubezahlen. Erzherzog Ferdinand betonte in einer Anweisung an den Landeshauptmann, dass am folgenden Reichstag unbedingt auf die großen Mängel im Grenzwesen hinzuweisen sei und erklärt werden solle, wie schwierig es sei, vom Kaiserhof die notwendige Quote zu erhalten.<sup>346</sup>

Tabelle 8: Übersicht über die Anzahl der Grenzfestungen und deren Besetzungen in der zweiten Hälfte des 16. Jahrhunderts.<sup>347</sup>

Jahr	Anzahl der Grenzfestungen			Anzahl der Grenzsoldaten			Hilfs- truppen	Gesamt
	Ungarn	Kroatien/Slawonien	Gesamt	Ungarn	Kroatien/Slawonien	Gesamt		
1556	ca. 30	ca. 50	ca. 80	10.832	3150	13.982	3000	16.982
1572	53	75	128	13.862	5999	19.861	–	19.861
1576	51	72	123	17.190	5323	22.513	4500	27.013
1582	71	47	118	16.403	4745	21.148	–	21.148
1593	75	96	171	15.446	7247	22.693	4800	27.493

Der Reichstag 1597 wurde Anfang Dezember in Regensburg abgehalten. Bei der Einberufung wurde betont, dass man bereits sieben Jahre im offenen Krieg mit den Osmanen stehe und daher zur Abwehr alle nötigen Mittel aufgebracht werden müssen.<sup>348</sup> Ferdinand selbst meinte hierzu, dass man die Grenzen nicht halten könne „wenn für sie nicht mehr getan wird. Es gewinnt das Aussehen, als sei dem Kaiser alles gleichgültig“.<sup>349</sup> Ferdinand ließ eine genaue Übersicht über die seit 1575 zugeteilte Reichshilfe und deren tatsächliche Auszahlung vorlegen. Die Abrechnung zeigte, dass es vollkommen unerheblich war, welche Summen am Reichstag beschlossen wurden, denn davon kamen nur Teile tatsächlich am Bestimmungsort an, womit die unveränderte katastrophale Lage der Grenzer zu erklären ist.<sup>350</sup>

Innerösterreich wählte mit Bedacht Bischof Martin Brenner als Gesandten. Dieser hielt eine überzeugende Rede vor dem versammelten Reichstag. Er berichtete von hungernden

<sup>345</sup> Loserth, Innerösterreich, 147f.

<sup>346</sup> Erzherzog Ferdinand in der Anweisung an den Landeshauptmann: „Gern habe er die Grenze nicht übernommen, da dies nun aber geschehen sei, müsse er auf die Verstärkung des Grenzwesens, auf die Abzahlung der Ausstände und die Wiederherstellung der abgekommenen Grenzhäuser drängen.“ Vgl.: Loserth, Innerösterreich, 149f.

<sup>347</sup> Palfy, Preis, 24.

<sup>348</sup> Schulze, Reich, 99-101.

<sup>349</sup> Loserth, Innerösterreich, 151.

<sup>350</sup> Loserth, Innerösterreich, 152f.

Soldaten an der Grenze, die über einen Soldrückstand von 32 Monaten klagten.<sup>351</sup> In seiner Rede prangerte er vehement die Zahlungsmoral der Hofkammer an und machte unmissverständlich klar, weswegen militärische Erfolge in den letzten Jahren kaum möglich waren. Ohne tatsächliche finanzielle Unterstützung war es nahezu ein Wunder, dass die Grenze überhaupt gehalten werden konnte. Trotz der positiven Resonanz eskalierte der Streit um die Reichshilfe für die Grenze. Einige Abgeordnete vertraten die Meinung, dass es selbst mit einer eigens der Grenze zugeteilten Reichshilfe keine Garantie für die Abwehr gab. Anderer wieder kritisierten das Auftreten der Gesandten und deren Gejammer über ihre Verschuldung. Wären sie tatsächlich so arm, dann könnten sie sich ihren Lebenswandel nicht leisten.<sup>352</sup> Wie auch immer man die Sache betrachtet, es hat den Anschein, als wollte man sich möglichst um weitere Zahlungen drücken. Kein Wunder, bei der bereits starken Verschuldung des Reiches zu diesem Zeitpunkt. Erzherzog Ferdinand nahm in einem Schreiben zu den Vorgängen am Reichstag Stellung. Er betonte, dass er die Administration der Grenze so lange nicht übernehmen werde, so lange mit keiner sicheren Hilfe vom Reich zu rechnen sei.<sup>353</sup> Der Reichstag endete mit dem Beschluss einer Gesamtreichshilfe von 60 Römermonaten, wovon allerdings nur zwei direkt für Innerösterreich zur Grenzverteidigung bestimmt waren. Es wurde hingegen betont, dass der Kaiser für die Ausbezahlung der Rückstände sorgen solle.<sup>354</sup> Die Reaktion der Stände Innerösterreichs ist durchwegs nachvollziehbar. Ferdinand selbst fürchtete, man habe sich vergeblich um Hilfe bemüht, da die Gelder nicht ankommen werden. Bischof Brenner ging sogar so weit, zu betonen, man solle sich lieber mit dem wenig Erreichten zufrieden geben, um auch diese nicht zu gefährden.<sup>355</sup>

In der einschlägigen Literatur wird stets die hohe Verschuldung des Heiligen Römischen Reiches gegen Ende des 16. Jahrhunderts betont. Unter diesem Umstand hatten insbesondere die Militärgrenze und die Länder Innerösterreichs zu leiden, schließlich mussten sie die gesamten Zahlungsausfälle übernehmen. 1599 wird von vollkommen leeren Kassen im Reich berichtet. Der Kaiser selbst betonte, er würde gerne dem Erzherzog aushelfen, doch ihm mangle es an Finanzmitteln. Der steirische Landtag hielt fest, dass die geringen ankommenden Zahlungen nicht einmal zur Tilgung der Zinsen reichen würden und sie immer

---

<sup>351</sup> „Das arme Kriegsvolk, dem man den Sold für 32 Monate schuldet, hat nichts zu beißen und zu nagen“. Vgl. Loserth, Innerösterreich, 157.

<sup>352</sup> Loserth, Innerösterreich, 158-160.

<sup>353</sup> Ebenda.

<sup>354</sup> Dieter Albrecht, Die Politik Maximilian I. von Bayern und seiner Verbündeten 1618-1651, Bd. 5, München/Wien 1964, 375-377; sowie Loserth, Innerösterreich, 161.

<sup>355</sup> Loserth, Innerösterreich, 164.

wieder weitere Schulden aufnehmen müssen, um die Grenze überhaupt in ihrem derzeitigen miserablen Zustand erhalten zu können.<sup>356</sup>

Tabelle 9: Übersicht über die Gesamtausgaben Innerösterreichs für die kroatische und slawonische Grenze im 16. Jahrhundert.<sup>357</sup>

Land	Gulden	Zeitraum
Steiermark	10.698.683	1497–1594
Kärnten	4.925.914	1540–1600
Krain	ca. 2.500.000	1536–1594
Gesamt	ca. 18.124.597	

Der 1603 in Regensburg abgehaltene Reichstag beschloss eine haarige Hilfe von jährlich 140.000 Gulden sowie eine beharrliche Hilfe; 20 Römermonaten sollten im ersten Jahr sowie jeweils 22 Römermonaten für die darauf folgenden drei Jahre ausbezahlt werden.<sup>358</sup> Selbst im Abschlussbericht des Reichstages wurde allerdings die Zahlungsunfähigkeit der Hofkammer festgehalten. Neben den neuen Zugeständnissen sind die erwähnten ausständigen Zahlungen interessant. Demnach waren von der 1582 bewilligten Reichshilfe etwas über 825.489 Gulden offen.<sup>359</sup>

Es gibt zahlreiche Belege für die mangelhaften Auszahlungen. Zum Beispiel belegen Auszüge aus den Rechnungsbüchern von 1608, dass die Rückstände aus den Reichshilfen 76, 82, 94, 98, 03 sowie 07 insgesamt 228.372 Gulden, 11 Kreuzer und 1,5 Pfennig ausmachten. Erst 1610 war die Reichshilfe von 1576 vollständig ausbezahlt. Obwohl diese auf sechs Jahre beschlossen wurde, dauerte es insgesamt 34 Jahre – fast sechs mal so lange – bis sie vollständig erbracht war. Die Zinsen, für die, hierfür zum Ausgleich von den Ländern aufgenommenen, Schulden blieben vom Reich unrefundiert.<sup>360</sup>

Erneut setzte man große Hoffnungen in die Reichshilfe vom Reichstag 1613.<sup>361</sup> Die dort zugestandenen Gelder waren hingegen dermaßen gering, dass sie keinerlei Wirkung zeigen konnten. Genehmigt wurden 60.421 Gulden und 20 Kreuzern für die Grenze direkt.

<sup>356</sup> Loserth, Innerösterreich, 168f.

<sup>357</sup> Palfy, Preis, 37.

<sup>358</sup> In Summe wurden 86 Römermonate bewilligt. Vgl. Albrecht, Maximilian I, 378f. Für eine detailliertere Verteilung über mehrere Jahre vgl. Loserth, Innerösterreich, 170.

<sup>359</sup> Loserth, Innerösterreich, 169.

<sup>360</sup> Loserth, Innerösterreich, 171f.

<sup>361</sup> Die Reichs- und Landtage der letzten Jahre unter Maximilian I. waren geprägt von dem Unwillen der Reichs- und Landstände weitere Gelder bereitzustellen. So konnten auch am letzten Landtag von Maximilian I. 1612 keine weitere Unterstützung erreicht werden. Vgl. Albrecht, Maximilian I., 383.



Lange Diskussionen zu den ausständigen Zahlungen führten zu keiner Einigung.<sup>362</sup> Es dauerte noch zehn Jahre, bis die Rückstände abgebaut waren.<sup>363</sup>

Tabelle 10: Stand der erbrachten Reichshilfe bis zum Jahre 1616<sup>364</sup>

Jahr	jährliche Summe	Dauer in Jahren	Gesamt	tatsächlich erbracht	erlassen	Ausständig
1576	140.000	6	840.000	594.173	135.000	110.826
1582	140.000	5	700.000	563.070		136.929
1594	45.000	6,67	300.000	263.281		36.718
1598			100.000	77.042		22.957
1603	175.000	4	700.000	700.000		
1613			60.421	60.421		
Gesamt			2.700.421	2.257.989		307.431

In den Folgejahren bemühten sich die Länder deutlich weniger um eine Reichshilfe, da die Zusagen dermaßen gering ausfielen, dass sie die Mühe nicht wert waren. Stattdessen konzentrierte man sich jahrelang darauf, die alten Zugeständnisse einzutreiben und sinnvoll für die Militärgrenze einzusetzen. Ein Bericht vom Landtag 1652 zeugt davon, dass es nicht mehr für sinnvoll erachtet wurde, sich überhaupt um Reichshilfe zu bemühen, da wenig zugesagt und noch weniger geleistet wurde.<sup>365</sup>

<sup>362</sup> Gotthard, Religionsfrieden, 376-382.

<sup>363</sup> Loserth, Innerösterreich, 177.

<sup>364</sup> Der Landschaftseinnehmer Sebastian Speidl hat in einer nachträglichen Überprüfung der Erträge der Reichshilfe, zum Zwecke der Erhebung aktueller Ausstände, per 16. Jänner 1616 eine 170 Seiten starke Abhandlung unter dem Titel „Landschaftliche Acten, Ausschüsse, Gesandtschaften“ fertiggestellt. Darin werden die Zahlungen der sechs Reichshilfen von 1576 bis 1613 analysiert und es wird festgestellt, dass selbst 37 Jahre nach der Reichshilfe von 1576 Ausstände von 13 Prozent bestehen. Insgesamt fehlten aus den sechs Reichshilfen noch etwa elf Prozent der zugesicherten Zahlungen für Innerösterreich. Vgl. Loserth, Innerösterreich, 201–203.

<sup>365</sup> Loserth, Innerösterreich, 178f.

## 5. Militärgrenzerrechte und Sonderprivilegien

Die Militärgrenze brachte während ihres Bestehens interessante Entwicklungen im Rechtswesen mit sich. Waren es einerseits die den Ständen zugesicherten Privilegien in Religionsfragen, um von diesen finanzielle Unterstützung zu erhalten, waren es andererseits direkt an der Grenze Sonderprivilegien, die den an der Grenze Siedelnden zu Gute kamen. Dadurch nahm die Grenzbevölkerung einen umkämpften Sonderstatus auf habsburgischer Seite im politischen System ein.

### 5.1. Privilegien der Uskokken von Žumberak (Sichelburg)

Als Folge der osmanischen Expansion am Balkan im 16. Jh. kam es immer wieder zu Flüchtlingswellen der lokalen Bevölkerung in venezianische, kroatische, ungarische und habsburgische Gebiete.<sup>366</sup> Nach dem militärischen Einschreiten der Habsburger in Kroatien ab 1522 wurden diese häufig im Umfeld der Garnisonen angesiedelt. Eine für die spätere Charakteristik der Militärgrenze grundlegende Entwicklung war 1530 die Bildung einer leichten Reiterei rekrutiert aus diesen Flüchtlingen.<sup>367</sup> Eine weitere bedeutende Entwicklung stellte 1535<sup>368</sup> die Gewährung des Ansuchens von etwa 3.000 Flüchtlingen, so genannten Uskokken, sich im Bereich um Žumberak (Sichelburg) nieder zu lassen und unter Ferdinand dienen zu dürfen, dar.<sup>369</sup> Denn entgegen der üblichen Vorgehensweise wurden diese nicht zu unfreien Bauern und somit zu Untertanen, sondern erhielten vom Erzherzog am 5. Juni 1535<sup>370</sup> Privilegien zugesprochen, die eine Sonderstellung zusicherten. Diese wurde im Lehenbuch unter dem Titel „Der Vskokhen gemaine Gab“ aufgelistet. Als wesentliches Element wurde den einzelnen Uskokkenfamilien ein Grundstück im Ausmaß von einer Huben<sup>371</sup> zugestanden, die sie, ohne einem Grundherren zu unterstehen, bestellen sollten. Sie unterstanden jedoch nicht nur keinem Lehensherrschaft, sondern waren darüber hinaus von allen Abgabepflichten für die Dauer von 20 Jahren befreit.<sup>372</sup> Auch durften sie ihre Güter patrilinear weitervererben, d. h., sollte die männliche Linie aussterben, bedeutete dies die Untertänigkeit. Unmittelbar unterstanden sie nur dem Uskokkenhauptmann sowie ihren

---

<sup>366</sup> Bracewell, Uskokks, 38f.

<sup>367</sup> Rothenberg, Militärgrenze, 34.

<sup>368</sup> Vermutlich kam es bereits zuvor zu solchen Zugeständnissen, wie Wakounig schreibt. Vgl. Wakounig, Uskokken, 195.

<sup>369</sup> Buchmann, Österreich, 97; sowie Rothenberg, Militärgrenze, 34; sowie Bracewell, Uskokks, 42f.

<sup>370</sup> Rothenberg, Militärgrenze, 34; sowie Kaser, Bauer, 80.

<sup>371</sup> Kleine Bauernwirtschaft mit etwa einem halben Hektar Land. Vgl. Österreichisches Wörterbuch, 253.

<sup>372</sup> Wakounig, Uskokken, 195.

eigenen Woiwoden und Knesen, welche sie frei wählten.<sup>373</sup> Nach Ablauf dieser 20 Jahre sollten sie untertänig werden und jährlich einen ungarischen Gulden an das Vizedomamt in Ljubljana (Laibach, Lubiana) abliefern und darüber hinaus den üblichen Zehent, die gewöhnlichen Steuern und die Robot zu leisten.<sup>374</sup> Den bessergestellten Uskokten, Woiwoden und Knesen wurden sogar noch umfassendere Rechte im Lehensbuch unter dem Titel „Der Vskokhen sonnder Freyhait oder Belechnung“ zugestanden. Sie erhielten Grundstücke im Ausmaß von ein bis zehn Huben und nahmen für die Dauer von 20 Jahren eine „zu Adeligen erhobene“.<sup>375</sup>

Die Woiwoden hatten die Uskokten in Gruppen zu jeweils 200 Mann zusammenzufassen und erhielten für ihren Dienst einen Sold von 50 Dukaten pro Jahr. Die Soldaten selbst erhielten keinerlei Lohn, hatten allerdings das Anrecht auf einen Teil der gemachten Beute.<sup>376</sup>

Diese umfangreichen Privilegien waren für eine Gruppe „andersgläubiger“ Immigranten ein nicht zu verachtender Sonderstatus, welcher nur mit einer einzigen Pflicht verbunden war: Alle mussten für die genannte Zeitspanne Militärdienst gegen die Osmanen leisten. Dies bedeutete, dass sie im Kampfesfall gerüstet bereit zu stehen hatten und sich selbst aus ihren Gütern zu versorgen hatten. Wer bereit war, diesen Kriegsdienst zu leisten, der hatte das Recht erworben, ein freier Bauer zu sein. Eine Dienstverweigerung ließ seine Rechte jedoch umgehend erlöschen.<sup>377</sup>

Die Tatsache, dass den Uskokten so umfassende Rechte zugesichert wurden, gibt natürlich Anlass zu Spekulationen. Fakt ist, dass die Uskokten nicht alleine in diesem Bereich siedelten. Wenn auch das Gebiet um Sichelburg stark zersiedelt war, gab es neben ihnen auch gewöhnliche unfreie Untertänige.<sup>378</sup> Verständlich ist die Ansiedelung der Flüchtlinge, da so der stark entvölkerte Grenzraum mit wehrfähigen Personen besiedelt wurde, ohne mit finanziellen Belastungen der Landeskassen verbunden zu sein. Daher verwundert es auch nicht, dass diese Privilegien in den Folgejahren weiteren Gruppen in anderen Siedlungsräumen verliehen wurden. Beispiele hierfür sind die 1537 erneut nach Sichelburg aber auch nach Senj gezogenen Uskokten, sowie die 1538 um Zagreb sesshaft gewordenen

---

<sup>373</sup> Bracewell, Uskoks, 43f.

<sup>374</sup> Kaser, Bauer, 81f.

<sup>375</sup> Ebenda; sowie Bracewell, Uskoks, 43f.

<sup>376</sup> Wakounig, Uskokten, 195; sowie Rothenberg, Militärgrenze, 34.

<sup>377</sup> Kaser, Bauer, 83.

<sup>378</sup> Kaser, Bauer, 84f.

„Raskianer“<sup>379</sup>.<sup>380</sup> Der große Stellenwert dieser Militärkolonisten für die Grenzverteidigung drückt sich in der Verlängerung der Privilegien von 1535 nach Ablauf der 20 jährigen Gültigkeit auf unbestimmte Zeit aus.<sup>381</sup>

Diese Sonderrechte bargen jedoch ein großes Konfliktpotential, denn dem lokalen, zivilen Feudalsystem wurde ein Teil entrissen und der österreichischen Militärverwaltung unterstellt. In Zeiten der Not hatte der lokale Adel hierfür Verständnis, doch nahm die osmanische Bedrohung ab, regte sich stets großer Widerstand und die Versuche, diese freien Bauern dem Lehenssystem unterzuordnen, nahmen zu.<sup>382</sup>

## 5.2. Die Regelungen im Brucker Libell von 1578

Motiviert durch die ersten Zugeständnisse am Augsburger Reichstag 1555, versuchten die Protestanten Innerösterreichs auf den folgenden Landtagen die Anerkennung der Augsburger Konfessionsangehörigen zu erlangen. Erzherzog Karl, fest davon überzeugt, er müsse den katholischen Glauben in seinem Herrschaftsbereich wiederherstellen, lehnte diese Ideen grundsätzlich ab. Nicht unerheblich scheint hier der Einfluss seiner Gemahlin Maria aus dem Haus Wittelsbach.<sup>383</sup> Auch sein Bruder Ferdinand II. riet ihm davon ab, Zugeständnisse zu machen. Eine Zustimmung sei ein Zugrunderichten der alten, wahren katholischen Religion und ewige Nachrede sei ihm versichert. Doch die finanzielle Lage hatte sich deutlich verschlechtert und die Notwendigkeit der Grenzverteidigung unübersehbar zugenommen, so dass Karl seine starre Haltung nicht länger beibehalten konnte.<sup>384</sup>

Am Grazer Landtag 1572 beratschlagte man über die Vorkehrungen zum Schutz der Grenzen gegen die Osmanen, eine Übernahme der landesfürstlichen Schuldenlast, die Reform der Landesgerichtsordnung sowie die Getreideordnung. Neuerlich wurde die Religionsproblematik missachtet, worauf die Stände im Gegenzug zur weiteren Freigabe von Geldern eine vollständige religiöse Toleranz seitens des Landesfürsten forderten.<sup>385</sup> Sie verlangten, dass der Landesfürst niemanden ausweisen dürfe, der sich zum Luthertum

---

<sup>379</sup> Raskianer, auch Rascier oder Raizen waren aus Südserbien stammende orthodoxe Slawen, welche als Folge der osmanischen Expansion nach Norden abwanderten. Vgl. Karl-Peter Krauss, *Deutsche Auswanderer in Ungarn. Ansiedlung der Herrschaft Bóly im 18. Jahrhundert*, Stuttgart 2003, 454.

<sup>380</sup> Rothenberg, *Militärgrenze*, 34.

<sup>381</sup> Krajasic, *Militärgrenze*, 13.

<sup>382</sup> Rothenberg, *Militärgrenze*, 35.

<sup>383</sup> Arno Herzig, *Der Zwang zum wahren Glauben. Rekatholisierung vom 16. bis zum 18. Jahrhundert*, Göttingen 2000, 35f; sowie Joachim Bahlcke, *Außenpolitik, Konfession und kollektive Identitätsbildung. Kroatien und Innerösterreich im historischen Vergleich*, in: Joachim Bahlcke – Arno Strohmeyer, *Konfessionalisierung in Ostmitteleuropa. Wirkungen des religiösen Wandels im 16. und 17. Jahrhundert in Staat, Gesellschaft und Kultur*, Stuttgart 1999, 205.

<sup>384</sup> Loserth, *Reformation*, 178.

<sup>385</sup> Loserth, *Reformation*, 189f.

bekenne, und dass niemand zu diesem oder jenem Gottesdienst gezwungen werden dürfe. Dabei betonten sie, dass in einem „vom Erbfeind“<sup>386</sup> bedrohten Land alle zusammen stehen müssen.<sup>387</sup> Nach langen Beratungen und ersten Zugeständnisse durch den Erzherzog, der die aussichtslose Lage erkannte, folgten weitere Verhandlungen, da den Ständen die anfänglichen Zugeständnisse zu vage formuliert waren. Das Resultat wurde am 2. März 1572 von Karl bestätigt. „Demnach die vom Herren– und Ritterstand samt Weib, Kind, Gesinde und angehörigen Religionsverwandten, niemanden ausgeschlossen, in Religionsachen wider ihr Gewissen nicht bekümmern, beschweren oder vergewaltigen werden.“<sup>388</sup> Dies bedeutete de facto die Kultusfreiheit für die protestantischen Stände und deren Untertanen. Nun war der Weg zur Verhandlung der bereits erwähnten Punkte frei.

Als 1578 der Kaiser den Erzherzog dazu drängte, die Verwaltung der Militärgrenze vollständig zu übernehmen, sah sich dieser den hohen Kosten zur Erhaltung und Verwaltung nicht gewachsen. Karl, immer noch davon überzeugt, den Protestantismus eindämmen zu müssen, benötigte Zugeständnisse der Stände, insbesondere auch der Städte. Diese befürchteten im Gegenzug, dass die von ihnen zur Verfügung gestellten Gelder für die Gegenreformation eingesetzt werden könnten.<sup>389</sup> Am Landtag zu Bruck 1578 verhandelte man über die finanzielle Übernahme der Grenze und die Ausweitung der Grazer Religionspacifikation von 1572 auf alle Territorien von Innerösterreich.<sup>390</sup> Der Erzherzog bestätigte dies mündlich am 9. Februar 1578.<sup>391</sup> So gelang die große Religionspacifikation, eine Art Freibrief für die Protestanten Innerösterreichs; die Übernahme der Grenze durch den Erzherzog war somit möglich.<sup>392</sup> Die steirischen Abgeordneten übernahmen der Unterhaltungskosten für die slawonische Grenze in der Höhe von jährlich 274.103 Gulden. Der kroatische Abschnitt wurde von den Kärntner und Krainer Ständen in derselben Höhe finanziert.<sup>393</sup>

---

<sup>386</sup> Zur Sichtweise der „Türkengefahr“ vgl. Reinkowski, Osmanische Reich, 41f.

<sup>387</sup> Loserth, Reformation, 190f.

<sup>388</sup> Herzig, Zwang, 36; sowie Loserth, Reformation, 201f; sowie Loserth, Religionspacifikation, 59.

<sup>389</sup> Rothenberg, Militärgrenze, 46f.

<sup>390</sup> Papst Gregor XIII. kritisierte in einem Schreiben an Erzherzog Karl am 7. Mai 1578, dass selbst die Städte dieses Recht erhalten hatten und sein Rat sei, der Erzherzog solle nicht auf diesem Wege weiter gehen. Aus Antwortschreiben von Karl an den Papst geht deutlich hervor, dass Karl diese Zugeständnisse nicht als allumfassende Zusage ansah. Vgl. Loserth, Acten, 1f.

<sup>391</sup> Loserth, Religionspacifikation, 89f.

<sup>392</sup> Loserth, Reformation, 283.

<sup>393</sup> Amstadt, Militärgrenze, 58–60.

### 5.3. Die Regelungen in den Statuta Valachorum von 1630

Während des Dreißigjährigen Krieges kam die finanzielle Tragkraft der habsburgischen Länder immer stärker an ihre Grenzen. Auch hielt der Erzherzog trotz der Religionszusicherungen im letzten Drittel des 16. Jahrhunderts weiterhin an der Gegenreformation fest, was von den Ständen als klarer Verstoß gegen seine Zusagen gesehen wurde. Zwar beruhigte sich die Lage an der Militärgrenze, da die Osmanen selbst mit dynastischen Problemen zu kämpfen hatten, doch rechnete man jederzeit mit weiteren Angriffen der Osmanen.<sup>394</sup> Anders sahen dies der kroatische und ungarische Adel. Da der Druck geringer war, erachtete man die „Einmischung“ der Habsburger auf ihren Ländereien für nicht länger gerechtfertigt. Auch kamen die innerösterreichischen Länder ihren Zahlungsverpflichtungen nicht in dem Maße nach, wie zu erwarten gewesen wäre. Der lokale Adel kämpfte dagegen an, weiterhin die privilegierten Militärkolonisten zu akzeptieren, welche sich weder selbst ausreichend versorgen konnten noch ausreichend versorgt wurden. Man sah sich im Recht, die geografische Herrschaft wiederherzustellen.<sup>395</sup> In den 1620er Jahren gab es mehrere Untersuchungskommissionen, welche die Rechtmäßigkeit dieser Forderungen prüften. Das Ergebnis legte die Unterstellung der Kolonisten unter den lokalen Adel nahe, jedoch eine Abgabenbefreiung gegenüber den Grundherren. Alle weiteren Verpflichtungen von Untertänigen hätten sie jedoch nachzukommen und sollten somit auch dem Banus unterstellt werden. Um dieses Ergebnis in die Tat umzusetzen, erließ der kroatische Sabor 1629 ein Walachengesetz.<sup>396</sup> Kaiser Ferdinand II. stimmte in seiner Funktion als König von Kroatien diesem Gesetz jedoch nicht zu, sondern erließ am 5. Oktober 1630 ein eigenes Grundgesetz mit Gültigkeit für die Militärkolonisten. Die Statuta Valachorum sollten sowohl die Versuche des lokalen Adels beenden, als auch die Wehrhaftigkeit des Grenzsystems für die Zukunft sichern.<sup>397</sup>

Den Grenzsiedlern wurde durch die Statuta Valachorum die politische Selbstverwaltung zugestanden. Ähnlich den Privilegien für die Uskoken von Sichelburg sollten die Kolonisten ihre eigenen Oberen wählen, welche bis auf wenige Ausnahmen für ihre Verwaltung zuständig waren. Es wurde ihnen ihre gewohnte Lebensart in Hausgemeinschaften unter einem „Gospoda“ zugesichert.<sup>398</sup> Auch bekamen sie Land zugesprochen, das sie ohne Abgabepflicht bestellten. Die freie Religionsausübung hatte für

---

<sup>394</sup> Rothenberg, Militärgrenze, 59.

<sup>395</sup> Rothenberg, Militärgrenze, 62f.

<sup>396</sup> Kaser, Bauer, 134f.

<sup>397</sup> Krajasich, Militärgrenze, 22f.

<sup>398</sup> Krajasich, Militärgrenze, 140f.

sie ebenso Gültigkeit. Im Gegenzug mussten sie einen Eid auf den Kaiser ablegen und der ständigen und unbesoldeten Militärdienstpflicht zustimmen.<sup>399</sup> Im Falle des Einsatzes in anderen Ländern mussten sie eine bestimmte Zeit<sup>400</sup> unbesoldeten Dienst leisten und wurden erst bei darüber hinausgehenden Dienstzeiten besoldet. Die Statuta enthielten somit Regelungen zum Grundeigentum, zum Militärdienst, zur Versorgung sowie zur Gerichtsbarkeit. Darüber hinaus mussten die selbst gewählten Knezen genaue Listen über die wehrfähige, männliche Bevölkerung führen und dafür sorgen, dass im Einberufungsfall alle ihrer Dienstpflicht nachkamen.<sup>401</sup>

Die großen, von habsburgischer Seite eventuell nicht ungewollten, Schwachpunkte der Statuta Valachorum waren das Fehlen eines definierten Geltungsbereiches und genaue Regelungen zur Einflussnahme des lokalen Adels. Somit forderten alle im Grenzgebiet siedelnden Militärkolonisten die Rechtsgültigkeit für sich ein. Der lokale Adel hingegen weigerte sich dies anzunehmen und sah die Gültigkeit nur für bestimmte Gruppen gegeben. Er forderte, dass nur die bereits dort siedelnden Walachen unter die Statuta fielen und die gewöhnlichen Untertanen, trotz der starken Vermischung dieser beiden Gruppen, sowie auch neu Hinzukommende nicht. Nachdem es zu keiner Einigung kam und der Adel den Statuta die Rechtsgültigkeit aberkannte, beschloss man eine genaue Überprüfung der Grenzbevölkerung.<sup>402</sup> 1635 unternahm eine Kommission den ersten Versuch einer Gliederung nach Walachen, Privatwalachen<sup>403</sup>, Slawoniern und Predavcen<sup>404</sup>. Ein tatsächliches Ergebnis konnte aber trotz mehrerer Versuche nicht erzielt werden, weswegen ungeachtet weiterer Streitigkeiten alle Grenzbewohner unter die Statuta fielen.<sup>405</sup> Um in den Genuss dieser Rechte zu kommen, deklarierten sich auch einige nicht Walachen als solche.<sup>406</sup>

Somit gelang, nach Vorbild bereits zuvor einzelnen Gruppen verliehenen Privilegien, die Bildung einer ersten Verfassung für die Grenzbevölkerung. Auch wurde damit erreicht, dass die Grenzsiedler direkt unter das Kommando des Kaisers und seiner Beamten gestellt und die Ansprüche der lokalen Adeligen in Grenzbereich stark beschränkt wurden. Eine

---

<sup>399</sup> Krajacich, Militärgrenze, 23f.

<sup>400</sup> Jenseits der Grenze gegen die Osmanen waren 14 unbesoldete Dienstage, in anderen Ländern außerhalb ihrer Heimat nur acht unbesoldete Dienstage vorgesehen. Vgl. Kaser, Bauer, 149f.

<sup>401</sup> Kaser, Bauer, 149f.

<sup>402</sup> Rotherberg, Militärgrenze, 67f.

<sup>403</sup> Von Grundherren selbst dort angesiedelten Walachen bezeichnet Kaser als Privatwalachen. Vgl. Kaser, Bauer, 136.

<sup>404</sup> Predavcen waren Kmeten, welche ihre Grundherrschaft verlassen hatten. Vgl. Kaser, Bauer, 137.

<sup>405</sup> Kaser, Bauer, 138.

<sup>406</sup> Holm Sundhaussen, Nationsbildung und Nationalismus im Donau-Balkan-Raum, in: Forschungen zur osteuropäischen Geschichte, 48, Berlin 1993, 237.

territoriale Abgrenzung konnte durch weitere Erlässe zur Statuta geschaffen werden und gab diesem Grenzland den Charakter einer habsburgischen Kolonie.<sup>407</sup>

#### 5.4. Privilegien von Kaiser Leopold 1690, gegeben den christlichen Völkern

Gegen Ende des 17. Jahrhundert, im Zuge der erfolgreichen Eroberungen im so genannten großen Türkenkrieg (1683–1699), verstärkten sich die Migrationsbewegungen erneut. Zahlreiche Bevölkerungsgruppen flohen aus den noch nicht „befreiten“ Gebieten in nun habsburgisches. Dabei handelte es sich unter anderem um Teile der Bevölkerung des heutigen Kosovos, des Morava–Vardar–Beckens, der Ibar–Region sowie Ostserbiens.<sup>408</sup> Diese Migrationsbewegung nahm nach osmanischen Verlusten in Serbien an Intensität deutlich zu.<sup>409</sup> Großwesir Mustafa Köprülü gelang eine rasche Gegenoffensive, wodurch die christlichen Truppen in die Defensive gezwungen wurden und Belgrad 1690 erneut in osmanische Hand fiel. Die nun einsetzende Ausweichbewegung der orthodoxen Bevölkerung, unter der Führung des Patriarchen Arsenije III. Crnojević<sup>410</sup>, ging in die serbische Geschichte als „große Wanderung“ ein.<sup>411</sup> Entgegen der früheren Geschichtsauffassung gesteht man heute der Flucht des Patriarchen eher Symbolcharakter zu, welcher in den Folgemonaten zahlreiche serbische Familien nachkamen. Dieser ließ sich in Südungarn nieder, wo sich rasch eine orthodoxe Gemeinde um ihn bildete.<sup>412</sup> Wie groß die genaue Anzahl an geflohenen Orthodoxen war, wird in der Literatur höchst unterschiedlich ausgeführt.<sup>413</sup> Einig ist man sich jedoch über das gigantische Ausmaß und den daraus folgenden Konflikten in Südungarn. Kaiser Leopold I. hatte bereit zuvor durch ein Sendeschreiben 6. April 1690 an alle christlichen Völker am Balkan diesen gewisse Privilegien in Aussicht gestellt, um einen Volksaufstand in den osmanischen Gebieten auszulösen; diese umfassten Religionsfreiheit und in gewisser Weise eine Selbstverwaltung sowie Steuerfreiheit.<sup>414</sup> Die Migrationsbewegung gegen Ende des 17. Jahrhundert muss daher auch unter dem Aspekt, dass die Flüchtlinge nicht nur vor den Repressalien der Osmanen flohen, sondern sich auch

---

<sup>407</sup> Rothenberg, Militärgrenze, 65f; Rothenberg, Militärgrenze, 73f.

<sup>408</sup> Holm Sundhaussen, Geschichte Serbiens. 19.–21. Jahrhundert, Wien/Köln/Weimar 2007, 49.

<sup>409</sup> Amstadt, Militärgrenze, 128f.

<sup>410</sup> Arsenije III. Crnojević (Arsenije III. Čarnojević), 1633–1706, Erzbischof von Peć und Patriarch von Serbien von 1674–1691, Metropolit von Szentendre (Senandrija, Sankt Andra) ab 1691.

<sup>411</sup> Sundhaussen, Serbiens, 50.

<sup>412</sup> Dunja Melčić, Der Jugoslawienkrieg. Handbuch zu Vorgeschichte, Verlauf und Konsequenzen, Wiesbaden 2007, 90.

<sup>413</sup> Rothenberg spricht von 30.000 Familien. Vgl. Rothenberg, Militärgrenze, 79. Amstadt führt ebenso diese Zahl an. Vgl. Amstadt, Militärgrenze, 128. Melčić führt, je nach Quelle, 30.000 bis 80.000 Personen, an. Vgl. Melčić, Jugoslawienkrieg, 90. Sundhaussen führt 40.000 Personen bzw. 37.000 Familien an. Vgl. Sundhaussen, Serbiens, 50.

<sup>414</sup> Rothenberg, Militärgrenze, 79.



die zugesicherten Privilegien im Hinterland der Militärgrenze erhofften, gesehen werden.<sup>415</sup> Am 21. August 1690 wurden den orthodoxen Serben um den Patriarchen Arsenije III. Crnojevič im Leopoldinischen Diplom die Glaubensfreiheit, eine eigene Kirchenorganisation sowie die Wahl ihrer eigenen Woiwoden und somit eine gewisse Selbstverwaltung, zugestanden.<sup>416</sup> Diese erheblichen Zugeständnisse lösten große Konflikte mit dem ungarischen Adel aus, welche in der Mitte des 17. Jahrhunderts zu einer Weiterwanderung dieser ethnischen Gruppen führte.<sup>417</sup>

---

<sup>415</sup> Bracewell, *Uskoks*, 37f.

<sup>416</sup> Edgar Hösch, *Geschichte der Balkanländer. Von der Frühzeit bis zur Gegenwart*, München 2008, 390.

<sup>417</sup> Wessely, *Militärgrenze*, 15.

## 6. Die Wirtschaftsstruktur der Militärgrenze

Betrachten man das Wirtschaftssystem im Bereich der Militärgrenze und deren Hinterland, so stellt man eine stark agrarisch geprägte Struktur fest. Der Großteil des Landes gehört einer gut situierten Adelsschicht, weitere Teile der Güter waren in Händen der Kirche und des Landesherren.<sup>418</sup> Das Feudalsystem sah den Adel als Inhaber der wirtschaftlichen sowie politischen Macht, der für den Schutz seiner Untertanen zu sorgen hatte. Im selben Zug war der Adel abhängig von seinen Leibeigenen, welche seine wirtschaftliche Grundlage als Produzent im Agrarsektor darstellten und zugleich den Großteil an Steuerleistungen erbrachten. Auch bildeten sie zur Abwehr von Gefahren die militärische Grundlage. Generell wurde die Steuerleistung in diesem Feudalsystem von den städtischen Bürgern und Bauern erbracht, weil es dem Adel und dem Klerus bis in die Zeit der Aufklärung gelang, sich der Steuerpflicht weitestgehend zu entziehen.<sup>419</sup> Dieses empfindliche Machtgefüge war vom Glauben an die Obrigkeit genauso abhängig, wie diese von der Leistungsbereitschaft der Untertanen. Diese Labilität war dem Adelige durchaus bewusst und dieser fürchtete jegliche Störung.<sup>420</sup> Das 16. und 17. Jahrhundert zeigten sich wirtschaftlich als Zeit des deutlich gesteigerten Luxusbedarfes des Adels, geweckt durch das neu entstandene Angebot an Luxusprodukten. Daher ist diese Periode geprägt vom Versuch des Adels, den Ertrag seiner Untertanen ständig zu steigern, begleitet von der Tendenz, die Untertanen weiter einzuschränken und stärker unter die adelige Führung zu drängen. Diese ökonomische wie politische Entwicklung führte zu einer deutlichen Verschlechterung der wirtschaftlichen Situation breiter Schichten. Zu den Maßnahmen des Adels zählten vor allem die Steigerung der Abgabenleistungen und der Wandel von Geld- zu Naturalrenten, da diese im Gegensatz zu den fallenden Gelderträgen im Wechselspiel der stark schwankenden Naturalerträge eine deutliche Steigerung der Gewinne bewirkte.<sup>421</sup> Erkennbar ist ebenso die Tendenz, neue Betätigungsfelder zu nutzen, um die Gewinne steigern zu können. Wie gezeigt werden wird, bot die Militärgrenze eine breitgefächerte Auswahl an Gewinnmöglichkeiten, wodurch ihr Bestehen für den – zumindest innerösterreichischen – Adel durchwegs von großem wirtschaftlichen Interesse war.

Die freien Wehrbauern bedrohten dabei durch ihre politische Sonderstellung die Integrität dieser Feudalstruktur, ermöglichten allerdings kostengünstig die Bildung einer Streitmacht und die Sicherung der Grenzregion bis zu einem gewissen Grad. Dies war

---

<sup>418</sup> Schulze, Bauernaufstand, 29.

<sup>419</sup> Valentinitich, Türkennot, 330.

<sup>420</sup> Schulze, Bauernaufstand, 58.

entscheidend für die Friedenssicherung des Hinterlandes und für die Gewährleistung eines intakten Wirtschaftssystems.<sup>422</sup> Beachtet muss allerdings werden, dass es ein gemeinsames Interesse des Adels nicht gab. Einzelne Gruppen profitierten allerdings von unterschiedlichen Entwicklungen. Für den kroatischen Adel war nur die Grenzsicherung ein Gewinn, die territoriale Entmachtung sowie die Bedrohung des Feudalsystems waren negative Begleiterscheinungen. Teile des innerösterreichischen Adels profitierten in großen Umfang von den wirtschaftlichen Möglichkeiten und waren an der Erhaltung der Grenze interessiert.

Gegen Ende des 17. Jh., nach der erfolglosen Belagerung Wiens durch die Osmanen, gelang es den christlichen Armeen, in die Offensive zu gehen und große Teile der osmanischen Gebiete in Südosteuropa<sup>423</sup> einzunehmen. Die Aufzeichnungen der Hofkammer in Wien aus dem Jahre 1689 enthalten eine detaillierte Auflistung der Kosten zur Aufstellung einer Armee mit einer Stärke von 56.000 Mann. Dadurch erhält man eine gute Vorstellung vom finanziellen Aufwand für eine offensive Kriegsführung. Der Finanz- und Verpflegungsbedarf dieser 56.000 Söldner wurde auf die Dauer von sechs Monaten berechnet und ergab in Summe 931.360 Gulden. Das bedeutete einen monatlichen Bedarf von 155.227 Gulden zur Erhaltung der gesamten Streitmacht. Die Akten listen einen Mehlverbrauch von 1420 Zentnern täglich auf.<sup>424</sup> Abgesehen vom finanziellen Aufwand für die Stände bedeutete ein zusätzlicher Bedarf von 260.000 Zentner Mehl eine starke Zusatzbelastung für die Märkte. Die Preise wurden dadurch in einzelnen Jahren, unabhängig von den bereits starken Preisschwankungen aufgrund klimatisch bedingter Missernten, stark nach oben getrieben. Diese Preisbewegungen verschärften, aufgrund der unelastischen Nachfrage nach Grundnahrungsmitteln, dementsprechend die Lage der notleidenden Bevölkerungsschichten erheblich. Dabei finden sich ausreichend Belege für die Nervosität der Händler. Sobald diese von geplanten Kampfhandlungen erfuhren, wirkte sich dies umgehend auf deren Preisgestaltung aus, wodurch der Spekulation durch Rückhaltung von Getreide Tür und Tor geöffnet wurde.<sup>425</sup>

---

<sup>421</sup> Schulze, Bauernaufstand, 30f.

<sup>422</sup> Moaçanin, Problem, 306f.

<sup>423</sup> Ungarn, Siebenbürgen, Kroatien, der Peloponnes (Morea), Teile von Bosnien und Herzegowina, Teile der heutigen Ukraine (Podolien). Vgl. DTV-Atlas, Weltgeschichte, 264f.

<sup>424</sup> Dabei weist Ingomar Bog darauf hin, dass der finanzielle Bedarf 1689 noch eher gering ausfiel und führt als Beispiel das Jahr 1677 an, in dem über vier Millionen Gulden für eine Offensivstreitmacht aufgebracht werden mussten. Vgl. Ingomar Bog, Türkenkrieg und Agrarwirtschaft. Einführung in die Probleme der Heeresversorgung und Kriegsfinanzierung, vor allem in Österreich unter der Enns und seinen Grenzlandschaften, im 16. und 17. Jahrhundert, in: Othmar Pickl (Hg.), die wirtschaftlichen Auswirkungen der Türkenkriege. Die Vorträge des 1. Internationalen Grazer Symposiums zur Wirtschafts- und Sozialgeschichte Südosteuropas (5. bis 10. Oktober 1970), Graz 1971, 16–18.

<sup>425</sup> Bog, Türkenkrieg, 19–22.

## 6.1. Die Agrarstruktur

Betrachtet man die Bevölkerung im Gebiet der Militärgrenze aus rein wirtschaftlicher Sicht, so ergibt sich ein sehr homogenes, fast ausschließlich agrarisch geprägtes Bild.<sup>426</sup> Die wenigen Städte entstanden meist aus militärischen Gesichtspunkten, bzw. konnten sich bereits bestehende nur aus diesen Gründen halten. Auch sind die ökonomischen Unterschiede zwischen den immigrierten Grenzsiedlern vernachlässigbar, da ihnen jeweils ein Grundstück, abhängig vom Umfang ihres Familienverbandes, zugeteilt wurde. Dadurch hatte niemand dieser freien Bauernschaft, abgesehen von ihren Woiwoden und Knesen, größere Grundstücke und dadurch ein umfangreicheres Einkommen.<sup>427</sup> Grundsätzlich erfolgte die Grundstücksvergabe anfänglich nur auf dem Grund und Boden des Landesfürsten.<sup>428</sup> Eine Ansiedelung auf dem Eigentum des lokalen Adels war von diesem auf Dauer weder gewünscht, noch war der Landesherr befähigt eine solche defacto „Enteignung“ des lokalen Adels durchzuführen. Zunächst vertrat man die Ansicht, der Krieg gegen die Osmanen werde in wenigen Jahren beendet sein und ging daher von einer kurzfristigen Ansiedlung aus. Als jedoch immer größere Verbände über die Grenze flüchteten und der Konflikt den Zustand einer dauerhaften Krise annahm, war der Landesherr gezwungen, neue Güter käuflich zu erwerben oder einzutauschen. Da auch diese Maßnahmen auf Dauer nicht ausreichten, wurden die Walachen zusehends auf Gütern der Kirche, aber auch auf Grundstücken der Adligen, mit anfänglicher Zustimmung dieser, angesiedelt.<sup>429</sup> Die Ausdehnung der zur Verfügung stehenden Landfläche konnte trotz der massiven Landflucht der ursprünglichen Bevölkerung nicht in ausreichendem Ausmaß erfolgen. Die logische Konsequenz war eine Verkleinerung der Grundstückgrößen pro Familienverband, da die Innerösterreichische Militärverwaltung nicht bereit war, auf die militärische Bereicherung zu verzichten. Auch wollte man auf die vielen Siedler gar nicht verzichten, da man davon ausging nach der erfolgreichen Rückeroberung die Walachen für die Besiedelung ihrer ursprünglichen Heimat zu benötigen. Karl Kaser nennt eine Grundstücksausdehnung von gerade einmal etwa 75 Prozent bis Ende des 17. Jahrhunderts, demgegenüber eine Bevölkerungszunahme von annähernd 500 Prozent stand.<sup>430</sup> Durch die Privilegienverleihung wurde der starke Zuzug noch gefördert, wurden der einheimischen bäuerlichen Bevölkerung vergleichbare Rechte erst 1848, also etwa 300 Jahre später, zugänglich. Die dadurch entstehende Überbevölkerung führte neben den politischen Spannungen auch zu umfangreichen ökonomischen Problemen. Wie gezeigt werden wird,

---

<sup>426</sup> Kaser, Bauer, 438.

<sup>427</sup> Kaser, Bauer, 97f.

<sup>428</sup> Moaçanin, Grundbesitzes, 299.

<sup>429</sup> Moaçanin, Grundbesitzes, 304.

wurden diese von der Militärverwaltung nicht ausreichend wahrgenommen, teilweise wissentlich in Kauf genommen. Daher brachte die unreflektierte Privilegienverleihung an alle zum kostenfreien Militärdienst gewillten Einwanderer die Ausschaltung der natürlichen Regulation der Bevölkerungsdichte. Von osmanischer Seite in das Gebiet der habsburgischen Militärgrenze umzusiedeln brachte einen durchaus anstrebenswerten Status mit sich. Aus diesem Gebiet jedoch zu emigrieren hätte den sofortigen Verlust dieser Rechte und damit einhergehend die sofortige Leibeigenschaft bedeutet.<sup>431</sup>

Die schlechte ökonomische Situation der Grenzbevölkerung kann jedoch nicht ausschließlich mit dem anhaltenden militärischen Druck durch die osmanischen Einfälle erklärt werden. Wie bereits erwähnt, bewirkte die geringe Größe der zugewiesenen Grundstücke enorme wirtschaftliche Schwierigkeiten. Ein weiterer Faktor waren die klimatischen Bedingungen im Grenzgebiet, insbesondere im kroatischen Abschnitt. Einerseits ließ das Klima kaum Getreideanbau zu, andererseits beeinträchtigte auch die Bodenbeschaffenheit den Ackerbau im großen Umfang.<sup>432</sup> Gebirgige Abschnitte wechselten sich mit kargen, trockenen Ebenen ab. Auch ergaben sich kaum zusammenhängende Kulturflächen, wodurch eine Vielzahl kleinerer Felder angelegt werden musste. Diese Bedingungen stellen für den Getreideanbau die denkbar ungünstigsten dar.<sup>433</sup> Weiters erkennt man eine starke Konzentration der Grenzer auf den Viehhandel. Hierfür finden sich verschiedene Erklärungsversuche in der Literatur. Wird mit dem ursprünglichen Hirtenleben der Walachen am Balkan argumentiert<sup>434</sup>, finden sich auch Erklärungen, die Grenzer hätten versucht, sich dadurch von den untertänigen Bauern stärker abzuheben, um so der drohenden Leibeigenschaft zu entgehen<sup>435</sup>, oder die Zuwendung zur Viehwirtschaft, da der versuchte Ackerbau aufgrund der genannten Umstände und dem nur begrenzt vorhanden Wissen der Grenzer nicht fruchtete.<sup>436</sup> Die Konzentration auf die Viehwirtschaft erfolgte dabei vermutlich nicht nur aus einem der oben angeführten Umstände, sondern als multikausales Wechselspiel aller angeführten Argumente.

Die mangelnde Bereitschaft der kroatischen–slawonischen Grundherren mit den freien Grenzbauern zusammenzuarbeiten, verschärfte die Probleme bei der Selbstversorgung der Militärgrenze zusätzlich. Jene untersagten ihren Leibeigenen, Lebensmittel direkt an die

---

<sup>430</sup> Kaser, Bauer, 88.

<sup>431</sup> Kaser, Bauer, 97.

<sup>432</sup> Valentinitich, Proviantswesen, 521.

<sup>433</sup> Kaser, Bauer, 86.

<sup>434</sup> Wakounig, Uskokien, 198.

<sup>435</sup> Valentinitich, Proviantswesen, 522.

<sup>436</sup> Kaser, Bauer, 92.

Grenzer zu veräußern<sup>437</sup> und verkauften selbst nur zu weit über dem Markt liegenden Preisen. Dies führte zu außerordentlichen Versorgungsproblemen und schmälerte die Kampfkraft der Truppen. Trotz des eigenen Interesses an der Verteidigung, sah der lokale Adel bis zuletzt keinen Grund, sein Verhalten zu ändern.<sup>438</sup>

## 6.2. Die Lebensmittelversorgung durch die Stände Innerösterreichs

Die Schwierigkeiten mit der Selbstversorgung an der Militärgrenze führten dazu, dass die innerösterreichische Verwaltung die Versorgung der Grenzbewohner mit Lebensmittellieferungen selbst übernahm. Bereits vereinzelt ab den ersten Jahrzehnten, dauerhaft aber erst in der zweiten Hälfte des 16. Jahrhunderts, kam es zu Lebensmittellieferungen. Das Proviantwesen wurde nach der Aufteilung der Grenze in zwei Abschnitte 1578 eingerichtet. Der steirische Proviantmeister, zuständig für die Steiermark sowie für die slawonische Grenze, unterstand direkt den steirischen Ständen. Sein Kärntner und Krainer Pendant, zuständig für den kroatischen Grenzabschnitt, unterstand direkt dem Hofkriegsrat in Graz. Das Proviantwesen wurde so eingerichtet, dass mehrere Provianthäuser in den Grenzfestungen und größere Magazine in den im Hinterland gelegenen Städten eingerichtet wurden.<sup>439</sup> Dabei wurde versucht, den Lagerstand hoch zu halten, um im Kriegsfall die Versorgung der Truppen sicherstellen zu können. Eine gute Quelle über die Versorgung stellen die Ausgabenbücher der beiden Proviantmeister dar; besonders für das 17. Jahrhundert sind diese gut erhalten, so dass ein brauchbarer Überblick möglich ist.

Gegen Ende des 16. Jahrhunderts vollzog sich ein grundlegender Wandel bei den Lieferanten von Getreide für die Grenze. Wurden bis dahin unterschiedliche Lieferanten aus dem steirischen Raum aufgelistet, so kam es im Zuge des Dreißigjährigen Krieges zu Lieferungen aus dem gesamten innerösterreichischen Gebiet. Die Lieferungen für die Militärgrenze wurden allerdings fast exklusiv von Produzenten im Süden- und Südosten der Steiermark geleistet. Die Ursachen hierfür liegen im Wandel von der Rentenwirtschaft hin zur Gutswirtschaft. Dieser vollzog sich, da die Grundherren erkannten, dass mit dem Zwang zur Abgabe von festen Liefermengen zu vorab festgesetzten Preisen und somit mit einem gesteigerten Druck auf die Untertanen, im Gegensatz zur reinen Rente ein höherer Ertrag für sie möglich war.<sup>440</sup>

---

<sup>437</sup> Voje, Türkeneinfälle, 161.

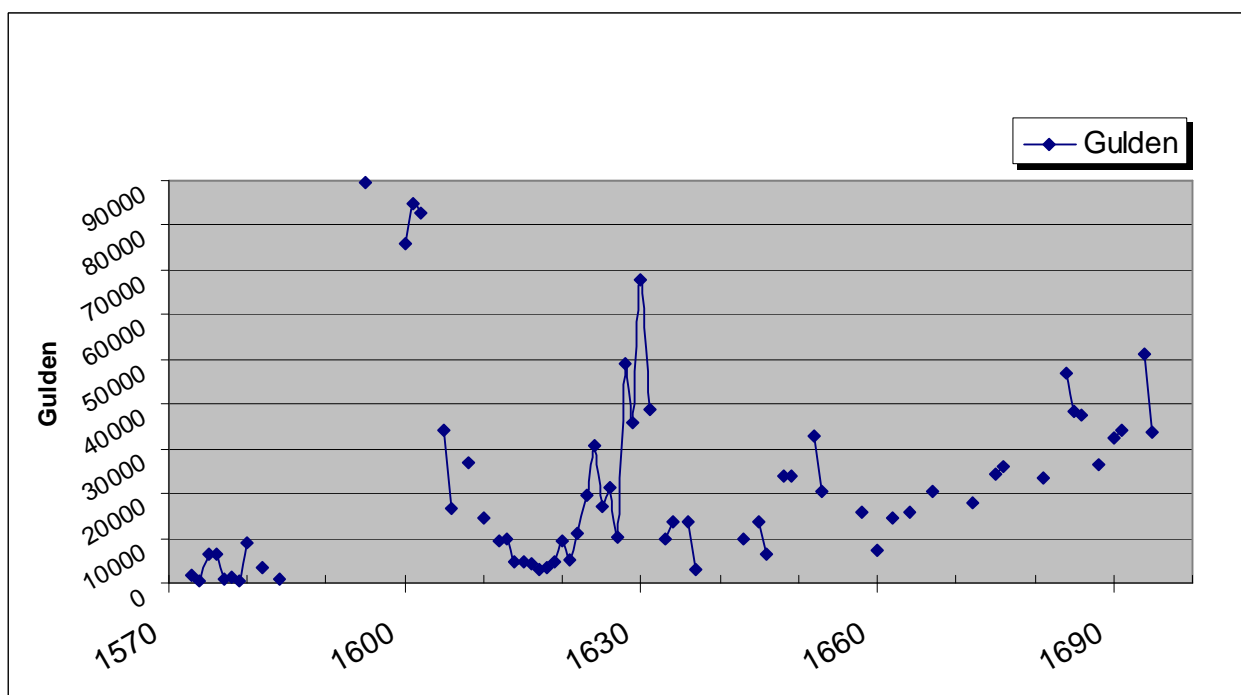
<sup>438</sup> Valentinitich, Proviantwesen, 522.

<sup>439</sup> Ebda.

<sup>440</sup> Valentinitich, Proviantwesen, 522f.

Wie die nachfolgende Übersicht zeigt, schwankten die Ausgaben für die Proviantlieferungen stark. Einerseits waren die Aufwendungen abhängig von der jeweiligen militärischen Lage an der Grenze.<sup>441</sup> Wie bereits erläutert, wechselten sich eher ruhige Phasen mit solchen ständiger Unruhe bzw. großer Kriegszüge ständig ab. Andererseits gab es auch deutliche Schwankungen in den jeweiligen Ernteerträgen, welche stark den Getreidepreis beeinflussten.<sup>442</sup> Betrachten man das 16. und 17. Jahrhundert generell, so erkennt man im Schnitt alle vier bis sechs Jahre Missernten<sup>443</sup> und daher drastische Preissteigerungen.<sup>444</sup> Diese wirkten sich unmittelbar auf die Bevölkerungsentwicklung aus, wodurch wiederum die Nachfrage und somit die Lebensmittelpreise beeinflusst wurden.<sup>445</sup> Der Bedarf an der Grenze steigerte sich durch den starken Zuzug stetig, dem aber das Interesse der Stände an einer Kostensenkung mit dem Andauern des Konfliktes entgegen stand.

Abbildung 2: Ausgaben des steirischen Proviantmeisters für das Grenzland 1570-1700.<sup>446</sup>



<sup>441</sup> Im Falle eines offenen Kriegs mussten die zusätzlich benötigten Söldner ebenfalls von den Proviantmeistern versorgt werden, wodurch sich die Zahlungen deutlich steigerten. Vgl. Valentinitich, Proviantwesen, 523.

<sup>442</sup> Valentinitich, Proviantwesen, 525.

<sup>443</sup> Hartmut Boockmann, Einführung in die Geschichte des Mittelalters, München 2007, 56.

<sup>444</sup> Hinzu kommt hier noch im 17. Jahrhundert in den habsburgischen Gebieten ein langsamer Preisverfall bei Agrarprodukten bedingt durch die sinkenden Erträge der habsburgischen Bergwerke, wodurch die abgenommene Menge an Agrarprodukten stark zurückging. Vgl. Lajos Rúzsás, Die Entwicklung der Marktflecken Transdanubiens unter der Türkenherrschaft im 17. Jahrhundert. In: Othmar Pickl (Hg.), Die wirtschaftlichen Auswirkungen der Türkenkriege. Grazer Forschungen zur Wirtschafts- und Sozialgeschichte, Bd. 1, Graz, 1971, 232.

<sup>445</sup> Wilhelm Abel, Agrarkrisen und Agrarkonjunktur, Hamburg/Berlin, 1966, 97–181.

<sup>446</sup> Datenquelle: Valentinitich, Proviantwesen, 521-533.

Diese Preisschwankungen führten dazu, dass Personen im Besitz von Getreide und entsprechenden Lagermöglichkeiten begannen, mit steigenden Preisen zu spekulieren. Durch die künstliche Verknappung wurden die Preise in die Höhe getrieben, wodurch sich auch für die Proviantmeister immense Probleme ergaben. Zu manchen Zeiten konnten sie wegen Getreidemangel die benötigten Mengen nicht einkaufen, dann wiederum mussten sie aufgrund der hohen Preise deutlich höhere Finanzmittel aufbringen, um nur das Nötigste zu kaufen und häufig deswegen auch Schulden aufnehmen. Zu Zeiten geringerer Preise gelang es ihnen deshalb nicht, Rücklagen aufzubauen, da die Zinsen ihr gesamtes Kapital aufbrauchten. Daraus ergab sich auch, dass für kommende Kriege nicht rechtzeitig und ausreichend vorgesorgt werden konnte und dadurch die Kriegskosten weiter in die Höhe getrieben wurden.<sup>447</sup>

Die Walachen an der Grenze waren im Gegenzug für ihre Privilegien dazu verpflichtet, unbesoldeten Militärdienst zu leisten. Dies jedoch nicht nur im Falle von Angriffen, sondern auch in Form von Wachdiensten.<sup>448</sup> Darüber hinaus waren sie auch verpflichtet, sich jährlich für ein bis zwei Monate am Festungsbau bzw. bei dessen Instandhaltungsarbeiten zu beteiligen. Aufgrund der wirtschaftlich schwierigen Lebensumstände war es notwendig, die im Dienst Stehenden zumindest zeitweise zu besolden.<sup>449</sup> Einen Einblick in die schwierige Lage der Grenzer gewähren die Soldzahlungen anhand des Baues der Festung in Sisak (Sissek, Sziszek).<sup>450</sup> Durch die steigende osmanische Bedrohung war es notwendig geworden 1544 in Sisak eine Festung zur Sicherung der schiffbaren Save zu errichten. Nimmt man als Referenz den monatlichen Lohn der 19 dort tätigen Maurer, so ergeben sich für die italienischen Maurer 4,50 Gulden monatlich, für die kroatischen Maurer waren es 4 Gulden und für den Bauleiter selbst wurden monatlich 8 Gulden bezahlt. Dem gegenüber steht die jährliche Zahlung in der Höhe von 7 Gulden für die Entlohnung des Wachdienstes, woraus sich monatlich ein Sold von nur 0,58 Gulden ergibt.<sup>451</sup> Dank der Aufzeichnungen des Kanonikus Emerich, der regelmäßig für sein Domkapitel in Zagreb, dem Finanzier der Festung, nach Sisak reiste, sind die Kosten für einen Laib Brot sowie für jeweils eine Portion Fisch oder Rindfleisch in der Grenzregion erhalten. Demnach kostete 1544 ein Laib Brot 0,013 Gulden, eine Fisch Mahlzeit 0,026 Gulden und eine Portion Rindfleisch 0,06 Gulden. Daraus ergibt sich, dass sich der Wachdienstsoldat aus seiner Arbeit

---

<sup>447</sup> Bog, Türkenkrieg, 24f.

<sup>448</sup> Kaser, Militärgrenze, 254.

<sup>449</sup> Kaser, Bauer, 95.

<sup>450</sup> Ferdinand Hauptmann liefert einen sehr aufschlussreichen Artikel zur Entlohnung der Maurer und der ständigen Besatzung der Festung in Relation zu den Kosten für Lebensmittel. Das Bild des Hunger leidenden Grenzers lässt sich daran unmissverständlich erkennen. Vgl. Hauptmann, Verköstigung, 509–514.

<sup>451</sup> Hauptmann, Verköstigung, 510f.



beim Festungsbau monatlich etwa 44 Laib Brot kaufen konnte. Ferdinand Hauptmann errechnete, dass sich bei diesem Gehalt 15 Mahlzeiten bestehend aus 15 Portionen Fisch und 15 Laib Brot ausgingen.<sup>452</sup> Ein deutlicher Beleg für das in den zeitgenössischen Berichten überlieferte Bild der Hunger leidenden Grenzbevölkerung. Um sich täglich mit einem Laib Brot zu versorgen, mussten bereits 68 Prozent des Monatslohnes aufgewendet werden. Im Gegensatz könnte ein kroatischer Maurer mit einem Monatslohn von vier Gulden täglich zwei Laib Brot, eine Portion Rindfleisch sowie eine Portion Fisch verspeisen, trotzdem blieb ihm am Ende des Monats ziemlich genau das Monatsgehalt eines Wachsoldaten übrig.

### 6.3. Nebenerwerb als Existenzsicherung

Die wirtschaftlich prekäre Situation, ausgelöst durch den mangelhaften Ertrag der Agrarwirtschaft und die geringe Soldhöhe, führte zu umfangreichen Nebentätigkeiten der Grenzer. Die Verlagerung auf die Viehwirtschaft wurde bereits angesprochen, die Raubtätigkeit jenseits der Grenze stellte ebenso eine Einkommensquelle der Uskoken dar. Weil die Lebensgrundlage aber auch damit nicht ausreichend gesichert werden konnte, nutzte man weitere errungene Privilegien, um zu einem Zusatzeinkommen zu gelangen. 1544 wurden den Uskoken im Bezirk Sichelburg die maut- und abgabenfreie Einfuhr von Meersalz für den Eigenbedarf zugesprochen. Diese nutzten den Umstand, dass zu der Zeit die Menge des importierten Salzes nicht kontrolliert wurde. Dadurch konnten sie weit über ihren eigenen Bedarf günstig Salz importieren und hatten beim Weiterverkauf deutliche Preisvorteile gegenüber den anderen Händlern. Dadurch entwickelte sich der Salzschnuggel für einige zu einem interessanten Betätigungsfeld mit guten Einkommensmöglichkeiten.<sup>453</sup> Karl Kaser beschreibt den typischen Handelskreislauf der Sichelburger Uskoken etwa folgendermaßen: In Senj kaufte der Uskoke zwei bis vier Kübel Salz, von dort aus ging es über Krain in das kroatische Zagorje<sup>454</sup>, wo das Salz gegen Schmalz getauscht wurde. Dieses wurde in weiterer Folge gegen Getreide getauscht, wovon ein Teil für den Eigenbedarf benötigt und der Rest verkauft wurde, um an Geldmittel für den neuerlichen Salzkauf in Senj zu kommen.<sup>455</sup> Leider fehlen vollkommen Angaben vom Verkaufserlös oder Mengenabgaben. Fest steht, dass, einmal vorab Geld investiert für den ersten Salzkauf, man pro Tour eine gewisse Menge an Getreide für den Eigenbedarf abschöpfen konnte. Eine nicht zu unterschätzende Einnahmequelle, um das Überleben zu gewährleisten. Aufgrund des Preisvorteils drängte man

---

<sup>452</sup> Hauptmann, Verköstigung, 512f.

<sup>453</sup> Kaser, Bauer, 93.

<sup>454</sup> Hrvatsko Zagorje ist eine Bezeichnung für das kroatische Hochland.

<sup>455</sup> Kaser, Bauer, 93f.

andere Händler vom Markt, die gegen die privilegierten Uskoken wenig unternehmen konnten. Etwa 100 Jahre nach der Erteilung der Privilegien wurde 1543 die Menge des zollfreien Salzes auf 1500 Star<sup>456</sup> beschränkt, 1567 sogar auf die Hälfte dieser Summe und 1660 enthoben die Krainer Stände die Sichelburger Uskoken vollständig von der Abgabefreiheit. Dank ihrer königlichen Privilegien musste diese Maßnahme zurückgenommen werden und der Salzschnuggel blieb als Zusatzeinkommensquelle bis in das 18. Jahrhundert bestehen.<sup>457</sup>

#### 6.4. Missbrauch und Korruption

Die Notwendigkeit dieser Nebeneinkünfte ist trotz der Unterstützungslieferungen durch die innerösterreichischen Stände nachvollziehbarer, wenn man den tatsächlichen Umgang mit den Getreidelieferungen betrachtet. Durch die Praxis der Getreidelieferungen wurde dem Missbrauch faktisch Tür und Tor geöffnet. Einerseits lieferten die Innerösterreicher die minderste Getreidequalität, andererseits wurden die Lieferungen nicht unter besonderen Schutz gestellt, da im Falle des Verlustes der Landesfürst den Ständen den vollen Wert ersetzen musste. Möglich war dies, weil die Qualität der gelieferten Lebensmittel sowie deren tatsächlicher Umfang nicht kontrolliert wurden.<sup>458</sup> Die bis zu den Provianthäusern kommenden Lieferungen wurden häufig nicht weiter verteilt, da die dortigen Kommandierenden aus dem Getreide Gewinn schlagen wollten und selbst als Getreidespekulanten auftraten.<sup>459</sup>

Der größte Skandal im Bereich der Getreidelieferungen fand allerdings auf höchster Ebene statt. Friedrich Vetter, Oberstproviantmeister für die Steiermark von 1621 bis 1635, nutzte seine Position gezielt aus, um selbst einen gigantischen Gewinn aus den Getreidelieferungen für die Grenzregion zu schlagen – ohne Rücksicht auf die Umstände der dort Lebenden. Dabei begünstigte er seine Freunde, selbst Grundherren in der Steiermark und häufig auch Personen in hohen Positionen an der Grenze selbst. In den Akten scheinen insbesondere die Familien Trautmannsdorf, Dietrichstein<sup>460</sup>, Khiesl, Trübeneck, Meilleg,

---

<sup>456</sup> Beim Star, bzw. Startin handelt es sich um eine in Innerösterreich übliche Gewichtsangabe von 525 Liter pro Star. Vgl. Friedrich Albert Niemann, Vollständiges Handbuch der Münzen, Maße und Gewichte aller Länder der Erde, Quellingburg/Leipzig 1830, 326.

<sup>457</sup> Kaser, Bauer, 94.

<sup>458</sup> Rothenberg, Militärgrenze, 61f.

<sup>459</sup> Valentinitich, Proviantwesen, 525.

<sup>460</sup> Beispielsweise trat die Familie Dietrichstein immer wieder als einflussreiche Familie in Erscheinung. Ein berühmter Vertreter war der steirische Landeshauptmann Siegmund von Dietrichstein (1480–1533). Bereits unter Maximilian sowie unter Ferdinand trat er häufiger als Kreditgeber der Habsburger auf. Vgl. Karl Eder, Der steirische Landeshauptmann Siegmund von Dietrichstein (1480–1533). Beiträge zu seiner Biographie, Forschungen zur geschichtlichen Landeskunde der Steiermark 21, Graz 1963, 29–73.

Mersperg und Saurau, die Grazer Jesuiten sowie verschiedene Stadtbürger mit Grundbesitz auf.<sup>461</sup> Vetter nutzte seine Machtposition aus und argumentierte, dass in Kroatien und Krain zur Grenzversorgung nicht ausreichend Getreide in befriedigender Qualität zur Verfügung stünde, weswegen er in der Steiermark einkaufen müsse. Dabei beschränkte er sich auf einige wenige Grundherren und kaufte diesen große Mengen Getreide ab. Dabei hielten diese, mit dem Wissen Veters, die Ernteerträge so lange zurück, bis die Preise einen Höchststand erreicht hatten. Vetter kaufte schließlich genau zu diesem Maximalpreis, wodurch der Gewinn aller Beteiligten am größten war. Vetter kaufte aber auch übertrieben große Mengen an Getreide ein, so dass bald alle Provianthäuser im ganzen Land übervoll waren und es wegen der unzureichenden Lagerbedingungen schlecht wurde. Der Schaden, der dem Land dadurch entstand, war gewaltig und steigerte sich durch die hohen Transportkosten noch weiter. Nachdem Vetter dieses „Spiel“ zehn Jahre ungehindert betrieben hatte und die hohen Proviantkosten auffielen, wurde eine Untersuchungskommission einberufen, welche die mafiösen Strukturen aufzeigte. Das Ergebnis der Kommission war eindeutig; alleine 1631, im Jahre der Untersuchung, mussten die steirischen Stände einen Verlust von 42.000 Gulden hinnehmen. Umso mehr erstaunt es, dass die Kommission nur einige Empfehlungen gab und keine Machteinschränkung oder gar die Absetzung Veters forderte. Ein Beleg für die Macht Veters und der darin Involvierten. Zwar sanken die Kosten für die Verproviantisierung in den Folgejahren zunächst, dies lässt sich allerdings auf die vollen Lager zurückführen, welche Veters Spekulationen beschränkten. 1634 kam es erneut zu einer Untersuchungskommission, um Veters Machenschaften. Die Kommission stellte fest, dass Getreide in ausreichendem Umfang im Hinterland der Grenze angeboten werde und, entgegen Veters Behauptungen, auch ausreichend Mühlen dort vorhanden wären, wodurch die Kosten deutlich gesenkt werden könnten und Veters Ausreden nicht glaubwürdig seien. Trotz allem konnte Vetter seine Machenschaften bis zu seinem Tod 1635 ungehindert fortführen und die dominierende Stellung der untersteirischen Grundherren blieb selbst unter seinem Nachfolger, Wilhelm von Herberstein, bestehen. Diesem gelang es allerdings, die Proviantkosten trotz allem deutlich zu senken.<sup>462</sup>

---

<sup>461</sup> Valentinitich, Proviantwesen, 525f.

<sup>462</sup> Valentinitich, Proviantwesen, 526–528.

## 6.5. Der Bauernaufstand von 1573

In Summe ergibt sich ein verheerendes Bild über die Lage an der Grenze und dies nicht nur für die Wehrbauernschaft, sondern für die gesamte Bevölkerung. Die Versorgung war schlecht, die Bedrohung durch die Osmanen permanent und immens, und der Bevölkerungsdruck steigerte sich ständig. Auch erhöhte sich der Druck durch die Grundherren auf ihre Untertanen stetig. Diesen gelang es ihrer Untertanen noch stärker an ihre Scholle zu binden, die Naturalabgaben ständig zu erhöhen, den Anteil des Robots weiter zu steigern und regelmäßig die Steuerleistung zur Türkenabwehr zu erhöhen. Im direkten Hinterland der Grenze kamen noch der ständige Kriegsdienst in den Aufgeboten des Banus und die Robotpflicht beim Festungsbau hinzu. Neben diesen gesteigerten wirtschaftlichen Druck kam es weiters zu einer fühlbareren Einschränkung der Mobilität.<sup>463</sup> Im Grenzgebiet spiegelt sich dies auch in der Einschränkung des freien Handels mit den Grenzen wieder. Die Situation verschlimmerte sich aus der Sicht der lokalen Bevölkerung durch die ihnen nicht zugestandenen Privilegien der Walachen noch weiter.

1573 kam es im kroatischen Grenzgebiet zum Bauernaufstand. Den unmittelbaren Anlass für diesen lieferte ein einzelner Grundherr. Franz Tahy besaß in der Untersteiermark, Krain sowie in Kroatien Güter.<sup>464</sup> Bereits 1567 lassen sich erste Beschwerden seiner Untertanen an die Obrigkeit feststellen, die seine Versuche, die Abgabenleistung weit über das übliche Maß hinaus zu steigern, anprangerten. Tahy wurde vom Kaiser in seinem Vorgehen bestätigt und führte seine Herrschaft mit ungehinderter Härte fort. Seine Ausbeutung führte 1572 zu einem ersten kleinen Aufstand und einem Schreiben seiner Untertanen an den Kaiser; dieses blieb jedoch dank der Unterstützung durch die anderen Herren im Sabor ohne Erfolg.<sup>465</sup> Ganz im Gegenteil, Tahy fühlte sich dadurch noch bestätigt, doch die Bauern fanden Unterstützung bei Tahys Konkurrenten und zu Beginn des Jahres 1573 begann in einigen Dörfern seiner Herrschaft der Aufstand. Aufgrund der guten Organisation breitete sich der Bauernaufstand innerhalb von sechs Tagen auf das gesamte Gebiet von Zagreb bis Brežice (Rann) nach Krain, über etwa 45 Kilometer, aus. Die Aufständischen brachten innerhalb weniger Tage das gesamte Gebiet bis Krško (Gurkfeld), weitere zehn Kilometer, unter ihre Kontrolle. Von hier aus teilte sich die Truppe in zwei Stoßrichtungen auf. Eine Richtung Celje (Cilli), die andere Richtung Ljubljana und von dort weiter Richtung Meer. Während Erzherzog Karl von einem lokalen Aufstand gegen Tahy

---

<sup>463</sup> Ekaterina Emeliantseva – Arié Malz – Daniel Ursprung, Einführung in die Osteuropäische Geschichte, Zürich 2008, 186–190.

<sup>464</sup> Schulze, Bauernaufstand, 31.

<sup>465</sup> Schulze, Bauernaufstand, 32f.

ausging und das wahre Ausmaß des Bauernaufstandes nicht erkannte, reagierten die krainischen, steirischen, kroatischen und kärntner Adeligen rasch und schlugen den Aufstand mit aller Härte nieder. Besonders „verdient“ machten sich die Uskokten von Sichelburg. Die Bauern versuchten diese zur Unterstützung zu bewegen, waren sie schließlich die stärkste Militärmacht im gesamten Gebiet und ihre Privilegien hatten Vorbildwirkung für die Aufständischen. Die Uskokten schlossen sich den Bauern jedoch nicht an, sondern sorgten selbst für die Wiederherstellung der Ordnung. Am 5. Februar, dem neunten Tage des Aufstandes, schlugen sie einen Teil der aufständischen Truppen bei Brežice, drei Tage später wurde der Großteil der Bauernschaft von der kroatischen Reiterei aufgerieben.<sup>466</sup>

Betrachtet man die Anfänge dieses Bauernaufstandes und seine rasche Ausbreitung, so erkennt man die allgemeine Unzufriedenheit der Bevölkerung im Grenzgebiet sowie im Hinterland. Die Bevölkerung sah im Aufstand eine Chance die „stara pravda“, das alte Recht, in Form von geringeren Steuern weniger Abgaben und Robot, wieder herzustellen.<sup>467</sup> Die Stellung der Uskokten hatte für diese zwar eine Vorbildwirkung; dass sich diese jedoch nicht dem Aufstand anschlossen, ergibt sich klar aus deren Sichtweise. Sie wollten ihre Privilegien, trotz aller wirtschaftlichen Probleme, behalten, da sie um keinen Preis in die Untertänigkeit gedrängt werden wollten.<sup>468</sup> So kommt den Uskokten in diesem Fall sowohl eine destabilisierende, als auch eine stabilisierende Bedeutung zu.

#### 6.6. Postenschacher und Amtsmissbrauch

Ein nicht unerheblicher Faktor für die Bereitschaft der innerösterreichischen Stände, die Finanzierung der kroatischen und slawonischen Militärgrenze 1578 zu übernehmen, stellte ihr Vorrecht bei der Besetzung von Posten im Zusammenhang mit der Grenze dar. Die Vertreter verschiedener Adelsfamilien schlugen aus ihren Posten große wirtschaftliche Vorteile, wodurch große Teile der investierten Gelder wieder zurück zu den Geldgebern flossen.<sup>469</sup> Die zuständigen Stellen achteten stets darauf, die Obristenstellen, Offiziersposten und alle Posten im Versorgungsbereich mit Adeligen aus ihrem Land zu besetzen.<sup>470</sup> Darüber hinaus profitierte eine Vielzahl an Kriegslieferanten, Beamten, Baumeistern, diversen Handwerksbetrieben, Händlern, Boten und Fuhrleute aus Innerösterreich vom Engagement

---

<sup>466</sup> Schulze, Bauernaufstand, 34f.

<sup>467</sup> Schulze, Bauernaufstand, 43.

<sup>468</sup> Schulze, Bauernaufstand, 45f.

<sup>469</sup> Rothenberg, Militärgrenze, 61f.

<sup>470</sup> Kaser, Steirer, 306. Hier nennt Kaser als Beispiel einige steirische Adelsfamilien, welche im besonderes Ausmaß immer wieder Grenzposten einnahmen. Diese sind die Familien Herberstein, Trautmannsdorf, Grasswein und Galler.

der Innerösterreicher.<sup>471</sup> Betrachtet man die Namen, welche im Zusammenhang mit diversen Geschäften und Postenbesetzungen an der Grenze fallen, so ergeben sich hier große Überschneidungen, so dass faktisch nur eine überschaubare Gruppe an Adelsfamilien und bürgerlichen Unternehmen Profit aus der Grenze geschlagen haben.<sup>472</sup>

Die Offiziersposten stellten für die finanziell schlechter gestellten Adelsangehörigen lukrative Positionen dar. Häufig waren diese regelrechte „Karriereturbos“. Vielfach begann die Militärkarriere mit einigen Jahren Dienst an der Grenze, wo rasch hohe Ränge errungen wurden. Nicht selten führte der Dienst zu hohen militärischen oder politischen Ämtern im Land. Trotz allem waren die direkten Einkünfte aus der Besoldung gering, so dass auch diese Personen diverse Nebeneinkünfte ausübten. Im Gegensatz zu den Walachen gelang es ihnen, umfangreiche Gewinne zu erzielen.<sup>473</sup> Die Besoldung selbst variierte stark, abhängig von der Stellung und dem Rang des Offiziers. Erhielt der Kastellan<sup>474</sup> der Festung Sisak im letzten Drittel des 16. Jahrhunderts monatlich nur drei Gulden Sold und befehligte theoretisch bis zu 110 Mann<sup>475</sup>, so lag der monatliche Sold eines Woiwoden am Ende des ersten Drittels des 17. Jahrhunderts bei dreizehn Gulden. Ein Hauptmann empfing zum selben Zeitpunkt einen Monatssold von 50 Gulden, noch extra besoldetes Personal und zusätzliche Gelder für die Erhaltung von Ställen.<sup>476</sup>

Neben dem Sold bestand noch ein breites Betätigungsfeld, um das Einkommen deutlich zu steigern. Zum Beispiel waren dies Ländereien, so genannten Kucheldörfer, welche jährlich beträchtliche Gelder einbringen konnten.<sup>477</sup> Hinzu kamen umfangreiche Erträge aus der geraubten Beute, da hiervon Teile an die Hauptleute abzuliefern waren, über diese sie frei verfügen konnten. Eine weitere lukrative Einnahmequelle war der Handel mit Geiseln. Während Überfällen auf osmanischer Seite und nach Kampfhandlungen wurden immer wieder Gefangen gemacht. Diese wurden entweder zurückgekauft, oder als Knechte und Mägde eingesetzt.<sup>478</sup> Bis 1620 erhielt man für diese stattliche Summen, da aber auch die Osmanen zusehends wirtschaftliche Probleme hatten und aufgrund der hohen Deflation unter Geldmangel litten,<sup>479</sup> kauften diese die Geiseln mit Salz frei. Die Offiziere setzten es zunächst direkt in Kroatien ab, bis dort wegen des Salzschnuggels der Uskokken sowie dem

---

<sup>471</sup> Valentinitich, Türkennot, 329.

<sup>472</sup> Valentinitich, Proviantwesen, 521.

<sup>473</sup> Kaser, Steirer, 307.

<sup>474</sup> Der Kastellan ist als Beamter durchwegs ein Posten, welcher von den Innerösterreichern besetzt wurde.

<sup>475</sup> Hauptmann, Verköstigung, 511f.

<sup>476</sup> Kaser, Bauer, 114.

<sup>477</sup> Kaser führt als Beispiel den jährlichen Ertrag der vier Kucheldörfer des Hauptmannes von Koprivnica mit etwa 1.000 Gulden an. Vgl. Kaser, Bauer, 114.

<sup>478</sup> Kaser, Steirer, 307.

<sup>479</sup> Buchmann, Österreich, 108f.

Salzverkauf der Offiziere ein Überangebot den Verkauf fast unmöglich machte. Daher schmuggelte man das Salz in die Steiermark, um es dort zu extrem niedrigen Preisen zu verkaufen. Begünstigt wurde dies durch die im Zug des Dreißigjährigen Krieges drastisch gesteigerten Steuern auf steirisches Salz. Da dem Fiskus durch die Überschwemmung des Marktes mit unversteuertem Salz große Summen entgingen, wurden 1650 umfangreiche Maßnahmen gesetzt und es gelang, diesen Handel einzudämmen.<sup>480</sup>

Die Menge an Zusatzeinkommen und die Gewinnmöglichkeiten damit führten dazu, dass die Offiziere ihnen viel Zeit widmeten und ihre eigentlichen Aufgaben vernachlässigten. So gab es Fälle, wo Hauptmänner, trotz der Zahlungen zur Unterhaltung von Ställen, diese in zu geringem Ausmaß bestückten und so Geld für sich selbst abzweigten. Weiters wurden Soldzahlungen nicht an das Wachpersonal weitergeleitet, sowie Teile des Proviantes verkauft, um den persönlichen Gewinn zu vergrößern.<sup>481</sup> Auch wird von großen Raubzügen in das osmanische Gebiet berichtet, nur, um Beute und Gefangene zu machen, ohne dass diese irgendwelchen militärischen Nutzen gebracht hätten. Im 17. Jahrhundert erkannte man die Problematik dieser Zusatzeinkommen und verbat sie im Gegenzug zu höheren Soldzahlungen vollständig. So wurden zum Beispiel die Plünderungszüge untersagt und den Hauptleuten ihre Kucheldörfer entzogen.<sup>482</sup>

## 6.7. Der Handel im Grenzland

Immer schon stellte der Handel eine entscheidende Säule für ein funktionierendes Wirtschaftssystem dar. Im Fall der beharrlich unterversorgten Militärgrenze muss dem Handel sogar eine lebensnotwendige Stellung zugesprochen werden. Trotz ungleicher Bedingungen für die Agrarwirtschaft und einem daraus resultierenden reichen Angebot an Agrarprodukten, konnte der Handel innerhalb des Gebietes der Militärgrenze den Warenaustausch mit den angrenzenden Gebieten nicht ansatzweise ersetzen. Für den Handel problematisch waren die im 16. Jahrhundert noch nicht errichteten, bzw. durch die ständigen Kriege zerstörten Straßen im Grenzgebiet. Selbst die Flüsse konnten keinen Ersatz für diese bieten, da zahlreiche Untiefen und eine Vielzahl an Wassermühlen sie für die Schifffahrt untauglich machten.<sup>483</sup> So wurden die Transporte in der Regel mit Lasttieren über zahlreiche kleine Wege bestritten. Besonders schwierig war dies für den weitaus wichtigeren Handel mit den angrenzenden

---

<sup>480</sup> Valentinitich, Türkennot, 330.

<sup>481</sup> Berichten zu Folge führte die Lebensmittelknappheit im Grenzgebiet 1628 dazu, dass die Grenzsoldaten ihre Posten verließen um Getreide für ihre Familien zu besorgen, da diese ansonsten vom Hungertod bedroht waren. Dies schmälerte die Effizienz des Grenzsystems deutlich. Vgl. Valentinitich, Proviantwesen, 525.

<sup>482</sup> Kaser, Steirer, 307.

<sup>483</sup> Kaser, Bauer, 439.

Gebieten. Die Lieferungen aus den innerösterreichischen Gebieten und Handelsströme ins osmanische, kroatische und venezianische Gebiet waren hier bedeutend.<sup>484</sup> Dabei wies die Grenzregion insgesamt eine negative Handelsbilanz auf.<sup>485</sup> Im Grenzgebiet wurden nur in geringem Ausmaß Produkte für den Export hergestellt.<sup>486</sup>

Die Stabilität an der Grenze war bedeutend für die umfangreichen Handelsströme ins Hinterland der Grenze. Hier verliefen mehrere internationale Handelsstraßen, insbesondere zwischen dem nicht besetzten Teil Ungarns und Italien. Auch bestand der Handel mit den von den Osmanen eroberten südosteuropäischen Gebieten weiterhin und führte durch das Gebiet der Militärgrenze.<sup>487</sup> Betrachtet man den Ost–West Handel, so gab es drei wichtige Handelsstraßen im Hinterland der Militärgrenze<sup>488</sup>. Die nördlichste war die Laibacher–Straße, deren Verlauf von Portogruaro, über Latisana, Udine (Udin, Videm, Weiden), Gorizia (Görz), Šempas (Schönpaß), Prard (Podkraj), Lohitsch (Logetec), Vrhnika (Oberlaibach) nach Ljubljana und von dort weiter über Celje (Cilli), Ptju, Ormož (Friedau) nach Varaždin (Warasdin), von wo aus die Straße weiter nach Nedelišće, dem ungarischen Hauptdreißigstamt<sup>489</sup> führte. Von dort aus führten mehrere Wege in das ungarische Gebiet. Etwas weiter südlich verlief die Adelsberger–Straße. Diese hatte als Ausgangsposition die beiden Häfen Triest (Trieste, Trst) und Rijeka (Fiume, Reka), von wo aus Transportrouten nach Postojna (Adelsberg, Postumia) führten, welche in weiterer Folge gemeinsam über Lož (Laas), Gurk (Krka), Movo Mesto (Rudolfswert), Zagreb, Križevici (Kreutz), Koprivnica (Kopreinitz, Kapronca), Légrad (Legrad), Nagykanizsa (Kanizsa, Kanischa, Kaniža, Großkirchen) bis nach Buda (Ofen) führten. Die südlichste und somit unsicherste Straße war die Senj–Sisak–Straße. Sie verlief, beginnend in Senj (Zengg, Segna) über Modruš (Modrusch) nach Toplice (Topusko, Toplice, Topusztó), weiter über Sisak (Sissek, Sziszek) nach Zagreb, wo sie mit der Adelsberger–Straße zusammenstieß und weiter dem selben Weg nach Ungarn folgte.<sup>490</sup>

---

<sup>484</sup> Ebda.

<sup>485</sup> Selbst Mitte des 19. Jahrhunderts, als die Grenze ein weitaus beruhigteres Gebiet war, lagen die Exportgewinne mit dem osmanischen Gebiet bei 32.466 Gulden, wobei Waren im Wert von 535.497 Gulden importiert wurden. Zwar war die Handelsbilanz zu den christlichen Nachbargebieten nicht dermaßen eklatant, aber in Summe doch deutlich negativ. Vgl. Kaser, Bauer, 444.

<sup>486</sup> Kaser, Bauer, 442.

<sup>487</sup> Pickl, Auswirkungen, 71.

<sup>488</sup> Die Laibacher–Straße, die Adelsberger–Straße sowie die Senj–Sisak–Straße.

<sup>489</sup> Die Dreißigstämter hoben die Ein– sowie Ausfuhrzölle ein. Diese Gelder wurden zum Teil in die Grenzsicherung investiert. Vgl. Ivan Kampus, Kroatien im Kampf ums Überleben im 16. Jahrhundert, in: Die Steiermark, Brücke und Bollwerk. Katalog der Landesausstellung, Stubenberg 1986, 261.

<sup>490</sup> Pickl, Auswirkungen, 73f. Für eine detaillierte Auflistung der relevanten Handelsorte vgl. Harald Prickler, Die Rudersdorfer Dreißigstämterregister von 1538 bis 1555. Eine Quelle zur Geschichte des ungarisch-steirischen Grenzhandels im 16. Jahrhundert. In: Mitteilungen des Steiermärkischen Landesarchivs 28, Graz 1978, 46–50.



Die wichtigsten Handelswaren waren die Fleischexporte für die oberitalienischen Handelsstädte, also Unmengen an ungarischem Vieh sowie auch Ochsenhäute.<sup>491</sup> In die Gegenrichtung wurde eine Vielzahl an Luxuswaren und Tüchern aus den adriatischen Großhäfen gehandelt. Auch steirisches Eisen wurde über diese Handelsstraßen in beachtlichen Mengen transportiert.<sup>492</sup> Der Umfang der über diese Handelswege transportierten Waren darf dabei nicht unterschätzt werden. So lief etwa ein Drittel des gesamten ungarischen Handelsvolumens über diese drei Routen gegen Westen.<sup>493</sup> Da das damalige Handelssystem weitaus stärker auf dem Prinzip des Gegenverkehrs, sprich auf die immer voll beladenen Handelskarawanen, baute und alle beteiligten Parteien vom Funktionieren dieses Systems abhängig waren, führte bereits die kleinste Störung zu empfindlichen Einschnitten und daher zu Verlagerungen der Handelswege.<sup>494</sup> Ständig bedroht wurden diese Handelsstraßen durch die Lage im Hinterland des in Rede stehenden Grenzgebietes der Habsburgermonarchie.<sup>495</sup> Dass sich diese Handelsstraßen über den gesamten Zeitraum, trotz starker Einschnitte und temporärer Verlagerungen, wie noch erläutert werden wird, gehalten haben, zeugt von der Bedeutung dieser Routen.

Der Laibacher–Straße kam dabei die größte Bedeutung im 16. Jahrhundert zu, da sich die Senj–Sisak–Straße rasch zu einer zu unsicheren Handelsroute entwickelte. Dies gilt im besonderen Maß von 1526 bis etwa 1550. Ab der Mitte des Jahrhunderts gelang es der Senj–Sisak–Straße nach und nach, ihre ursprüngliche Bedeutung wieder zu erlangen, da die Osmanen den Handel nicht weiter behinderten, sondern selbst von diesem profitierten.<sup>496</sup> Dadurch wurde zwar die Bedeutung der Laibacher–Straße verringert, sie blieb aber weiterhin die im Handelsvolumen bedeutendste Route. Einer der bedeutendsten Handelsposten, Ptuj, erreichte mit dem Aufstieg der Laibacher–Straße seinen handelspolitischen Höhepunkt, zumal der Großteil des ungarisch–venezianischen Vieh– und Tuchhandels über Ptuj floss. Der Gegenwert der transportierten Waren belief sich um die Mitte des 16. Jahrhunderts auf etwa 1,3 bis 1,6 Millionen Gulden jährlich.<sup>497</sup> Seine Bedeutung erlangte Ptuj durch seine geographisch günstige Lage; die Stadt lag direkt an der Drau, dem wichtigsten Wasserweg in dieser Region. Dies führte dazu, dass den Bürgern Ptuj ein Zwischenhandelsmonopol

---

<sup>491</sup> Hans-Heinrich Vangerow, Die Fleischversorgung Süddeutschlands im Licht der Linzer Mautrechnung von 1627 sowie anderer Archivquellen aus dem 16. Jahrhundert. In: Historisches Jahrbuch der Stadt Linz, Linz 1987, 73.

<sup>492</sup> Für eine Übersicht zu den gehandelten Waren vgl. Prickler, Dreißigstregister, 64-66; sowie Pickl, Auswirkungen, 91.

<sup>493</sup> Pickl, Auswirkungen, 124.

<sup>494</sup> Zur Verlagerung der Handelswege bringt Jajos Rúzsás eine Übersichtskarte. Vgl. Lajos Rúzsás, Varosi fejlődés a Dunántúlon a XVI.-XVII. században, in: Szigetvári Emlékkönyv 1566-1966, Budapest 1966, 223.

<sup>495</sup> Pickl, Auswirkungen, 94f.

<sup>496</sup> Pickl, Handelsströme, 263.

zugestanden wurde, vergleichbar dem Stapelrecht Wiens.<sup>498</sup> Diese Privilegien wie auch die allgemeine Mautfreiheit begünstigten die Kaufleute Ptuj und benachteiligte ausländische Kaufleute. Diese Sonderstellung Ptuj führte zur Bevorzugung anderer Handelswege und damit zu einem Bedeutungsverlust der Stadt. Gestoppt werden konnte diese Entwicklung nur durch die Ansiedelung italienischer Kaufleute und die Ausstattung dieser mit denselben Rechten.<sup>499</sup> Ptuj verlor seine handelspolitische Stellung im 16. Jahrhundert dennoch, gewann allerdings zu Beginn des 17. Jahrhunderts erneut als Grenzfestung und Proviantposten an Bedeutung. Gemeinsam mit Radkersburg (Radgona, Regede) spielte es für die Nachschubsicherung eine große Rolle und war im großen Türkenkrieg Ende des 17. Jahrhunderts der Drehangelpunkte für die Versorgung der kaiserlichen Truppen im Grenzraum.<sup>500</sup>

Betrachtet man den Transithandel im Hinterland der Grenze, so erkennt man in offenen Kriegsjahren immer wieder drastische Einbrüche, gesamt in der ersten Hälfte des 16. Jahrhunderts allerdings keinen allgemeinen Rückgang. Die Mautbücher belegen jedoch ab 1561 einen deutlichen Einbruch beim Handelsvolumens und damit Einnahmeneinbußen der Mautstellen.<sup>501</sup> Die Ursachen hierfür lagen in der zunehmenden Unsicherheit und der immens anwachsenden Steuerbelastung des Handels. Die bedeutensten Mautstellen waren Ljubljana, wo Aufschlagszahlungen geleistet wurden<sup>502</sup>, und Nedelišće, wo der ungarische Außenzoll, der Dreißigst, eingehoben wurde. Der Dreißigst verstand sich als festgelegte Zollquote mit einem Zwanzigstel des Gesamtwarenwertes.<sup>503</sup> Hinzu kam noch das Stapelrecht der Händler in Ptuj, welche die Preise diktieren konnten. Trotz dieser umfangreichen Steuern ermöglichte der Handel in diesem Gebiet zunächst gute Profite. Der Landesherr erhöhte aufgrund des gewaltigen Geldbedarfes für die Landesverteidigung und des umfangreichen Handels auf diesen Routen die Aufschlagszahlungen mehrmals. Ferdinand I. tat dies zunächst 1532, erneut 1544 und ein weiteres Male 1555. Im selben Jahr wurde auch der Dreißigst empfindlich erhöht, wodurch die Gesamtsteuerlast dermaßen in die Höhe getrieben wurde, dass der Handel drastisch einbrach. Die erhoffte Einnahmensteigerung blieb aus; man behielt die höheren Steuern, trotz mehrerer Mahnungen, aber weiterhin bei.<sup>504</sup> Erst 1572 steigerte sich das Handelsvolumen erneut. Aufgrund der hohen Steuerlast und der Begünstigung mancher

---

<sup>497</sup> Pickl, Handelsströme, 263f.

<sup>498</sup> Zum Stapelrecht Wiens vgl. Vangerow, Fleischversorgung, 75; sowie Pickl, Auswirkungen, 77f.

<sup>499</sup> Pickl, Auswirkungen, 80.

<sup>500</sup> Othmar Pickl, Pettaus Kampf um sein Niederlagsrecht (1520-1535). Ein Beitrag zur Handelspolitik Ferdinands I. in: *MIÖG* 78, Wien 1970, 432-443; sowie Pickl, Handelsströme, 265f.

<sup>501</sup> Pickl, Auswirkungen, 87 sowie 93.

<sup>502</sup> Pickl, Auswirkungen, 84.

<sup>503</sup> Vangerow, Fleischversorgung, 77; sowie Pickl, Handelsströme, 81.

inländischer Händler begannen die venezianischen Viehhändler die innerösterreichischen zu behindern. Erzherzog Karl gelang die Beendigung dieser sinnlosen Blockadepolitik, wodurch sich noch im selben Jahr das Handelsvolumen auf der Laibacher–Straße verdoppelte.<sup>505</sup> 1584 erhöhte Karl erneut massiv die Aufschlagszahlungen, mit demselben Effekt.<sup>506</sup>

In Summe ergibt sich ein Bild eines unübersehbaren Handelsbedarfes zwischen Ungarn, Innerösterreich, Kroatien, Slawonien und Oberitalien. Dieses komplexe Handelssystem hatte mit steigender Steuerlast zu kämpfen und wurde durch die osmanischen Einfälle gefährdet. Diese Umstände bewirkten deutliche Veränderungen. Zunächst kam es bereits früh zu einer starken Kapitalflucht der venezianischen Kaufleute in die Handelsstädte im Norden. Dort konnten sie ihre Geschäfte ungestört, ohne ständige militärische Bedrohung, ausüben. Hiervon profitierten besonders die Reichsstädte Nürnberg und Regensburg, aber auch andere süddeutsche Städte.<sup>507</sup> In Jahren offener Kriegshandlungen brach der Handel auf den Ost–West Handelsstraßen vollständig zusammen.<sup>508</sup> Zu einer Abkehr der Venezianer vom Fleischimport aus Ungarn kam es allerdings nie, da es zur Bedarfsdeckung der etwa 100.000 Einwohner Metropole keine Alternative gab.<sup>509</sup> Diese Perspektivenlosigkeit und die immense Steuerbelastung auf den habsburgischen Handelsrouten führten zur Verlagerung der Fleischtransporte jenseits der Grenze in das osmanische Gebiet.<sup>510</sup> Die venezianisch–ungarische Handelsroute führte hier durch bosnisches Gebiet nach Požega (Poschegg, Pozsega), Nevetva, Makarska (Macharscha) und Dubrovnik (Ragusa) und weiter über den für die Venezianer günstigen Seeweg. Die Zollbücher in Buda belegen diese Verlagerung. Das Verhältnis der über die habsburgischen Routen importierten Waren zu jenen durch das osmanische Gebiet lag 1580 bei 1:30.<sup>511</sup> Aber nicht nur die Venezianer reagierten derartig auf die Steuererhöhungen, auch die Händler aus Florenz, Ancona und Pesaro wählten südlichere Routen.<sup>512</sup> Die Reaktion der Habsburger war allerdings keine Steuersenkung, sondern die Genehmigung für die Uskokken aus Senj, die italienischen Handelskarawanen zu überfallen und so die neuen Routen unattraktiver zu gestalten.<sup>513</sup>

---

<sup>504</sup> Pickl, Auswirkungen, 88–93.

<sup>505</sup> Pickl, Auswirkungen, 101.

<sup>506</sup> Pickl, Auswirkungen, 115f.

<sup>507</sup> Richard Klier, Beziehungen Nürnbergs zu Pettau im 15. Jahrhundert, in: Südostdeutsches Archiv, Bd. X, München 1976, 98–100.

<sup>508</sup> Pickl, Auswirkungen, 87.

<sup>509</sup> Pickl, Auswirkungen, 125.

<sup>510</sup> Die Osmanen trieben während des gesamten Zeitraumes regen Handel mit dem christlichen Europa. Dabei waren nicht nur Juden, Griechen und unterworfenen Nicht–Muslime Händler, sondern auch Muslime selbst trieben regen Handel. Vgl. Reinkowski, Osmanische Reich, 59f; sowie Rúzsás, Entwicklung, 1971, 228f.

<sup>511</sup> Pickl, Auswirkungen, 94f.

<sup>512</sup> Pickl, Auswirkungen, 126.

<sup>513</sup> Pickl, Auswirkungen, 117.

Das Hinterland der Militärgrenze war somit ein bedeutendes Durchzugsgebiet für den Ost–West–Handel. Zwar verursachten die Einfälle der osmanischen Reiterei eine Beunruhigung, jedoch lässt sich keine dauerhafte Abkehr von diesen Handelswegen feststellen.<sup>514</sup> Ursächlich ist hier die Bedeutung der ungarischen Fleischexporteure aufgrund der verfügbaren Mengen und Qualität zu denen keine Alternativen vorhanden waren.<sup>515</sup> Zwar brachten Kriegsjahre auch Totalausfälle der Lieferungen, diese wurden anschließend jedoch unverändert fortgeführt. Dauerhaft geschädigt wurden die Handelsrouten durch Fehlentscheidungen der habsburgischen Fiskalpolitik. Eine Überdehnung des Steuersystems führte sogar dazu, dass sich die oberitalienischen Händler mit dem Feind arrangierten und dieser nun von den Steuereinnahmen profitieren konnte.<sup>516</sup>

#### 6.8. Waffen und Tücher für die Grenze

Ein unerlässlicher Wirtschaftsfaktor für die Militärgrenze war die Waffenindustrie und damit unweigerlich verbunden das steirische Erzwesen. Naturgemäß war die Nachfrage nach Waffen aller Art groß, wodurch die Massenfertigung notwendig wurde. Zu Beginn des 16. Jahrhunderts konnte Innerösterreich auf eine umfangreiche Waffenindustrie mit wichtigen Geschützgießereien in Cilli und Graz sowie eine Vielzahl an kleineren Waffenschmieden zurückgreifen, verlor aber im Laufe des 16. Jahrhunderts den Anschluss und oberdeutsche Waffenhändler prägten den Markt zusehends. Den steirischen Landständen gelang es gegen Ende des 16. Jahrhunderts, eine neue Kleinwaffenproduktion aufzubauen, um von ausländischen Händlern unabhängiger zu werden.<sup>517</sup> Neben den Kleinwaffensektor funktionierte es allerdings nicht eine weitere Waffenproduktion aufzubauen. Dies verwundert, da alle notwendigen Faktoren erfüllt wurden. Es gab eine eigene Erzquelle, eine Eisenindustrie sowie eine starke inländische Nachfrage. Der Mangel an Fachkräften, Kapital sowie Exportverbote drängten bestehende Produzenten vom Markt und verhinderten die Bildung neuer. Im 17. Jahrhundert wurde steirisches Eisen in die Gebiete des Heiligen Römischen Reiches nördlich der Alpen transportiert, wo es in Waffenschmieden zu Endprodukten verarbeitet wurde und von den Innerösterreichern über Zwischenhändler aus Nürnberg, Augsburg und Wien eingekauft wurde. Selbst in der zweiten Hälfte des 17. Jahrhunderts war es den Steirern noch immer nicht gelungen, eine eigene, über die

---

<sup>514</sup> Vangerow, Fleischversorgung, 78.

<sup>515</sup> Vangerow, Fleischversorgung, 73.

<sup>516</sup> Pickl, Handelsströme, 128f.

<sup>517</sup> Alois Ruhri, Steirische Waffenschmiede im Dienste Maximilians I. und Ferdinands I., in: Die Steiermark, Brücke und Bollwerk. Katalog der Landesausstellung, Stubenberg 1986, 208f.

Blankwaffenherstellung hinaus reichende, Waffenindustrie zu etablieren. Stattdessen baute Ober- und Niederösterreich eigene Waffenzentren in Steyr, Waidhofen an der Ybbs<sup>518</sup> und Wiener Neustadt auf.<sup>519</sup>

Auch im Textilhandel gestaltete sich die Situation nicht viel anders. Durch die Vielzahl an Soldaten und die Teilauszahlung des Soldes an die Grenzer in Form von Tuch, war der Bedarf unumstritten gegeben. Trotz allem gelang es lange Zeit nicht, eine eigene Produktion und somit Versorgung zu garantieren. Stattdessen dominierten oberitalienische Händler in Graz und Ptuj den Tuchhandel zur Gänze. Erst zur Mitte des 17. Jahrhunderts erreichte es ein innerösterreichischer Händler, Matthias Schäffer, in Graz die Vormachtstellung der Italiener zu brechen.<sup>520</sup>

Zusammenfassend zeigt sich eine äußerst schlechte ökonomische Lage an der Militärgrenze. Eine Selbstversorgung der Bevölkerung bei den vorherrschenden Bedingungen war nicht nur aufgrund des osmanischen Druckes grundsätzlich nicht möglich. Die inhomogene Bevölkerung mit privilegierten Bauern neben Untertänigen brachte soziale Spannungen, welche durch die ausbeuterische Haltung des lokalen Adels eskalierte und zu einem Bauernaufstand im Grenzgebiet führte. Um überhaupt überleben zu können, war man von den Zuwendungen der innerösterreichischen Stände und des Reiches abhängig. Die Innerösterreicher waren jedoch im großen Umfang daran interessiert, dass große Teile ihrer Investitionen wieder in ihre eigenen Taschen flossen. So herrschten Missstände bei den Lebensmittellieferungen vor, die Zeugnis von der Haltung des Adels gegenüber den Grenzern ablegten. So wurde die Grenze ein Hort an Versorgungsposten, die Monopolisierung der Lieferungen wurde zur Preisbestimmung missbraucht und die Nebeneinkünfte der Offiziere ernteten mehr Interesse als deren eigentliche Aufgabe. Die Grenzer konnten in diesem Umfeld nur schwer überleben und waren daher offen für Nebeneinkünfte aller Art. Die Walachen raubten und schmuggelten im großen Umfang, aus der Not heraus, aber auch, da sie von ihren Vorgesetzten darin bestärkt wurden und diese mit „Beispiel“ voran gingen.<sup>521</sup>

Es gelang weder den Handel dauerhaft auf den habsburgischen Handelsrouten zu halten, noch, trotz guter Voraussetzungen, eine eigene Waffen- und Textilproduktion zu sichern.

---

<sup>518</sup> Waidhofen an der Ybbs war ein Zentrum der österreichischen Eisenverarbeitung und auch der Waffenindustrie. Vgl. Miksch, Kampf, 175.

<sup>519</sup> Valentinič, Türkennot, 329.

<sup>520</sup> Ebda.

<sup>521</sup> Bracewell, Uskoks, 89-117.

## 7. Zusammenfassung und Schlussbemerkungen

Als Folge der Expansion des Osmanischen Reiches im 16. Jahrhundert am Balkan Richtung Nordwesten bildete sich schrittweise die habsburgische Militärgrenze als feste Institution mit einer starken autoritären, militärischen Führung. Dabei bedeutete die Militärgrenze nicht die Grenze zwischen dem Habsburgischen und Osmanischen Reich, sondern auch zwischen dem Morgen- und dem Abendland, zwischen dem Christentum und dem Islam. Durch den Kampf gegen den so bezeichneten „Erbfeind der Christenheit“ kam der Grenze ein besonderer Stellenwert zu. Dabei stellte für deren Finanzierung in der Anfangsphase der Umstand, dass Ungarn zwar Teil des Habsburgischen Reiches war, aber nicht des Heiligen Römischen Reiches, ein immenses Problem dar. Ein wichtiger Scheidepunkt war dabei die Erkenntnis, dass die Verteidigung nicht als Einzelleistung, sondern nur in Form einer gemeinsamen Durchführung möglich war. Die Verluste bei Mohács, der Fall Budas 1526 sowie die erste Wienbelagerung 1529 müssen hier als entscheidende Wendepunkte im Um-Denken im Reich gesehen werden. Zwar gab es bereits zuvor erste Unterstützungen der Habsburger und des Reiches, doch erkannte das Heilige Römische Reich den vollen Umfang der Bedrohung erst durch die genannten Verluste.<sup>522</sup> Die Folge war das Zusammenstehen des gesamten Reiches zur Verteidigung im Südosten, wobei die Protokolle der einzelnen Reichstage als Belege für die weiterhin äußerst unterschiedlichen Auffassungen zur militärischen und finanziellen Unterstützungshöhe zu sehen sind.<sup>523</sup>

Betrachtet man die ersten beiden Jahrhunderte der Grenzverteidigung bis zum Frieden von Karlowitz, so zeigt sich dieser Zeitraum als Phase von ununterbrochenen Kleinkriegen. Offensiven und Defensiven wechselten sich ständig ab, unterbrochen nur durch größere militärische Unternehmungen. Während dieses Zeitraumes kam es zu bedeutenden Änderungen. So entwickelten sich die anfänglichen Söldnerheere, bestehend aus Aufgeboten der Landschaft und Söldnern, zu stehenden Heeren. Die Grenzer stellten bereits im 17. Jahrhundert einen Pool an kaisertreuen, ständig zur Verfügung stehenden, Truppen dar.<sup>524</sup> Einher ging diese Entwicklung mit der Tendenz, die dezentrale Verwaltung stark zu zentralisieren. Die Bevölkerung im Grenzraum entwickelte sich von einer feudal geprägten Bauernschaft zu einer äußerst inhomogenen Wehrbauernschaft. Einerseits gab es eine Vielzahl an neuen Militärgrenzern mit besonderen Rechten im Grenzgebiet, andererseits

---

<sup>522</sup> Rothenberg, Militärgrenze, 18-34.

<sup>523</sup> Zu den Beschlüssen vgl. die ausführlichen Forschungen von Johann Loserth vgl. Loserth, Innerösterreich, 21-168.

bestand die alte Bauernschaft weiterhin.<sup>525</sup> Für die lokale Bevölkerung verschlechterten sich die Lebensbedingungen durch die zunehmende Unsicherheit an der Grenze ebenso, wie durch den wachsenden ökonomischen Druck durch die Grundherren. Die Grundstücksgrößen nahmen als Folge umfangreicher Ansiedlungen von Flüchtlingen aus den osmanischen Gebieten drastisch ab, wodurch diese die Lebensgrundlage der Siedler nicht gewähren konnten. Auch steigerten die Grundherren die Abgabepflichten der abhängigen Bauern deutlich, wodurch die ökonomische Situation der lokalen Bevölkerung katastrophale Formen annahm.<sup>526</sup>

Dass die Grenzverteidigung gelang, ist beachtenswert, da die Umstände im Reich und die Voraussetzungen in der Grenzregion alles andere als günstig waren. Im Reich tobte ein Reformationsstreit in Religionsfragen, der zur Konfessionsspaltung und zur Gegenreformation führte. Auch stand das Reich in ständigen Konflikten mit seinem westlichen Nachbarn, Frankreich, wodurch das militärische Gewicht nicht ausschließlich im Südosten des Reiches liegen konnte. Die Instabilität des Machtgefüges, die Kontroversen mit Frankreich und der nicht beendete Religionskonflikt gipfelten in der ersten Hälfte des 17. Jahrhunderts im Dreißigjährigen Krieg.<sup>527</sup>

Darüber hinaus waren auch die ökonomischen Voraussetzungen äußerst problematisch. In der Grenzregion war die Agrarwirtschaft, aufgrund der ungünstigen natürlichen Gegebenheiten, nur sehr schwach ausgeprägt. Bereits vor dem Auftreten der Osmanen in dieser Gegend war die Versorgung der Bevölkerung nicht einfach; sie wurde durch die osmanische Beunruhigung schließlich unmöglich. Die Region kämpfte prinzipiell mit wirtschaftlicher Schwäche.<sup>528</sup> Zwar war sie stets ein Durchzugsgebiet des Ost–West–Handels, konnte aber selbst hiervon nur dürftig profitieren. Im Fall eigener Produktionsstätten für Stoffe, Eisenwaren oder auch Salz war sie ebenso von ausländischen Händlern und Produzenten abhängig. Das Leben war bereits vor dem Dauerkonflikt mit dem Osmanischen Reich karg, verschlechterte sich danach aber noch weiter.<sup>529</sup>

Umso beachtlicher ist der finanziell Einsatz der innösterreichischen Länder für die Militärgrenze, zumal sie ihre finanziellen Mittel über das Verträgliche hinaus ausreizten.<sup>530</sup> Die Anstrengungen wurden jedoch nicht nur zur Erhaltung der Militärgrenze geleistet,

---

<sup>524</sup> Weiterhin die beste aufgearbeitete Arbeit kommt von Günther Rothenberg vgl. Rothenberg, Militärgrenze, 33-83.

<sup>525</sup> Kaser, Bauer, 80-85.

<sup>526</sup> Kaser, Bauer, 86-98.

<sup>527</sup> Vgl. Anm. 51; sowie Anm. 114.

<sup>528</sup> Vgl. Anm. 526.

<sup>529</sup> Vgl. hierzu umfangreiche Arbeiten im Sammelband von Othmar Pickl zu den wirtschaftlichen Auswirkungen der Türkenkriege vgl. Pickl, Auswirkungen.

sondern auch zum Ausbau von wichtigen Handels- und Verwaltungsstädten im Hinterland. Besonders auffällig ist dies am Beispiel des Ausbaus von Wien. Hier fand man 1529 nur eine schwache Befestigung vor; die Stadt wurde glücklicherweise verschont. Im Gegensatz dazu standen die osmanischen Truppen bei der zweiten Belagerung Wiens 1683 vor einer massiv ausgebauten Befestigung, welche sich auf dem Höhepunkt der damaligen militärischen Festungsbautechnologie befand. Ohne diesen Ausbau wäre eine Verteidigung Wiens gegen das osmanische Belagerungsheer nicht möglich gewesen.<sup>531</sup>

Dass den Osmanen der dauerhafte Durchbruch nicht gelang, lässt sich nicht ausschließlich auf die Maßnahmen der Habsburger zurückführen. Entscheidend hierfür war die zunehmende Strukturschwäche des Osmanischen Reiches, das mit dem nicht teilungsfähigen Großheer häufig auch an den anderen Grenzen des Reiches gebunden war und auch im Osten große Feldzüge führen musste. Hinzu kamen immer wiederkehrende Probleme bei der Thronnachfolge, wofür zur Sicherung das starke Heer im Zentrum des Reiches benötigt wurde. Keinesfalls zu verachten sind die ökonomischen Probleme, mit welchen die Osmanen im 16. und, weitaus schlimmer, im 17. Jahrhundert zu kämpfen hatten. Aufgrund stagnierender Steuereinnahmen kam es zu einer Geldmittelverknappung, worauf man mit überzogenen Steueranhebungen und einer Erhöhung der Geldmenge reagierte, wodurch die Inflation angefacht wurde. Auch darf nicht außer Acht gelassen werden, welche Ausdehnung das Osmanische Reich zu diesem Zeitpunkt bereits hatte, d.h. dass die Verwaltung mit den damaligen Mitteln der Kommunikation nicht mehr lückenlos möglich war. Den Osmanen gelang es zwar noch, beachtlich lange das Reich vor dem Zerfall zu bewahren, doch sind die Anfänge des in der Literatur des 19. Jahrhunderts so genannten „Kranken Mann am Bosphorus“ bereits im 17. Jahrhundert erkennbar.<sup>532</sup>

Wenn schließlich die Grenzverteidigung durch den Einsatz des Heiligen Römischen Reiches und vor allem der habsburgischen Erbländer auch gelang, so gab es auch auf habsburgischer Seite umfangreiche Probleme. Zwar konnte man immer wieder umfangreiche Geldmittel bewilligt bekommen, doch zeigte sich, dass die tatsächliche Bereitstellung dieser großen Probleme bereitete. Die Zahlungsmoral sank umso stärker, je weiter die Länder von der Gefahrenzone entfernt lagen. So waren die norddeutschen Länder die säumigsten Zahler, die Länder Innerösterreichs brachten nicht nur die meisten Finanzen auf, sie mussten auch für die ausfallenden Zahlungen einspringen.<sup>533</sup> Doch auch die Anstrengungen der innerösterreichischen Stände waren häufig vom Bestreben des raschen, persönlichen Gewinns

---

<sup>530</sup> Rauscher, Kaiser 60f; sowie Rauscher, Ständen, 200f.

<sup>531</sup> Buchmann, Österreich, 135-140.

<sup>532</sup> Jaekel, Organisation, 145-154; sowie Buchmann, Österreich, 105-109.



geprägt. Die Qualität der gelieferten Versorgungswaren war häufig äußerst gering bei vollkommen überzogenen Preisen. So war es gängige Praxis, mindere Waren im Grenzraum abzusetzen und zu Lasten der Grenzbevölkerung rasche Gewinne zu erzielen. Die Korruption und der Missbrauch griffen dermaßen um sich, dass dadurch die Wehrfähigkeit des Grenzsystems bedroht war. Anfänglich wurden die Missstände quasi unter den Tisch gekehrt, bis ein Eingreifen unumgänglich wurde.<sup>534</sup>

Durch die Expansion der Osmanen am Balkan wurde eine umfangreiche Migrationsbewegung gegen Norden ausgelöst. Da man diese Immigranten, in der Hoffnung auf einen baldigen Sieg über die Osmanen, in den rückeroberten Gebieten wieder ansässig machen wollte, siedelte man sie im Grenzraum an. Weil sie sich als gute landeskundliche Kämpfer herausstellten, verlieh man ihnen Sonderprivilegien und lockte dadurch weitere Gruppen aus dem osmanischen Teil auf die habsburgische Seite.<sup>535</sup> Dies führte allerdings zu umfangreichen Problemen, da hierdurch eine künstliche Überbevölkerung im Grenzraum sowie eine sozial und rechtlich sich stark differenzierende Bevölkerung innerhalb dessen geschaffen wurde. Es bestand weiterhin die ursprüngliche Bevölkerung, welche als Leibeigene stark eingeschränkt waren. Parallel bildete sich eine breite Schicht an Wehrbauern, welche sich dank ihrer Privilegien als überlegen und als freie Pächter des Kaisers fühlten. Ihre Rechte waren umfangreich und wurden von der üblichen Bevölkerung im Reich erst 1848 erlangt. Sie waren von jeglichen Abgaben befreit und konnten frei ihre Religion ausüben.<sup>536</sup> Sich ihrer guten Stellung bewusst, leisteten sie, trotz aller Widrigkeiten, ihren Militärdienst zur vollständigen Zufriedenheit der Obrigkeit, so dass sich der Kaiser sowie die Behörden in ihrem Vorgehen bestätigt fühlten. Aus Sicht der Feudalherren, aber auch der lokalen Bevölkerung, entzogen sich diese Immigranten dem geltenden System und profitierten auf ganzer Linie. Der Adel, anfänglich durchaus dankbar für den Einsatz der Habsburger, sah sich auf längere Sicht seiner Ländereien und seiner Stellung im eigenen Land beraubt. Das Problem verschärfte die deutliche Schrumpfung der leibeigenen Bevölkerung, die im Gegenzug mit freien Grenzen „wettgemacht“ wurde und keinesfalls im Einklang mit den Bestrebungen der Feudalherren, die einen Profit erzielen wollten, war. Die Versuche der kroatischen und slawonischen Adeligen, ihre Macht auf die Grenzer auszudehnen, hinterließ bei den Habsburgern den Eindruck von Undankbarkeit.<sup>537</sup> Diese setzten immer stärker auf

---

<sup>533</sup> Vgl. Anm. 352.

<sup>534</sup> Valentinitich, Proviantwesen, 525-528; sowie Anm. 459.

<sup>535</sup> Wakounig, Uskokon, 194f.

<sup>536</sup> Bracewell, Uskoks, 30f; sowie Anm. 431.

<sup>537</sup> Rothenberg, Militärgrenze, 33f; sowie 62-64.

eine Zentralisierung und lösten damit sukzessive tatsächlich die Militärgrenze als eigenständige Landschaft aus ihrem ursprünglichen Gebiet heraus.<sup>538</sup>

---

<sup>538</sup> Rothenberg, Militärgrenze, 12f.

## 8. Literaturverzeichnis

Wilhelm *Abel*, Agrarkrisen und Agrarkonjunktur, 2. Auflage, Hamburg/Berlin 1966.

Dieter *Albrecht*, Die Politik Maximilian I. von Bayern und seiner Verbündeten 1618-1651, Bd. 5, München/Wien 1964.

Karl *Amon*, Innerösterreich, in: Anton Schindling – Walter Ziegler (Hgg.), Die Territorien des Reichs im Zeitalter der Reformation und Konfessionalisierung. Land und Konfession 1500–1650, Münster 1989.

Jakob *Amstadt*, Die k. k. Militärgrenze 1522–1881, Würzburg 1969.

Rosemarie *Aulinger*, Deutsche Reichstagsakten. Deutsche Reichstagsakten unter Karl V.: Der Reichstag zu Augsburg 1525, Der Reichstag zu Speyer 1526, Der Fürstentag zu Esslingen 1526, Göttingen 2011.

Rosemarie *Aulinger* – Ursula *Machoczek* – Silvia *Schweinzer-Burian*, Ferdinand I. und die Reichstage unter Kaiser Karl V. (1521–1555), in: Martina Fuchs – Alfred Kohler (Hgg.), Kaiser Ferdinand I. Aspekte eines Herrscherlebens, Münster 2003, 87–121.

Joachim *Bahlcke*, Außenpolitik, Konfession und kollektive Identitätsbildung. Kroatien und Innerösterreich im historischen Vergleich, in: Joachim Bahlcke – Arno Strohmeyer (Hgg.), Konfessionalisierung in Ostmitteleuropa. Wirkungen des religiösen Wandels im 16. und 17. Jahrhundert in Staat, Gesellschaft und Kultur, Stuttgart 1999, 193–210.

Walter *Berger*, Baut dem Reich einen Wall. Das Buch vom Entstehen der Militärgrenze wider die Türken, Graz 1979.

Hans-Wolfgang *Bergerhauser*, Die Stadt Köln und die Reichsversammlung in konfessionellen Zeitalter. Ein Beitrag zur korporativen reichsständischen Politik 1555-1616, Köln 1990.

Hartmut *Boockmann*, Einführung in die Geschichte des Mittelalters, München 2007.

Ingomar *Bog*, Türkenkrieg und Agrarwirtschaft. Einführung in die Probleme der Heeresversorgung und Kriegsfinanzierung, vor allem in Österreich unter der Enns und seinen Grenzlandschaften, im 16. und 17. Jahrhundert, in: Othmar Pickl (Hg.), die wirtschaftlichen Auswirkungen der Türkenkriege. Die Vorträge des 1. Internationalen Grazer Symposions zur Wirtschafts- und Sozialgeschichte Südosteuropas (5. bis 10. Oktober 1970), Graz 1971, 13–26.

Johann *Böhm*, Die deutsche Volksgruppe in Jugoslawien 1918–1941, Frankfurt am Main 2009.

Catherine Wendy *Bracewell*, The Uskoks of Senj. Piracy, Banditry and holy war in the sixteenth-Century Adriatic, Ithaca/London 1992.

Josef *Breu*, Die Kroatensiedlung im Burgenland. Und den anschließenden Gebieten, Wien 1970.

Josef *Breu*, Die Kroatensiedlung im süddeutschen Grenzraum, Wien 1937.

- Bertrand Michael *Buchmann*, Österreich und das Osmanische Reich. Eine bilaterale Geschichte, Wien 1999.
- Bundesministerium für Unterricht, Kunst und Sport, Österreichisches Wörterbuch 37, Wien 1994.
- Günter *Cerwinka*, Die Reichshilfe, in: Die Steiermark, Brücke und Bollwerk. Katalog der Landesausstellung, Stubenberg 1986, 244–247.
- Günter *Cerwinka*, Der „lange Türkenkrieg“ und die Haiduckeneinfälle (1593–1606), in: Die Steiermark, Brücke und Bollwerk. Katalog der Landesausstellung, Stubenberg 1986, 313–324.
- Johann *Dibold*, Ein Zwist um Geld im Hause Habsburg. Wirtschaft zwischen Madrid und Wien (Prag) in der zweiten Hälfte des 16. Jahrhunderts, Wien 2009.
- DTV-Atlas, Weltgeschichte. Von den Anfängen bis zur Französischen Revolution, Band 1, Köln 2003.
- Karl *Eder*, Der steirische Landeshauptmann Siegmund von Dietrichstein (1480 – 1533). Beiträge zu seiner Biographie, Forschungen zur geschichtlichen Landeskunde der Steiermark 21, Graz 1963.
- Ekaterina *Emeliantseva* – Arié *Malz* – Daniel *Ursprung*, Einführung in die Osteuropäische Geschichte, Zürich 2008.
- Elisabeth *Ernst*, Der steirische Landesvizeodm. Studien zur Geschichte der landesfürstlichen Verwaltung 1494–1624, Graz/Wien 1995.
- Axel *Gotthard*, Der Augsburger Religionsfrieden. Reformationsgeschichtliche Studien und Texte 148, Münster 2004.
- Ferdinand *Hauptmann*, Verköstigung und Lohn beim Bau der Festung Sisak, in: Gerhard Pferschy (Hg.), Siedlung, Macht und Wirtschaft. Festschrift Fritz Posch zum 70. Geburtstag, Graz 1981, 509–514.
- Leonard Patrick *Harvey*, Islamic Spain. 1250 to 1500, Chicago/London 1990.
- Diemtar *Heil*, Die Reichspolitik Bayerns unter der Regierung Herzog Albrechts V., Göttingen 1998.
- Harald *Heppner*, Das Vordringen der Osmanen in Europa, in: Die Steiermark, Brücke und Bollwerk. Katalog der Landesausstellung, Stubenberg 1986, 143–145.
- Arno *Herzig*, Der Zwang zum wahren Glauben. Rekatholisierung vom 16. bis zum 18. Jahrhundert, Göttingen 2000.
- Martinj Theodor Houtsma (Hg.), E. J. Brill's first encyclopaedia of Islam. 1913–1936, Volume I, Leiden 1993.
- Edgar *Hösch*, Geschichte der Balkanlänger. Von der Frühzeit bis zur Gegenwart, München 2008.
- Alfons *Huber*, Geschichte Österreichs, Bd. 4, Gotha 1892.
- Friedrich Emanuel von *Hurter*, Geschichte Kaiser Ferdinands II. und seiner Eltern, bis zu dessen Krönung in Frankfurt, Bd. 1, Schaffhausen 1850.

Peter *Jaeckel*, Organisation der frühosmanischen Heeres, besonders der Militärgrenze, in: Die Steiermark, Brücke und Bollwerk. Katalog der Landesausstellung, Stubenberg 1986, 145–154.

Nicolae *Jorga*, Geschichte des Osmanischen Reiches. Bis 1538, Bd. 2, Darmstadt 1997.

Thede *Kahl*, Ethnizität und räumlich Verteilung der Aromunen in Südosteuropa. Münster 1999.

Ivan *Kampus*, Das System der öffentlichen Finanzen und Abgaben in Kroatien als Faktor der Verteidigung der Länder der Habsburgermonarchie zur Zeit der türkischen Einbrüche im 16. Jahrhundert, in: Gerhard Pferschy (Hg.), Siedlung, Macht und Wirtschaft. Festschrift Fritz Posch zum 70. Geburtstag, Graz 1981, 515–520.

Ivan *Kampus*, Kroatien im Kampf ums Überleben im 16. Jahrhundert, in: Die Steiermark, Brücke und Bollwerk. Katalog der Landesausstellung, Stubenberg 1986, 259–262.

Karl *Kaser*, Die österreichische Militärgrenze in Kroatien (16. bis Mitte 18. Jahrhundert), in: Die Steiermark, Brücke und Bollwerk. Katalog der Landesausstellung, Stubenberg 1986, 253–259

Karl *Kaser*, Steirer als Heerführer und Grenzverteidiger gegen die Türken im 16. und 17. Jahrhundert, in: Die Steiermark, Brücke und Bollwerk. Katalog der Landesausstellung, Stubenberg 1986, 306–308.

Karl *Kaser*, Freier Bauer und Soldat. Die Militarisierung der agrarischen Gesellschaft an der kroatisch-slawonischen Militärgrenze (1535–1881), Wien/Köln/Weimar 1997.

Hugo *Kerchnawe*, Die alte k.k. Militärgrenze. Ein Schutzwall Europas, Wien 1943.

Anton Adalbert *Klein*, Türkennot, in: Franz Hausmann (Hg.), Südsteiermark. Ein Gedenkbuch, Graz 1925, 59–64.

Richard *Klier*, Beziehungen Nürnbergs zu Pettau im 15. Jahrhundert, in: Südostdeutsches Archiv, Bd. X, München 1976, 83-101.

Alfred *Kohler*, Ferdinand I. 1503–1564. Fürst, König und Kaiser, München 2003.

Alfred *Kohler*, Die dynastische Politik Maximilians I., in: Alfred Kohler – Friedrich Edelmayer (Hgg.), Hispania–Austria, Wien/München 1993, 29–36.

Peter *Krajasich*, Die Militärgrenze in Kroatien, Wien 1974.

Karl-Peter *Krauss*, Deutsche Auswanderer in Ungarn. Ansiedlung der Herrschaft Bóly im 18. Jahrhundert, Stuttgart 2003.

András *Kubinyi*, Ungarn und die Türkenabwehr bis 1526, in: Die Steiermark, Brücke und Bollwerk. Katalog der Landesausstellung, Stubenberg 1986, 176–178.

Maximilian *Lanzinner*, Friedenssicherung und politische Einheit des Reiches unter Kaiser Maximilian II: (1564-1576), Göttingen 1993.

Johann *Loserth*, Die Reformation und Gegenreformation in den innerösterreichischen Ländern im XVI. Jahrhundert, Nieuwkoop 1970.

Johann *Loserth*, Die steirische Religionspacification. 1572–1578, Graz 1896.

Johann *Loserth*, Acten und Correspondenzen zur Geschichte der Gegenreformation in Innerösterreich unter Erzherzog Karl II., Wien 1898.

Johann *Loserth*, Innerösterreich und die militärischen Maßnahmen gegen die Türken im 16. Jahrhundert. Studien zur Geschichte der Landesdefinsion und der Reichshilfe, Graz 1934.

Johann *Loserth* – Franz Freiherrn *von Mensi*, Die Prager Ländertagung von 1541/42. Verfassungs- und finanzgeschichtliche Studien zur österreichischen Gesamtstaatsidee, Archiv für österreichische Geschichte Bd. 103., Wien 1913.

Albrecht *Luttenberger*, Landstände, Kaiser und Reichstag, in: Maximilian Lanzinner – Arno Strohmeyer (Hgg.), Der Reichstag 1486-1613: Kommunikatoin – Wahrnehmung – Öffentlichkeit, Göttingen 2006.

Ferenc *Majoros* – Bernd *Rill*, Das osmanische Reich. Die Geschichte einer Grossmacht, Augsburg 2000.

Dunja *Melčić*, Der Jugoslawienkrieg. Handbuch zu Vorgeschichte, Verlauf und Konsequenzen, Wiesbaden 2007.

Hans *Miksch*, Der Kampf der Kaiser und Kalifen. Wien – das Stalingrad der Osmanen, Bd. 3, Bonn 1992.

Fedor *Moačanin*, Das Problem des Grundbesitzes der Militärbevölkerung an der kroatischen und slawonischen Grenze, in: Othmar Pickl (Hg.), die wirtschaftlichen Auswirkungen der Türkenkriege. Die Vorträge des 1. Internationalen Grazer Symposions zur Wirtschafts- und Sozialgeschichte Südosteuropas (5. bis 10. Oktober 1970), Graz 1971, 297–307.

Johannes *Müller*, Zacharias Geizkofler 1560-1617. Des Heiligen Römischen Reiches Pfennigmeister und oberster Proviandmeister im Königreich Ungarn, Veröffentlichungen des Wiener Hofkammerarchives III, Baden 1938.

Friedrich Albert *Niemann*, Vollständiges Handbuch der Münzen, Maße und Gewichte aller Länder der Erde, Quellingburg/Leipzig 1830.

Teréz *Oborni*, Die Herrschaft Ferdinands I. in Ungarn, in: Martina Fuchs – Alfred Kohler (Hgg.), Kaiser Ferdinand I. Aspekte eines Herrscherlebens, Münster 2003, 147–165.

Géza *Palffy*, Der Preis für die Verteidigung der Habsburgermonarchie. Die Kosten der Türkenabwehr in der zweiten Hälfte des 16. Jahrhunderts, in: Friedrich Edelmayer – Maximilian Lanzinner – Peter Rauscher (Hgg.), Finanzen und Herrschaft. Materielle Grundlagen fürstlicher Politik in den habsburgischen Ländern und im Heiligen Römischen Reich im 16. Jahrhundert, Wien/München 2003, 20–44.

Helmut *Pemsel*, Weltgeschichte der Seefahrt. Bd. II. Geschichte der zivilen Seefahrt, Vom Beginn der Neuzeit bis zum Jahr 1800 mit der Frühzeit von Asien und Amerika, Wien 2001.

Franz *Pichler*, Die steuerliche Belastung der Bevölkerung durch die Landesdefension gegen die Türken, in: Die Steiermark, Brücke und Bollwerk. Katalog der Landesausstellung, Stubenberg 1986, 236–244.

Othmar *Pickl*, Handelsströme des 16. Jahrhunderts, Festungen als Grenzhandelszentren, in: Die Steiermark, Brücke und Bollwerk. Katalog der Landesausstellung, Stubenberg 1986, 263–267.

Othmar *Pickl*, Die Auswirkungen der Türkenkriege auf den Handel zwischen Ungarn und Italien im 16. Jahrhundert, in: Othmar Pickl (Hg.), Die wirtschaftlichen Auswirkungen der Türkenkriege. Die Vorträge des 1. Internationalen Grazer Symposions zur Wirtschafts- und Sozialgeschichte Südosteuropas (5. bis 10. Oktober 1970), Graz 1971, 71–129.

Othmar *Pickl*, Pettaus Kampf um sein Niederlagsrecht (1520-1535). Ein Beitrag zur Handelspolitik Ferdinands I. in: MIÖG 78, Wien 1970, 432-443.

Harald *Prickler*, Die Rudersdorfer Dreißigstregister von 1538 bis 1555. Eine Quelle zur Geschichte des ungarisch-steirischen Grenzhandels im 16. Jahrhundert. In: Mitteilungen des Steiermärkischen Landesarchivs 28, Graz 1978, 41-135.

Peter *Rauscher*, Kaiser und Reich. Die Reichstürkenhilfe von Ferdinand I. bis zum Beginn des „Langen Türkenkriegs“ (1548–1593), in: Friedrich Edelmayer – Maximilian Lanzinner – Peter Rauscher (Hgg.), Finanzen und Herrschaft. Materielle Grundlagen fürstlicher Politik in den habsburgischen Ländern und im Heiligen Römischen Reich im 16. Jahrhundert, Wien/München 2003, 45–83.

Peter *Rauscher*, Zwischen Ständen und Gläubigern. Die kaiserlichen Finanzen unter Ferdinand I. und Maximilian II. (1556–1576), Wien/München 2004.

Otto Reinhard *Redlich*, Der Reichstag von Nürnberg 1522–23, Leipzig 1887.

Maurus *Reinkowski*, Das Osmanische Reich und Europa, in: Heinz Kramer – Maurus Reinkowski (Hgg.), Die Türkei und Europa. Eine wechselhafte Beziehungsgeschichte, Berlin 2008.

Josef *Riegler*, Höhepunkt und Ende der Türkengefahr, in: Die Steiermark, Brücke und Bollwerk. Katalog der Landesausstellung, Stubenberg 1986, 364–370.

Franz Otto *Roth*, Zur türkischen Bedrohung der historischen Steiermark 1521–1531. Ständedenken, Länderpartikularismus, Fremdenhaß und gesamtstaatliche Bemühung des Landesfürsten im Widerstreit, in: Gerhard Pferschy (Hg.), Siedlung, Macht und Wirtschaft. Festschrift Fritz Posch zum 70. Geburtstag, Graz 1981, 351–368.

Gunther *Rothenberg*, Die österreichische Militärgrenze in Kroatien 1522 bis 1881, Wien/München 1970.

Gunther *Rothenberg*, Venice and the Uskoks of Senj: 1537–1618, in: The Journal of modern History, Volume XXXIII, Chicago 1961, 148–156.

Alois *Ruhri*, Landesverteidigungsreformen im 15. Jahrhundert, in: Die Steiermark, Brücke und Bollwerk. Katalog der Landesausstellung, Stubenberg 1986, 155–162.

Alois *Ruhri*, Steirische Waffenschmiede im Dienste Maximilians I. und Ferdinands I., in: Die Steiermark, Brücke und Bollwerk. Katalog der Landesausstellung, Stubenberg 1986, 208–213.

Lajos *Rúzsás*, Die Entwicklung der Marktflecken Transdanubiens unter der Türkenherrschaft im 17. Jahrhundert. In: Othmar Pickl (Hg.), Die wirtschaftlichen Auswirkungen der Türkenkriege. Grazer Forschungen zur Wirtschafts- und Sozialgeschichte, Bd. 1, Graz, 1971, 221-234.

Lajos *Rúzsás*, Varosi fejlődés a Dunántúlon a XVI.-XVII. században, in: Szigetvári Emlékkönyv 1566-1966, Budapest 1966, 199-234.

Winfried *Schulze*, Bäuerlicher Widerstand und feudale Herrschaft in der frühen Neuzeit, Stuttgart 1980.

Winfried *Schulze*, Der Windische Bauernaufstand von 1573. Bauernaufstand und feudale Herrschaft im späten 16. Jahrhundert, in: Südost-Forschungen 33, München 1974, 15–61

Winfried *Schulze*, Reich und Türkengefahr im späten 16. Jahrhundert. Studien zu den politischen und gesellschaftlichen Auswirkungen einer äußeren Bedrohung, München 1978.

Peter *Schmid*, Reichssteuern, Reichsfinanzen und Reichsgewalt in der ersten Hälfte des 16. Jahrhunderts, in: Heinz Angermeier – Reinhard Seyboth, Säkulare Aspekte der Reformationszeit, München/Wien 1983.

Rupert von *Schumacher*, Des Reiches Hofzaun. Geschichte der deutschen Militärgrenze im Südosten, Darmstadt 1942.

Günther *Stökl*, Die deutsch-slavische Südostgrenze des Reiches im 16. Jahrhundert. Ein Beitrag zu ihrer Geschichte dargestellt an Hand des südslavischen Reformationsschrifttums, Breslau 1940.

Peter *Sugar*, Southeastern Europe under Ottoman Rule, 1354–1804, Washington 1977.

Holm *Sundhaussen*, Nationsbildung und Nationalismus im Donau-Balkan-Raum, in: Forschungen zur osteuropäischen Geschichte, Bd. 48, Berlin 1993, 233–258.

Holm *Sundhaussen*, Geschichte Serbiens. 19.–21. Jahrhundert, Wien/Köln/Weimar 2007.

Ferdinand *Tremel*, Wirtschafts- und Sozialgeschichte Österreichs, Wien 1969.

Christine *Turetschek*, Die Türkenpolitik Ferdinands I. von 1529 bis 1532, Wien 1968.

Helfried *Valentinitich*, Türkennot und Kriegsgewinn, in: Die Steiermark, Brücke und Bollwerk. Katalog der Landesausstellung, Stubenberg 1986, 328–333.

Helfried *Valentinitich*, Die windische Grenze und das steirische Proviantwesen vom letzten Viertel des 16. Jahrhunderts bis zur zweiten Hälfte des 17. Jahrhunderts, in: Gerhard Pferschy (Hg.), Siedlung, Macht und Wirtschaft. Festschrift Fritz Posch zum 70. Geburtstag, Graz 1981, 521–533.

Hans-Heinrich *Vangerow*, Die Fleischversorgung Süddeutschlands im Licht der Linzer Mautrechnung von 1627 sowie anderer Archivquellen aus dem 16. Jahrhundert. In: Historisches Jahrbuch der Stadt Linz, Linz 1987.



Ignacij *Voje*, Türkeneinfälle auf Krain und die Steiermark und ihre Auswirkungen und die Verbreitung des Protestantismus im 16. Jahrhundert, in: Rolf-Dieter Kluge (Hg.), Ein Leben zwischen Laibach und Tübingen. Primus Truber und seine Zeit, München 1995, 160–173.

Marija *Wakounig*, Ferdinand I. und die Uskokken, in: Martina Fuchs – Alfred Kohler (Hgg.), Kaiser Ferdinand I. Aspekte eines Herrscherlebens, Münster 2003, 191–201.

Ernst *Werner*, Die Geburt einer Grossmacht – Die Osmanen (1300–1481). Ein Beitrag zur Genesis des türkischen Feudalismus, Wien/Köln/Graz 1985.

Kurt *Wessely*, Die österreichische Militärgrenze. Der deutsche Beitrag zur Verteidigung des Abendlandes gegen die Türken, Kitzingen/Main 1954.

Nikolaus *Wilhelm-Stempin*, Das Siedlungsgebiet der Burgenlandkroaten. In Österreich, Ungarn, Mähren und der Slowakei, München 2008.

Nenad *Zakošek* – Tomilac *Maršić*, Das politische System Kroatiens, in: Wolfgang Ismayr (Hg.), Die politischen Systeme Osteuropas, Wiesbaden 2010, 773–837.

Anita *Ziegerhofer*, Ferdinand I. und die steirischen Stände. Dargestellt anhand der Landtage von 1542 bis 1556, Graz 1993.

Bernd *Zimmermann*, Landeshauptmann Hans Ungnad von Sonnegg (1493 – 1564). Ein Beitrag zu seiner Biographie, in: Gerhard Pferschy (Hg.), Siedlung, Macht und Wirtschaft. Festschrift Fritz Posch zum 70. Geburtstag, Graz 1981, 203–216.

## 9. Zusammenfassung (Abstract)

Zur Geschichte der Habsburgischen Militärgrenze im Südosten des habsburgischen Herrschaftsgebietes wurden bereits umfangreiche wissenschaftliche Arbeiten verfasst. Dabei blieben die sozio-ökonomischen Aspekte häufig nur Randnotizen. In dieser Diplomarbeit wird diesem wesentlichen Thema eine zentrale Rolle eingeräumt. Methodisch versteht sich die Arbeit daher als zusammenfassende Darstellung bisheriger Erkenntnisse in der einschlägigen wissenschaftlichen Literatur zur habsburgischen Militärgrenze. Zeitlich wird hierfür in der Arbeit das 16. und 17. Jahrhundert untersucht; geographisch beschränkt sich die Betrachtung auf den kroatischen/slawnischen Teil der habsburgischen Militärgrenze.

Die zentralen Fragestellungen sind dabei die Finanzierung der Militärgrenze, die Lebensumstände im Grenzgebiet und die Auswirkungen verliehener Sonderprivilegien auf das Verteidigungssystem sowie die Migrationsbereitschaft verschiedener Ethnien im Begegnungsbereich zwischen dem osmanischen und habsburgischen Reichen.

Vorangestellt wird ein Überblick zur Geschichte der Militärgrenze um die Arbeit zeitlich einzureihen und die Entwicklung des Grenzsystems darzustellen. Das darauf folgende Kapitel setzt sich mit der Bevölkerungsstruktur auf beiden Seiten des Grenzraumes auseinander, wobei neben der lokalen Bevölkerung vor allem die Migration im Grenzraum ein wesentliches Element darstellt. Die Finanzierung der Militärgrenze durch die Reichs- und Landstände bildet in der Folge das zentrale Thema. Hier werden neben den geleisteten Beschlüssen speziell die tatsächlich geleisteten Zahlungen genauer betrachtet und die große Kluft zwischen den Zusagen und den erbrachten Leistungen nachgewiesen. Ein weiteres Kapitel beschäftigt sich mit den Militärgrenzrechten und Sonderprivilegien, wodurch die Kosten für die Militärgrenze gesenkt und die Wehrfähigkeit gesteigert werden konnten. Abschließend wird die Wirtschaftsstruktur im Grenzraum und dessen Hinterland näher betrachtet. Besonderes Augenmerk wird hier auf die mangelnde Selbstversorgung im Grenzraum gelegt. Wesentliche Wirtschaftsfaktoren werden ebenso näher betrachtet, wie auch die Probleme durch die Abhängigkeit von Versorgungslieferungen.

Wesentliche gewonnene Erkenntnisse sind die problematische Finanzierung durch die Reichs- und Landstände im Schatten der Reformation und Gegenreformation, die Motive der Migranten im Grenzgebiet sowie die ökonomische Lebensrealität der ethnisch vielfältigen Bevölkerung an der Militärgrenze dar.

## ***CURRICULUM VITAE***

### **Persönliche Daten**

Name: Stefan Buchegger  
Geboren am/in: 04.01.1983/St. Pölten  
Staatsbürgerschaft: Österreich  
Familienstand: verheiratet

### **Hochschulbildung**

2004 – 2012 Studium der Geschichte; Universität Wien  
2011 – 2012 Diplomarbeit zum Thema „Die sozioökonomischen Aspekte der habsburgischen Militärgrenze“  
2008 – 2012 Studium der Wirtschaftsgeschichte; Universität Wien  
2008 – 2012 Studium der Osteuropäischen Geschichte; Universität Wien

### **Schulbildung**

1999 – 2003 Real-Gymnasium, St. Pölten  
1998 – 1999 HTL, St. Pölten  
1994 – 1998 Hauptschule, St. Pölten  
1990 – 1994 Volksschule, St. Pölten

### **Berufliche Tätigkeiten**

2009 – 2011 Teilzeittätigkeit in der Tourismus- und Veranstaltungsbranche  
Ab 2012 Vollzeittätigkeit in der Marktforschung